RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

09 2023

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Handel und Dienstleistungen 2022
Statistisches Unternehmensregister
Pflegebedürftige Menschen 2021

Fotonachweis

Titelfoto: © Lucas – stock.adobe.com

Der Einzelhandel in Rheinland-Pfalz erwirtschaftete 2022 real – also um Preisveränderungen bereinigt – ein Umsatzplus von 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei war das Umsatzniveau bereits in den beiden Vorjahren durch die Verlagerung der privaten Konsumausgaben von Dienstleistungen hin zu Waren, die während der Coronapandemie zu beobachten war, überdurchschnittlich hoch.

09 2023

STATISTISCHE MONATSHEFTE

76. Jahrgang

kurz + aktuell 541

Industrie ■ Baugewerbe ■ Außenhandel ■ Tourismus ■ Bevölkerung ■ Bildung ■ Gesundheitswesen ■ Verkehr

Aus der amtlichen Statistik 556

Verbraucherpreise 559

Rheinland-Pfalz in Karten: Neugeborene 2022 560

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022 – Handel und unternehmensnahe Dienstleistungsbereiche 561

Das statistische Unternehmensregister als Infrastruktur- und Auswertungsinstrument – Aufgaben, Funktionsweise und Weiterentwicklungen des Systems 569

Pflegebedürftige Menschen 2021 – Deutlicher Anstieg der pflegebedürftigen Menschen in Rheinland-Pfalz 578

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 593

Neuerscheinungen 608

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50 – 100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2023

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

kurz + aktuell

Anstieg der Industrieproduktion im Juni

Die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie nahm im Juni 2023 zu. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte stieg der Produktionsindex gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,2 Prozent.

Die positive Entwicklung ist auf Produktionssteigerungen in zwei der drei industriellen Hauptgruppen zurückzuführen: Die Konsumgüterproduzenten und die Hersteller von Vorleistungsgütern erhöhten ihren Output gegenüber dem Vormonat (+4,4 bzw. +1,6 Prozent). In der Investitionsgüterindustrie verringerte sich der Güterausstoß dagegen um 1,7 Prozent.

Von den drei umsatzstärksten Industriebranchen steigerten zwei im Juni ihre Ausbringung. Die Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie gehört und die gemessen an den Umsätzen die größte Industriebranche ist, erhöhte ihre Produktion um 6,3 Prozent. Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und unter den umsatzstärksten Branchen an dritter Stelle steht, lag der Güterausstoß drei Prozent über dem Niveau des Vormonats. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen reduzierten ihren Output hingegen deutlich. In der Branche, die ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie gehört und der zweitgrößte Industriezweig ist, nahm die Produktion im Juni um 7,2 Prozent ab.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist ein Rückgang der Industrieproduktion zu verzeichnen. Die Ausbringung war im Juni 2023 acht Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Am stärksten schrumpfte der Output der Vorleistungsgüterindustrie. Das ist unter

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Jun 2023		Jan bis Jun 2023
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Mai 2023	Jun 2022	Jan bis Jun 2022
Entwicklung der Produktion			
Industrie	1,2 % ↗	-8,0 % ↓	-8,1 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	1,6 % ↗	-10,7 % ↓	-13,6 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	-1,7 % ↘	-5,1 % ↓	3,2 % ↑
Konsumgüterproduzenten	4,4 % ↑	-5,1 % ↓	-8,6 % ↓
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	6,3 % ↑	-11,9 % ↓	-20,8 % ↓
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-7,2 % ↓	-19,8 % ↓	1,4 % ↗
Maschinenbau	3,0 % ↑	1,6 % ↗	1,9 % ↗
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-8,5 % ↓	-31,0 % ↓	-30,1 % ↓
Inland	-13,3 % ↓	-31,6 % ↓	-33,5 % ↓
Ausland	-5,2 % ↓	-30,7 % ↓	-27,9 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	2,2 % ↑	-25,8 % ↓	-29,0 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	-1,1 % ↘	-10,6 % ↓	-26,4 % ↓
Konsumgüterproduzenten	-68,7 % ↓	-84,3 % ↓	-43,1 % ↓
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	4,9 % ↑	-32,9 % ↓	-38,7 % ↓
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	0,9 % ↗	-18,9 % ↓	-40,8 % ↓
Maschinenbau	-5,6 % ↓	-5,4 % ↓	-13,0 % ↓

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:

anderem auf den Produktionsrückgang in der Chemieindustrie zurückzuführen. Auch die Investitionsgüterhersteller produzierten weniger als im Vorjahresmonat, da die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie ihren Güterausstoß deutlich verringerte. Die Güterausbringung der Konsumgüterproduzenten war im Vorjahresvergleich ebenfalls rückläufig.

Auftragseingänge in der Industrie sinken im Juni

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten ging im Juni 2023 deutlich zurück. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex 8,5 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland gingen weniger Bestellungen ein als im Mai (–13 bzw. –5,2 Prozent).

Der Rückgang der Nachfrage ist in erster Linie auf die schwache Entwicklung der Konsumgüterindustrie zurückzuführen. Die Auftragseingänge in der Konsumgüterindustrie, deren Ordervolumen in den vergangenen Monaten besonders stark schwankte, schrumpften im Juni um 69 Prozent. Aber auch bei den Investitionsgüterherstellern gingen weniger Bestellungen ein als im Mai (–1,1 Prozent). Nur eine der drei Hauptgruppen verzeichnete einen Zuwachs: In der Vorleistungsgüterindustrie stieg die Nachfrage um 2,2 Prozent.

Zur Vorleistungsgüterindustrie gehört unter anderem die Chemieindustrie. Die Hersteller chemischer Erzeugnisse verbuchten im Juni mehr neue Aufträge als im Vormonat (+4,9 Prozent). Die beiden großen Branchen der Investitionsgüterindustrie zeigen ein uneinheitliches Bild: In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie stieg das Ordervolumen leicht um 0,9 Prozent. Im Maschinenbau gingen 5,6 Prozent weniger Bestellungen ein als im Mai.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Nachfrage nach Industrieprodukten im Juni 2023 merklich niedriger aus. Die bereinigten Auftragseingänge lagen 31 Prozent unter dem Niveau von Juni 2022. Sowohl das Inlands- als auch das Auslandsgeschäft liefen wesentlich schlechter als im Vorjahresmonat. Zu dem Rückgang der Bestellungen trugen alle drei industriellen Hauptgruppen bei. Die stärksten Einbußen musste die Konsumgüterindustrie hinnehmen. Auch in den drei umsatzstärksten Industriebranchen lagen die bereinigten Auftragseingänge deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Industrie setzt im ersten Halbjahr weniger um – starke Rückgänge bei Chemie und Pharma

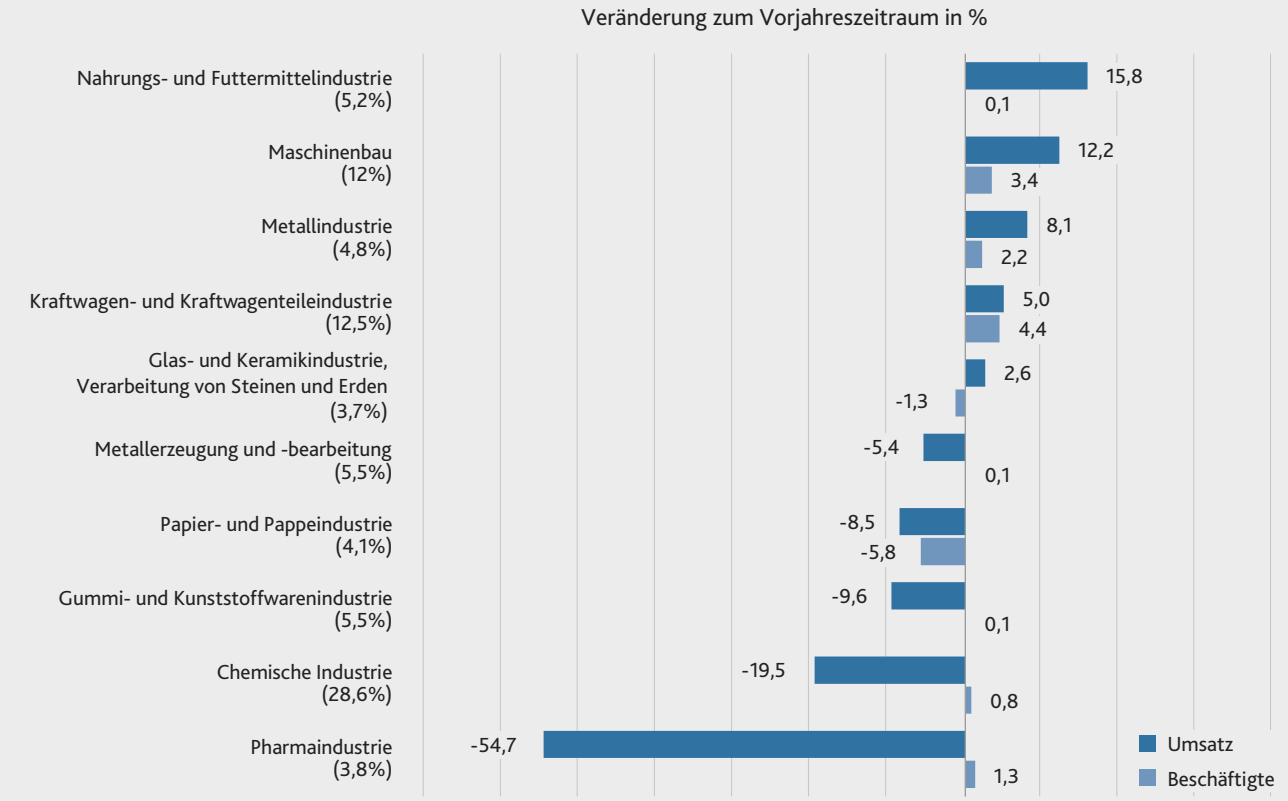
Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten im ersten Halbjahr 2023 weniger Umsatz als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf die Umsatzrückgänge in der pharmazeutischen und chemischen Industrie zurückzuführen. Die Betriebe setzten trotz allgemein steigender Preise in den ersten sechs Monaten des Jahres 7,9 Prozent weniger um (Deutschland: +5,2 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten stieg erneut und erhöhte sich im ersten Halbjahr um 1,4 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent).

Insgesamt erwirtschafteten die Industriebetriebe im ersten Halbjahr 54,3 Milliarden Euro. Die Nachfrage aus dem Ausland bezifferte sich auf 30,4 Milliarden Euro und war 6,6 Prozent niedriger als im ersten Halbjahr 2022. Die Inlandsumsätze reduzierten sich um 9,6 Prozent. Mit einer Exportquote von 56,1 Prozent wurde der größere Teil der Umsätze im Ausland erzielt (+0,8 Prozentpunkte). Zum Vergleich: In Deutschland stiegen die Umsätze aus dem Ausland um acht Prozent und die aus dem Inland um 2,4 Prozent. Die Exportquote lag bei 51,6 Prozent (+1,3 Prozentpunkte).

Fünf der zehn umsatzstärksten Branchen erzielten weniger Erlöse als im ersten Halbjahr 2022. Die mit deutlichem Abstand höchsten Verluste gab es mit –55 Prozent in der Pharmaindustrie. Die umsatzstarke chemische Industrie büßte ein Fünftel der Erlöse ein (–20 Prozent). Positive Entwicklungen gab es im Maschinenbau sowie bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+12 bzw. +5 Prozent). Die höchsten Umsatzzuwächse erzielten die Nahrungs- und Futtermittelhersteller (+16 Prozent).

Im ersten Halbjahr 2023 wurden mit 261 000 rund 3 600 Arbeitskräfte mehr gezählt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (+1,4 Prozent). In acht der zehn umsatzstärksten Branchen stiegen die Beschäftigtenzah-

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis Juni 2023 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



( ) Anteil an den Umsätzen insgesamt

len bzw. blieben auf dem Vorjahresniveau. Die höchsten Zuwächse gab es bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie im Maschinenbau (+4,4 bzw. +3,4 Prozent). Die Papier- und Pappehersteller reduzierten dagegen die Belegschaft (–5,8 Prozent).

Die Industriebetriebe erzielten im Juni 2023 rund 9,2 Milliarden Euro und lagen damit um mehr als eine Milliarde Euro niedriger als im Juni 2022 (–11 Prozent). Die Inlandsnachfrage ging um zehn Prozent zurück; die Auslandsnachfrage reduzierte sich um elf Prozent. In Deutschland stiegen die Umsätze um 3,6 Prozent. Der Inlandsumsatz sank um 0,4 Prozent; der Auslandsumsatz erhöhte sich um 7,4 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 1,1 Prozent auf 261 000 zu (Deutschland: +1,2 Prozent).

Ausgewiesen werden die nominalen Umsätze, d. h. eine Preisbereinigung erfolgt nicht.

Anstieg der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe bei sinkenden Umsätzen

Die Betriebe des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes nahmen im Juni 2023 mehr neue Aufträge entgegen als im Vormonat. Der Wert der Bestellungen stieg kalender- und saisonbereinigt um 5,3 Prozent. Die baugewerblichen Umsätze gingen dagegen um 1,7 Prozent zurück.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat ergab sich bei den Auftragseingängen in jeweiligen Preisen ein deutliches Plus von 27 Prozent. Die baugewerblichen Umsätze waren 5,7 Prozent höher als im Juni 2022. Preisbereinigte Angaben zu Bestellungen und Umsätzen liegen nicht vor. Da die Preise für Bauleistungen in den vergangenen Monaten gestiegen sind, dürfte die Entwicklung von Auftragseingängen und Umsätzen real – das heißt um Preisveränderungen bereinigt – schwächer verlaufen sein.

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Jun 2023		Jan bis Jun 2023
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Mai 2023	Jun 2022	Jan bis Jun 2022
Auftragseingang	5,3 %	27,3 %	7,6 %
Hochbau insgesamt	8,0 %	-0,9 %	3,9 %
Wohnungsbau	-0,7 %	-45,9 %	-33,7 %
Gewerblicher Hochbau	2,4 %	-1,9 %	28,9 %
Öffentlicher Hochbau	27,7 %	154,8 %	15,9 %
Tiefbau insgesamt	3,5 %	59,6 %	10,9 %
Gewerblicher Tiefbau	-13,8 %	72,8 %	54,3 %
Straßenbau	27,6 %	74,5 %	-10,3 %
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	-8,8 %	27,9 %	15,2 %
Baugewerblicher Umsatz	-1,7 %	5,7 %	5,2 %
Hochbau insgesamt	-7,2 %	-2,6 %	2,3 %
Wohnungsbau	-11,8 %	-16,5 %	-3,1 %
Gewerblicher Hochbau	-5,4 %	3,0 %	8,2 %
Öffentlicher Hochbau	-0,9 %	25,0 %	1,0 %
Tiefbau insgesamt	3,3 %	13,7 %	8,1 %
Gewerblicher Tiefbau	11,4 %	31,5 %	21,5 %
Straßenbau	-0,8 %	10,5 %	5,8 %
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1,5 %	1,6 %	-0,4 %

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Im Hochbau nahm das Ordervolumen im Juni um acht Prozent zu. In zwei der drei Teilbereiche liefen die Geschäfte besser als im Vormonat. Der öffentliche Hochbau, der Aufträge von Körperschaften des öffentlichen Rechts und Organisationen ohne Erwerbszweck umfasst, verbuchte ein kräftiges Wachstum von 28 Prozent. Auch im gewerblichen Hochbau legten die Auftragseingänge zu (+2,4 Prozent). Lediglich im Wohnungsbau war ein leichter Nachfragerückgang zu verzeichnen (–0,7 Prozent). Im Tiefbau gingen 3,5 Prozent mehr Bestellungen ein als im Mai. Dafür verantwortlich war die Entwicklung im Straßenbau. In diesem Segment stiegen die Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat um 28 Prozent. In den beiden anderen Teilbereichen nahm das Ordervolumen ab. Im gewerblichen Tiefbau sank die Nachfrage mit –14 Prozent stärker als im sonstigen öffentlichen Tiefbau (–8,8 Prozent).

Der Umsatzrückgang gegenüber dem Vormonat ist auf das Minus im Hochbau zurückzuführen. Die baugewerblichen Erlöse des Hochbaus schrumpften im Juni um 7,2 Prozent. Alle drei Teilbereiche verzeichneten Erlösrückgänge. Die größten Einbußen musste der Wohnungsbau hinnehmen (–12 Prozent). Im gewerblichen Hochbau und im öffentlichen Hochbau verringerten sich die Umsätze um 5,4 bzw. 0,9 Prozent. Innerhalb des Tiefbaus verlief die Entwicklung unterschiedlich. Insgesamt stiegen die Erlöse um 3,3 Prozent. Der gewerbliche Tiefbau verzeichnete die größte Umsatzsteigerung (+11 Prozent). Auch im sonstigen öffentlichen Tiefbau lagen die Erlöse über dem Niveau des Vormonats (+1,5 Prozent). Im Straßenbau waren die baugewerblichen Umsätze hingegen etwas niedriger als im Mai (–0,8 Prozent).

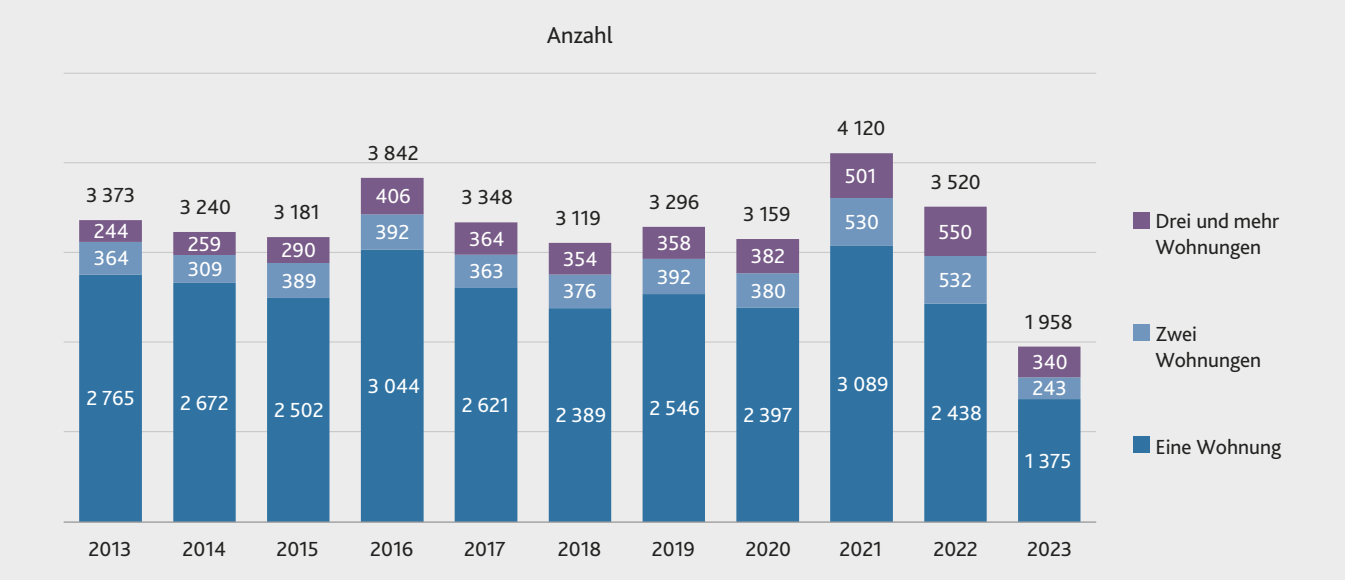
Gegenüber dem Vorjahresmonat sanken die Erlöse im Hochbau um 2,6 Prozent. Im Tiefbau nahmen sie hingegen um 14 Prozent zu.

Weniger Baugenehmigungen im Wohnbau im ersten Halbjahr

Im ersten Halbjahr 2023 wurden in Rheinland-Pfalz deutlich weniger Genehmigungen zur Errichtung von neuen Wohngebäuden erteilt als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl sank um rund 44 Prozent auf 1958. Die Zahl der Wohnungen, die in diesen Gebäuden entstehen sollen, reduzierte sich um 30,5 Prozent auf 5952.

Die meisten Genehmigungen wurden in den ersten sechs Monaten des Jahres – wie für Rheinland-Pfalz üblich – für Einfamilienhäuser erteilt. Deren Zahl ging im Vergleich zum Vorjahreszeitraum allerdings deutlich um 44 Prozent auf 1375 zurück. Bei den Zweifamilienhäusern gab es den stärksten Einbruch um 54 Prozent auf 243 Wohngebäude. Auch die Zahl der Genehmigungen von Mehrfamilienhäusern sank um 38 Prozent auf 340.

Genehmigte Wohngebäude (Neubau) im 1. Halbjahr 2013–2023 nach Anzahl der Wohnungen im Gebäude



Da im Vergleich zum Vorjahreszeitraum jedoch durchschnittlich mehr Wohnungen je Mehrfamilienhaus entstehen sollen (zwölf statt 9,2) sank die Gesamtzahl der in Mehrfamilienhäusern geplanten Wohnungen nur um 19 Prozent auf 4 091.

Der insgesamt deutliche Rückgang bei der Zahl der Baugenehmigungen dürfte auch auf die merklich gestiegenen Finanzierungskosten in Kombination mit spürbar gestiegenen Baukosten zurückzuführen sein. Im ersten Halbjahr 2023 wurden für die geplanten Baumaßnahmen Kosten von insgesamt rund 1,47 Milliarden Euro veranschlagt; das sind 28 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die veranschlagten durchschnittlichen Baukosten pro Quadratmeter genehmigter Wohnfläche stiegen hingegen um elf Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

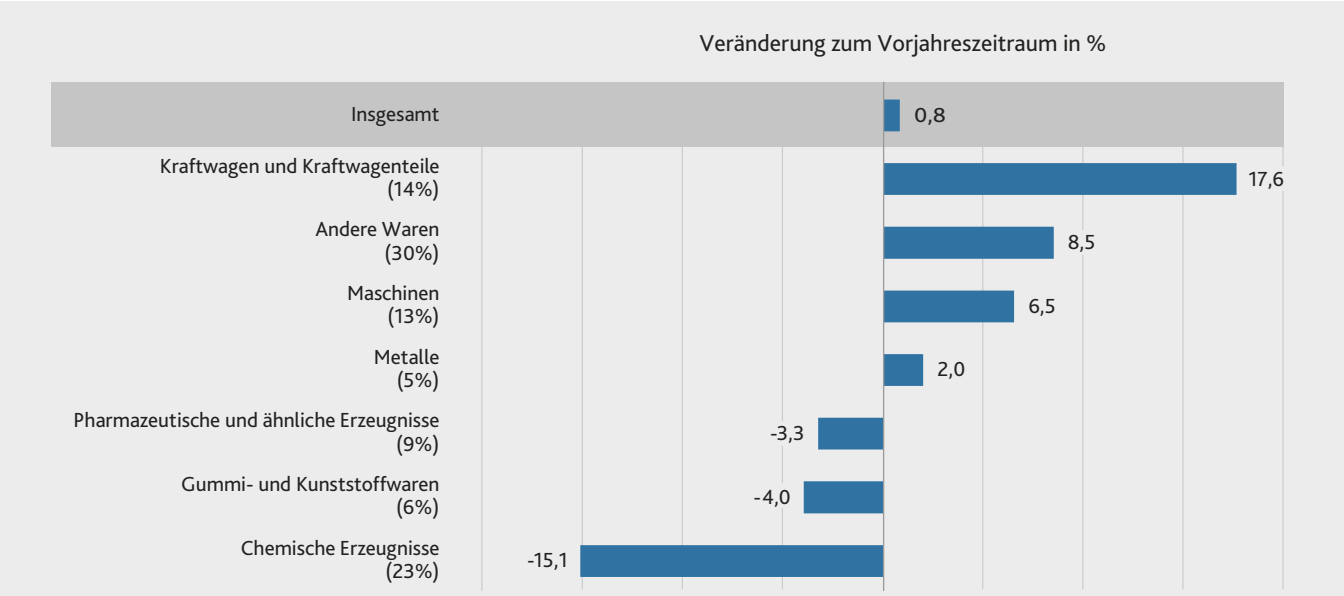
Während die Zahl der genehmigten Wohnungen in den Landkreisen mit 3 871 rund 43 Prozent unter der des Vorjahreszeitraumes lag, stieg sie in den kreisfreien Städten um rund 14 Prozent auf 2 081.

Landesweit kamen auf 10 000 im Land lebende Menschen rechnerisch 14 Baugenehmigungen für Wohnungen in Wohngebäuden, wobei ein deutlicher Niveauunterschied zwischen den kreisfreien Städten (19 Wohnungen) und den Landkreisen (13 Wohnungen) besteht. Unter den kreisfreien Städten wies Landau mit fast 61 Wohnungen den mit Abstand höchsten Wert auf, gefolgt von Ludwigshafen mit etwa 34 Wohnungen. Die niedrigsten Werte gab es in Zweibrücken mit knapp drei sowie in Neustadt an der Weinstraße mit knapp sechs Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Unter den Landkreisen lag der Kreis Trier-Saarburg mit gut 20 Wohnungen an der Spitze, gefolgt vom Kreis Bad Kreuznach mit knapp 20. Die niedrigsten Werte unter den Landkreisen verzeichneten der Rhein-Pfalz-Kreis mit fünf und der Kreis Altenkirchen mit rund sechs Wohnungen je 10 000 Personen.

Exporte im ersten Halbjahr leicht im Plus – Importe im Minus

Im rheinland-pfälzischen Außenhandel verzeichneten die Warenwerte der Exporte im ersten Halbjahr 2023 nur einen geringfügigen Zuwachs im Vergleich zum Vorjahreszeitraum – bei gleichzeitig deutlich rückläufigen Mengen. Nach vorläufigen Angaben nahmen die Ausfuhren gegenüber dem ersten Halbjahr 2022 um 0,8 Prozent auf 31,3 Milliarden Euro zu (Deutschland: +3,3 Prozent). Der Wert der Einfuhren betrug 23,8 Milliarden Euro und lag 2,2 Prozent niedriger (Deutschland: –4,3 Prozent). Die

Ausfuhren von Januar bis Juni 2023[1] nach Güterabteilungen



( ) Anteile an den Ausfuhren insgesamt
1 Vorläufiges Ergebnis.

exportierten Mengen reduzierten sich um elf Prozent, während die Importmenge um ein Prozent anstieg.

Rund 57 Prozent der Ausfuhren gingen in die EU-Länder (+0,4 Prozent). Der Warenwert der Exporte in die Eurozone nahm um 1,1 Prozent ab. Aufgrund der deutlichen Exportzuwächse nach Tschechien (+30 Prozent) verbuchten die Nicht-Euroländer Anstiege um 5,3 Prozent. In das übrige Europa wurde 2,8 Prozent weniger exportiert.

Der Warenwert der Ausfuhren nach Amerika stagnierte in etwa (–0,3 Prozent); die Exporte in die USA stiegen um 1,3 Prozent. Aufgrund der deutlichen Zunahmen der Ausfuhrwerte nach Japan (+26 Prozent) nahmen trotz rückläufiger Exportwerte nach China (–10 Prozent) die Ausfuhren nach Asien um 5,5 Prozent zu.

Drei der sechs für den Export bedeutsamen Güterabteilungen verzeichneten Exportzunahmen. Die Ausfuhrwerte in der Sparte der Kraftwagen und Kraftwagenteile stiegen um 18 Prozent. In der Güterabteilung Maschinen lag der Zuwachs bei 6,5 Prozent. Deutliche Exportrückgänge gab es bei chemischen Erzeugnissen (–15 Prozent). Die pharmazeutischen Erzeugnisse verbuchten 3,3 Prozent weniger Exporte.

Im ersten Halbjahr 2023 wurden Waren im Wert von 23,8 Milliarden Euro nach Rheinland-Pfalz importiert. Das waren 2,2 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2022. Rund 61 Prozent kamen aus EU-Ländern (–1,2 Prozent). Die eingeführten Waren aus den Euroländern nahmen um 3,5 Prozent ab. Importzuwächse aus Polen (7,4 Prozent) sowie Tschechien (+5,8 Prozent) führten zu einem Gesamtanstieg der Einfuhren aus den Nicht-Euroländern um 6,5 Prozent. Aus dem übrigen Europa wurden 2,3 Prozent weniger Importe nachgefragt.

Während die Einfuhr von Waren aus Amerika stieg (+5 Prozent; USA: +18 Prozent), gingen die Importwerte aus Asien um 4,1 Prozent zurück (China: –11 Prozent).

Der Außenhandel mit Russland und der Ukraine ist ungebrochen von dem Krieg zwischen den beiden Ländern geprägt. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2022 lag der Wert der ausgeführten Waren nach Russland um 55 Prozent niedriger und betrug 121 Millionen Euro. Die Importwerte beliefen sich auf 35,1 Millionen Euro (–77 Prozent). In die Ukraine stiegen die Exporte um 38 Prozent auf 114,6 Millionen Euro an. Die Nach-

frage nach ukrainischen Importwaren reduzierte sich um 9,3 Prozent auf 17,9 Millionen Euro.

Deutlich mehr Gäste und Übernachtungen im ersten Halbjahr

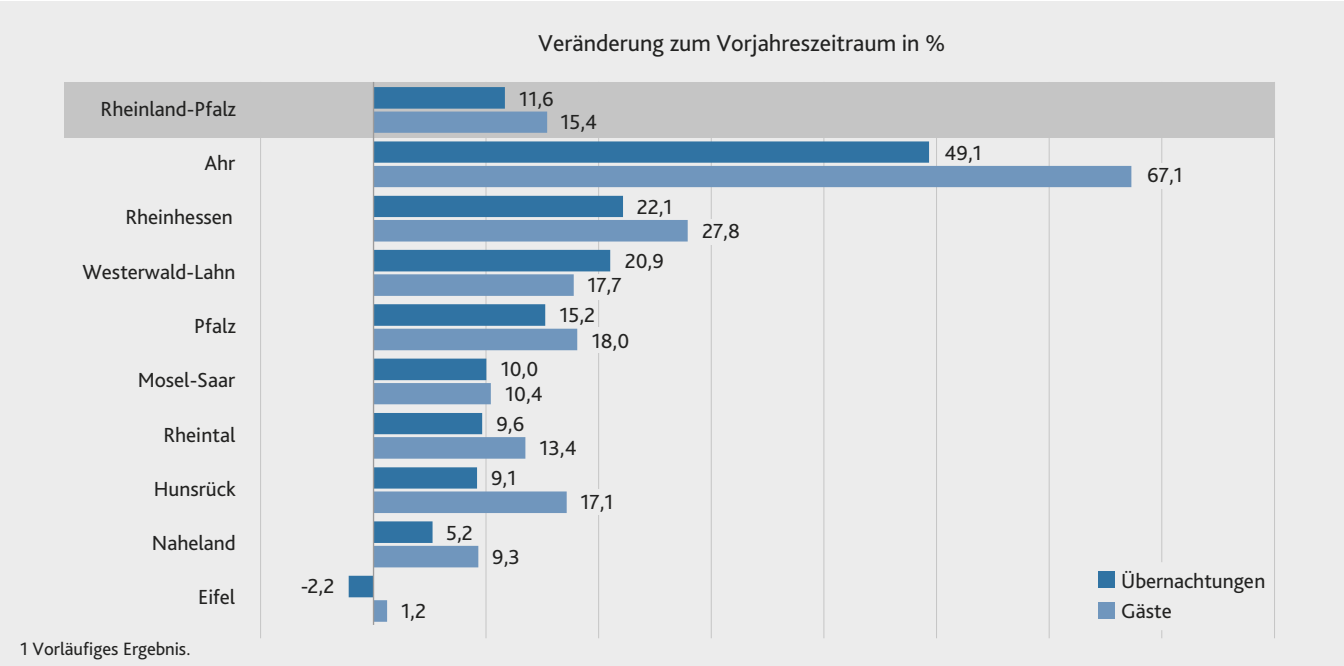
In der ersten Jahreshälfte 2023 registrierten die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe mehr Gäste und Übernachtungen als im ersten Halbjahr 2022. In den ersten sechs Monaten besuchten 3,8 Millionen Gäste Rheinland-Pfalz (+15 Prozent). Die Zahl der Übernachtungen stieg um zwölf Prozent auf 9,7 Millionen. Damit lag die Zahl der Gäste und Übernachtungen jedoch immer noch unter dem Vor-Corona-Niveau von Januar bis Juni 2019 (–5,7 bzw. –2,5 Prozent).

In der gemessen am Übernachtungsaufkommen beliebtesten Region Mosel-Saar stiegen die Gäste- und Übernachtungszahlen um je zehn Prozent. Die Pfalz verbuchte 18 Prozent mehr Gäste und 15 Prozent mehr Übernachtungen. Einen deutlichen Anstieg erzielte die Tourismusregion Rheinhessen (Gäste: +28 Prozent; Übernachtungen: +22 Prozent). Auch in der Region Westerwald-Lahn lagen die Gäste- und Übernachtungszahlen mit +18 bzw. +21 Prozent deutlich höher. Vorübergehende Betriebsschließungen in den ersten Monaten des Jahres führten in der Eifel zu rückläufigen Übernachtungszahlen (–2,2 Prozent); die Zahl der Gäste war hingegen um 1,2 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum.

Ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau im Vorjahr aufgrund der Flutkatastrophe im Juli 2021 registrierte das Ahrtal die höchsten Zuwächse (Gäste: +67 Prozent; Übernachtungen: +49 Prozent). Im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 lagen hier die Gäste- und Übernachtungszahlen um 52 bzw. 55 Prozent niedriger.

In neun der zehn Betriebsarten stieg die Zahl der Übernachtungen. Rund ein Viertel mehr Übernachtungen gab es in den Hotel garnis. Ähnlich hoch, allerdings ausgehend von einem niedrigeren Niveau, lagen die Zunahmen bei den Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen sowie den Jugendherbergen und Hütten (+26 bzw. +24 Prozent). Die Hotels als beliebteste Unterkunftsart verbuchten 13 Prozent mehr Übernachtungen. Die Rückgänge bei den Ferienzentren (–18 Prozent) sind unter anderem auf vorübergehende Reduzierungen des Angebots in den ersten Monaten des Jahres zurückzuführen.

Übernachtungen und Gäste von Januar bis Juni 2023[1] nach Tourismusregionen



1 Vorläufiges Ergebnis.

Rund 3,1 Millionen Gäste kamen aus dem Inland (+14 Prozent). Diese buchten rund 7,8 Millionen Übernachtungen (+10 Prozent). Aus dem Ausland besuchten 664 000 Gäste Rheinland-Pfalz – das waren 23 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Deren Zahl der Übernachtungen betrug 1,8 Millionen (+19 Prozent).

Zahl der Ehescheidungen steigt erstmals seit sechs Jahren wieder

Im Jahr 2022 wurden 7 734 Ehen vor rheinland-pfälzischen Familiengerichten geschieden – 74 davon zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern. Dies waren 318 Scheidungen bzw. 4,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Ehescheidungen ist in Rheinland-Pfalz damit das erste Mal seit sechs Jahren wieder gestiegen.

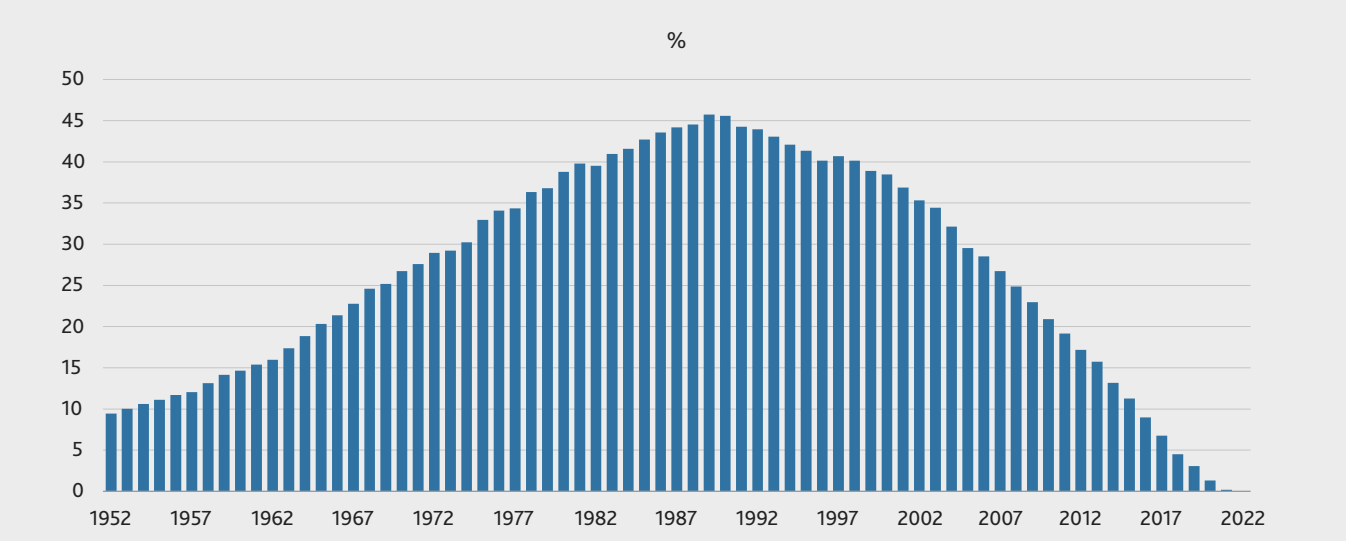
Lediglich 0,6 Prozent der 2022 geschiedenen Ehen wurde bereits vor Erreichen der regulär einjährigen Trennungsfrist geschieden, weil die Fortsetzung für die Antragstellerin bzw. den Antragsteller eine unzumutbare Härte dargestellt hätte; mehrheitlich (79 Prozent) erfolgte die Scheidung im zweiten Trennungsjahr. Darüber hinaus wurden 20 Prozent der betroffenen Ehen erst nach einer Trennungsphase von drei Jahren beendet. In letzteren Fällen wird nach Gesetz unwiderlegbar vermutet, dass die Ehe gescheitert ist, auch wenn nur ein Ehepartner die Scheidung beantragt hat und der andere der Scheidung nicht zustimmt.

Etwas weniger als die Hälfte (49 Prozent) der im Jahr 2022 geschiedenen Paare hatte zum Zeitpunkt der gerichtlichen Eheauflösung minderjährige Kinder. Ein Kind hatten 26 Prozent der Paare, 19 Prozent hatten zwei Kinder und 4,4 Prozent drei oder mehr Kinder. Landesweit waren fast 6 000 Minderjährige von der Trennung ihrer Eltern betroffen.

Von den Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre geschlossenen Ehen sind inzwischen rund 45 Prozent geschieden worden. Diese Heiratsjahrgänge weisen im Vergleich die bislang höchsten Trennungsquoten auf.

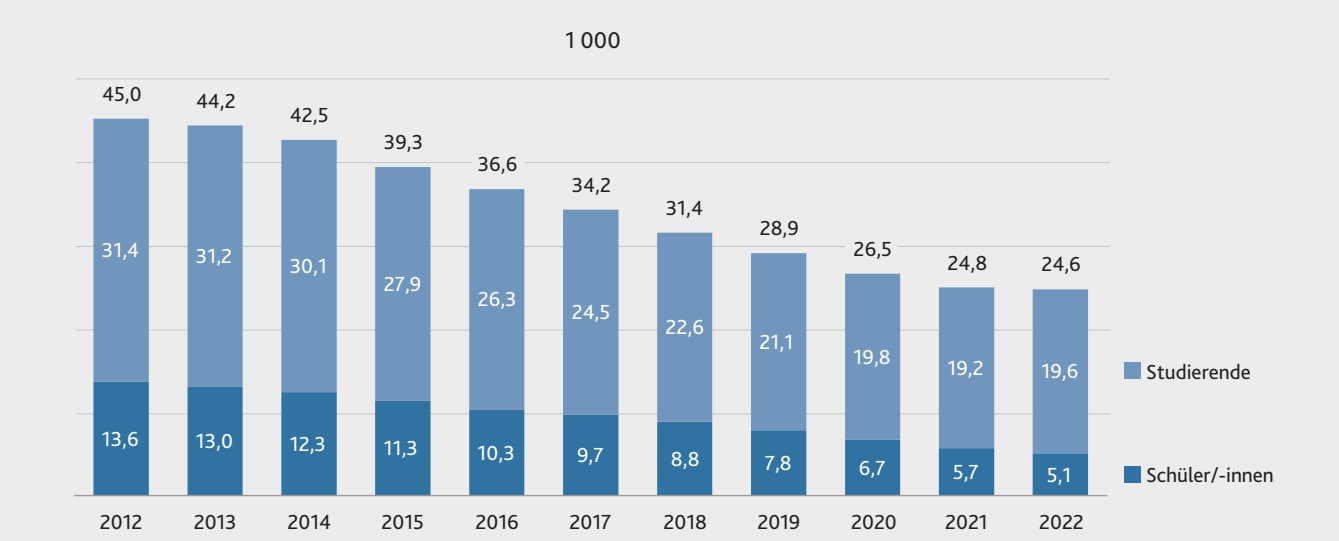
Landesweit wurden im vergangenen Jahr 8,6 von 1 000 bestehenden Ehen geschieden. Da die Scheidungszahlen auf Ebene der Verwaltungsbezirke zum Teil deutlichen jährlichen Schwankungen unterliegen, können nur auf der Grundlage von Mehrjahresdurchschnitten verlässliche Aussagen zum Scheidungsrisiko getroffen werden. Dies vorausgesetzt, lässt sich Folgendes feststellen: Im Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2022 lag die Scheidungsziffer in den kreisfreien Städten mit einem Wert von 8,1 in

Gesamtscheidungsquoten[1] der Heiratsjahrgänge 1952–2022



1 Bislang geschiedene Ehen je 100 Eheschließungen des entsprechenden Heiratsjahrgangs.

Empfänger/-innen von Leistungen nach dem BAföG[1] 2012–2022 nach Empfängergruppen[2]



1 BAföG: Bundesausbildungsförderungsgesetz. – 2 Ab 2015 einschließlich Geförderte an Fernunterrichtsinstituten, die den Schülerinnen und Schülern zugeordnet werden.

der Summe unter der der Landkreise (8,6). Ungeachtet dessen verzeichnete die kreisfreie Stadt Zweibrücken (12,5 Scheidungen je 1 000 bestehenden Ehen) die höchste Scheidungsziffer, der auf der Kreisebene niedrigste Wert (5,8) ergibt sich für den Landkreis Kusel.

Im Jahr 2022 wurden von den rheinland-pfälzischen Familiengerichten zudem 42 gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften durch gerichtlichen Beschluss aufgehoben. Davon waren 23 weibliche Partnerschaften und 19 Lebenspartnerschaften zwischen Männern.

Erneut weniger BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger

Im Jahr 2022 wurden in Rheinland-Pfalz rund 24 600 Personen, darunter 19 600 Studierende, nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) finanziell unterstützt. Das war die niedrigste Zahl der BAföG-Geförderten seit dem Jahr 2000. Gegenüber dem Vorjahr sank ihre Zahl um knapp ein Prozent.

Seit dem Jahr 1971 werden auf der Grundlage des BAföG Jugendliche und junge Erwachsene finanziell in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung unterstützt, im Wesentlichen um ihre Chancen im Bildungs- und Berufssystem zu erhöhen. Die Förderberechtigung, die Höhe des monatlichen Förderbetrags und die Förderungsart (Zuschuss oder Darlehen) hängen von der Art der Ausbildung und den familiären Rahmenbedingungen ab. Der bürokratische Aufwand, zu niedrige Elternfreibeträge sowie zu hohe Darlehensanteile werden häufig als Ursache des seit 2012 zu beobachtenden Rückgangs der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger genannt.

Mit 80 Prozent stellten die Studierenden die größte Empfängergruppe dar, gefolgt von Schülerinnen und Schülern an berufsbildenden Schulen (15 Prozent). Die Förderung von Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen (zwei Prozent) und an Abendschulen bzw. Kollegs (vier Prozent) machten hingegen nur einen geringen Anteil der Gesamtausgaben aus. Mit insgesamt 115 Millionen Euro wurden Jugendliche und junge Erwachsene 2022 in Rheinland-Pfalz im Rahmen des BAföG in ihrer Schul-, Hochschul- oder Berufsbildung finanziell gefördert.

Der durchschnittliche monatliche Förderbetrag, den die Jugendlichen und jungen Erwachsenen erhielten, ist gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Prozent gestiegen. Mit durchschnittlich 591 Euro empfingen die Geförderten 32 Euro pro Monat mehr als im Vorjahr. Dabei bekamen Schülerin-

nen und Schüler (498 Euro) 114 Euro weniger als Studierende (612 Euro).

Mehr „Einser-Abschlüsse" bei Hochschulabsolventinnen und -absolventen

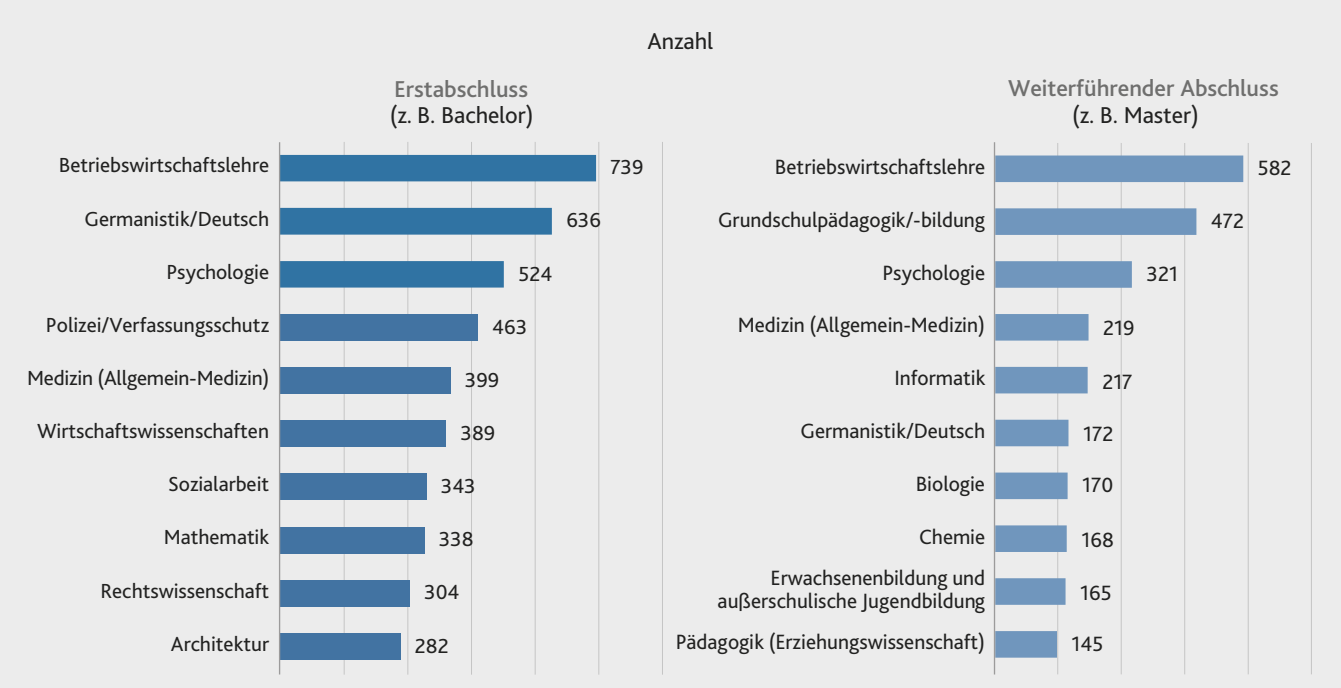
Im Jahr 2022 haben in Rheinland-Pfalz rund 28 Prozent der knapp 24 000 Teilnehmenden an einer Hochschulprüfung ihre Abschlussprüfung mit der Note „sehr gut" bzw. „ausgezeichnet" bestanden. Der Anteil der „Einser-Abschlüsse" stieg gegenüber 2012 um etwa neun Prozentpunkte.

Demgegenüber sank der Anteil der Prüfungsteilnehmenden, die ihre Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden haben, von acht Prozent im Jahr 2012 auf knapp fünf Prozent 2022. Insbesondere zwischen 2019 und 2022 wurde ein deutlicher Rückgang der nicht bestandenen Abschlussprüfungen verzeichnet (–51 Prozent). Es ist zu vermuten, dass dies auf kulante Prüfungsmodalitäten in Folge der Coronamaßnahmen zurückzuführen ist.

Die Mehrzahl der Hochschulen verzeichnete im Sommersemester 2022 höhere Absolventenzahlen als im Vorjahressommersemester. Insgesamt 15 der 22 rheinland-pfälzischen Universitäten und Hochschulen meldeten einen Zuwachs erfolgreicher Absolventinnen und Absolventen. Insbesondere an den Universitäten Koblenz-Landau (+410) und Mainz (+190) sowie an der Hochschule Koblenz (+170) stieg die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Hochschulprüfungen deutlich. Der Anstieg ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass viele Studierende im Kontext der Coronamaßnahmen ihren Studienabschluss verschoben haben bzw. verschieben mussten.

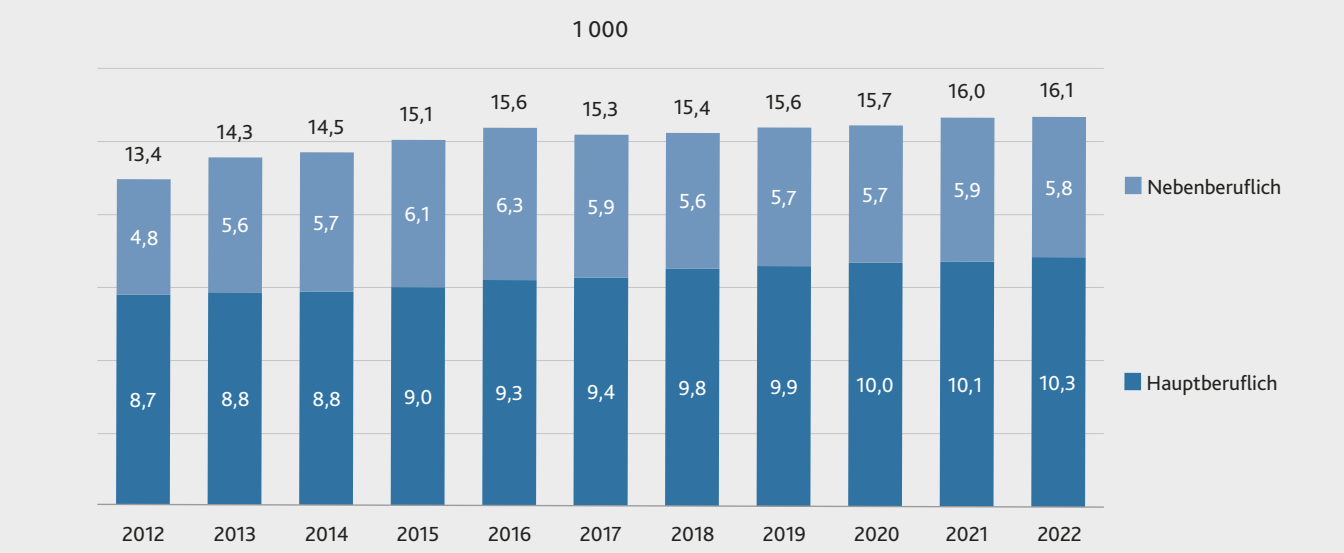
Die meisten Erstabschlüsse gab es in der Betriebswirtschaftslehre (740), gefolgt von Germanistik/Deutsch (640) und Psychologie (520) sowie dem Verwaltungshochschulabschluss „Polizei/Verfassungsschutz" (465), der zur Ausübung des Polizeidienstes qualifiziert. Ein weiterführender Hochschulabschluss wie zum Beispiel der Masterabschluss wurde ebenfalls am häufigsten in der Betriebswirtschaftslehre (580) erlangt. Mit jeweils deutlichem Abstand folgten die Grundschulpädagogik/-bildung (470), Psychologie (320) und Medizin (220).

Bestandene Abschlussprüfungen im Prüfungsjahr 2022 nach Studienform und den jeweils zehn häufigsten Studienfächern[1]



1 Nur erstes Studienfach.

Wissenschaftliches Hochschulpersonal[1] 2012–2022 nach Tätigkeit



1 Ohne studentische wissenschaftliche Hilfskräfte; einschließlich künstlerisches Personal.

Nur knapp jede vierte Professur mit einer Frau besetzt

An den rheinland-pfälzischen Universitäten und Hochschulen lehrten und forschten zum Ende des Jahres 2022 rund 2 200 Professorinnen und Professoren, darunter etwa 590 Frauen (27 Prozent). Die Zahl der Professorinnen stieg gegenüber dem Vorjahr um 7,7 Prozent; im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der mit Männern besetzten Professuren um 0,4 Prozent ab.

Obwohl die Zahl der Professorinnen in den vergangenen zehn Jahren um 53 Prozent wuchs, bestehen in diesen statushohen Positionen weiterhin deutliche Geschlechterunterschiede: Die Zahl der Professoren war mit landesweit rund 1 600 knapp dreimal höher als die der Professorinnen. Während bei den Männern 17 Prozent des wissenschaftlichen Personals Inhaber einer Professur oder eines Lehrstuhls waren, hatten nur 8,7 Prozent der Wissenschaftlerinnen die Stellung einer Professorin.

Im Durchschnitt betreute jede Professorin bzw. jeder Professor 55 Studierende. Das beste Betreuungsverhältnis wiesen die eher kleineren Hochschulen wie die Theologische Fakultät Trier (1:11), die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (1:16) sowie die Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung (1:21) auf. Eine vergleichsweise hohe Studierendenzahl je Professur wurde an den Universitäten Koblenz-Landau (1:111), Trier (1:71) und Kaiserslautern (1:67) verzeichnet. Innerhalb der Fächergruppen hatten die Kunstwissenschaften (1:26) das beste und die Sportwissenschaften (1:87) das schlechteste Betreuungsverhältnis.

Im Rahmen der Kultusministerkonferenz (2013) haben Bund und Länder eine Strategie für die Internationalisierung der Hochschulen vereinbart. Ein Ziel war es, verstärkt wissenschaftliche Nachwuchskräfte sowie etablierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland zu gewinnen. In Rheinland-Pfalz hatten im Jahr 2022 rund 2 200 der 16 100 wissenschaftlich Beschäftigten eine ausländische Staatsangehörigkeit (14 Prozent). Die meisten ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stammten – wie im Vorjahr – aus Indien, Italien und China.

Gesundheitsausgaben steigen 2021 deutlich

Im zweiten Jahr der Coronapandemie erhöhten sich die Gesundheitsausgaben merklich. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit

2021 auf 23,2 Milliarden Euro, was eine Zunahme um 7,2 Prozent gegenüber 2020 bedeutet (Deutschland: +7,5 Prozent).

Damit setzt sich die Tendenz aus dem Vorjahr fort. Durch den Ausbruch der Coronapandemie fiel die Ausgabensteigerung mit +5,6 Prozent bereits 2020 überdurchschnittlich aus (Deutschland: +6,4 Prozent). Allerdings hatten die Gesundheitsausgaben bereits in den Jahren vor der Coronapandemie kontinuierlich zugenommen. Treiber dieser Entwicklung dürften unter anderem die Folgen des demografischen Wandels, das gestiegene Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung und die Auswirkungen des medizinisch-technischen Fortschritts sein. Von 2011 bis 2019 stiegen die Gesundheitsausgaben durchschnittlich um 4,1 Prozent pro Jahr (Deutschland: +4,3 Prozent).

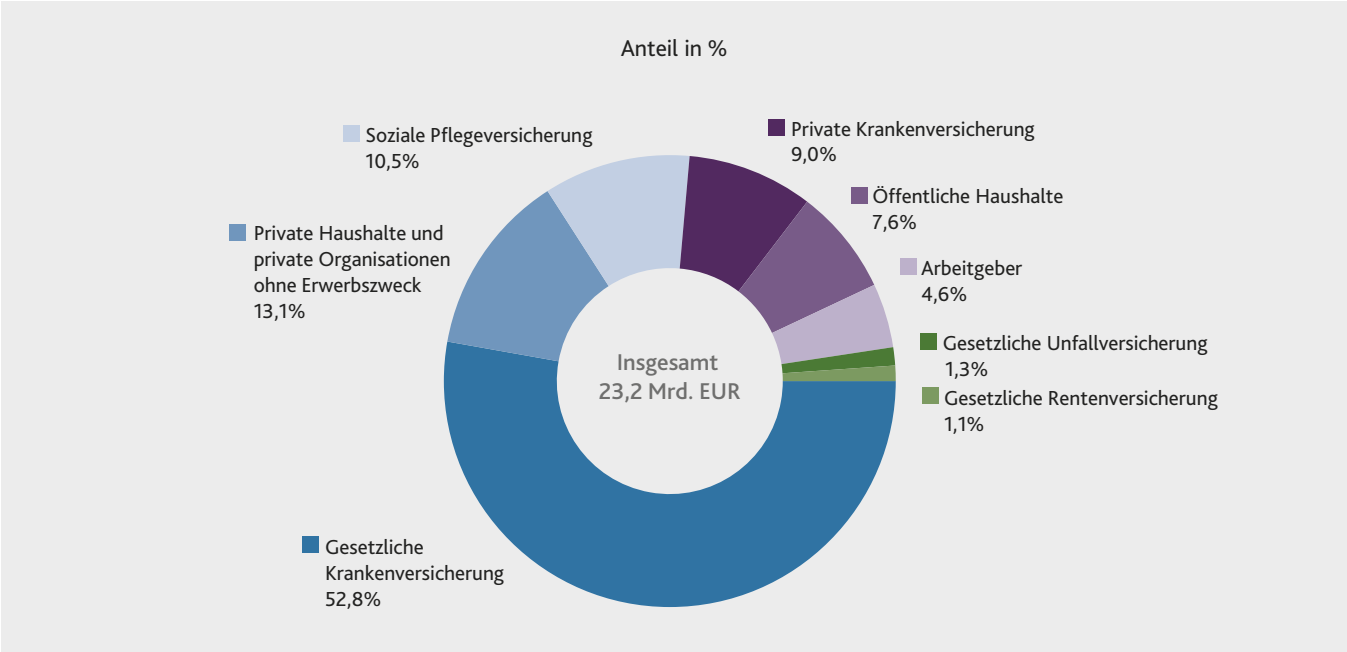
Alle Ausgabenträger gaben 2021 mehr für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit aus als im Vorjahr. Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte, die schon 2020 durch die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung kräftig gestiegen waren, wuchsen 2021 um 30 Prozent. Auch die Gesundheitsausgaben der sozialen Pflegeversicherung erhöhten sich – einem langfristigen Trend folgend – deutlich (+9,7 Prozent). Die geringste Steigerung war bei den Ausgaben der gesetzlichen Unfallversicherung zu verzeichnen (+0,5 Prozent).

Die Gesundheitsausgaben pro Kopf sind in Rheinland-Pfalz etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt. Die Ausgaben je Einwohnerin bzw. Einwohner beliefen sich 2021 auf 5 646 Euro (Deutschland: 5 699 Euro).

Mehr als die Hälfte der Gesundheitsausgaben trägt die gesetzliche Krankenversicherung – in Rheinland-Pfalz waren es 2021 rund 53 Prozent. Auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner entfielen im Schnitt 2 981 Euro. Damit lagen der Ausgabenanteil sowie die Pro-Kopf-Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung unter dem Bundesdurchschnitt (54 Prozent bzw. 3 067 Euro).

Den zweitgrößten Beitrag zu den Gesundheitsausgaben leisten die Privathaushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die in Rheinland-Pfalz 2021 für 13 Prozent der Ausgaben aufkamen (Deutschland: ebenfalls 13 Prozent). Zu den Gesundheitsausgaben, die von den privaten Haushalten getragen werden, gehören z. B. Zuzahlungen zu Leistungen der Krankenversicherungen sowie

Gesundheitsausgaben 2021 nach Ausgabenträgern



Direktkäufe von gesundheitsbezogenen Waren und Dienstleistungen. Die rheinland-pfälzischen Privathaushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck gaben 2021 pro Kopf 739 Euro für die Gesundheit aus; bundesweit waren es 723 Euro.

An dritter Stelle folgt die soziale Pflegeversicherung mit einem Ausgabenanteil von elf Prozent (Bundesdurchschnitt: ebenfalls elf Prozent). Je Einwohnerin bzw. Einwohner tätigte die soziale Pflegeversicherung im Schnitt Ausgaben in Höhe von 594 Euro (Deutschland: 621 Euro).

Leichter Anstieg der vollstationären Behandlungen in Krankenhäusern

Im vergangenen Jahr wurden in den insgesamt 85 rheinland-pfälzischen Krankenhäusern annähernd 801 400 Personen vollstationär versorgt. Das waren 10 760 Patientinnen und Patienten bzw. 1,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Sowohl im ärztlichen als auch im nichtärztlichen Bereich waren im Jahresdurchschnitt mehr Vollkräfte beschäftigt als 2021.

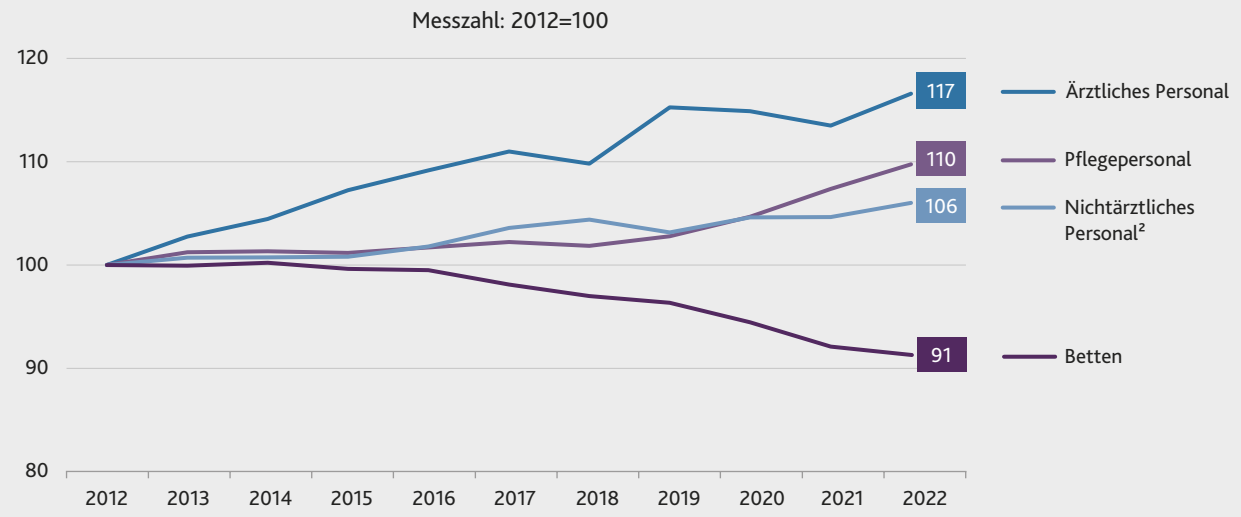
Die Zahl der im Jahr 2022 vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten liegt in etwa auf dem Niveau von 2020. In den Jahren vor der Coronapandemie, das heißt vor 2020, waren noch deutlich mehr Patientinnen und Patienten vollstationär versorgt worden. Im Jahr 2019 waren es fast 945 000 gewesen. Durchschnittlich verblieben die Patientinnen und Patienten 2022 knapp sieben Tage in der Klinik. In Summe ergeben sich damit rund 5,6 Millionen sogenannte Belegungstage.

Die vollstationären, aber auch teilstationären und ambulanten Versorgungsleistungen wurden im vergangenen Jahr von umgerechnet 44 059 Vollkräften erbracht. Das waren rund 1,6 Prozent mehr als im Vorjahr (43 386). Beim ärztlichen Personal war eine Zunahme von 2,7 Prozent bzw. 197 Vollkräften zu verzeichnen. Auch die Zahl der Pflegekräfte ist in annähernd gleicher Größenordnung angestiegen (+2,2 Prozent bzw. +369 Vollkräfte). Das nichtärztliche Personal, zu dem neben dem Pflegepersonal unter anderem auch die in verschiedenen medizinisch-technischen und rein technischen Diensten, im Verwaltungs- und in Sonderdiensten beschäftigten Personen zählen, erhöhte sich um 476 Vollkräfte bzw. 1,3 Prozent.

Zahl der Neuzulassungen steigt im ersten Halbjahr

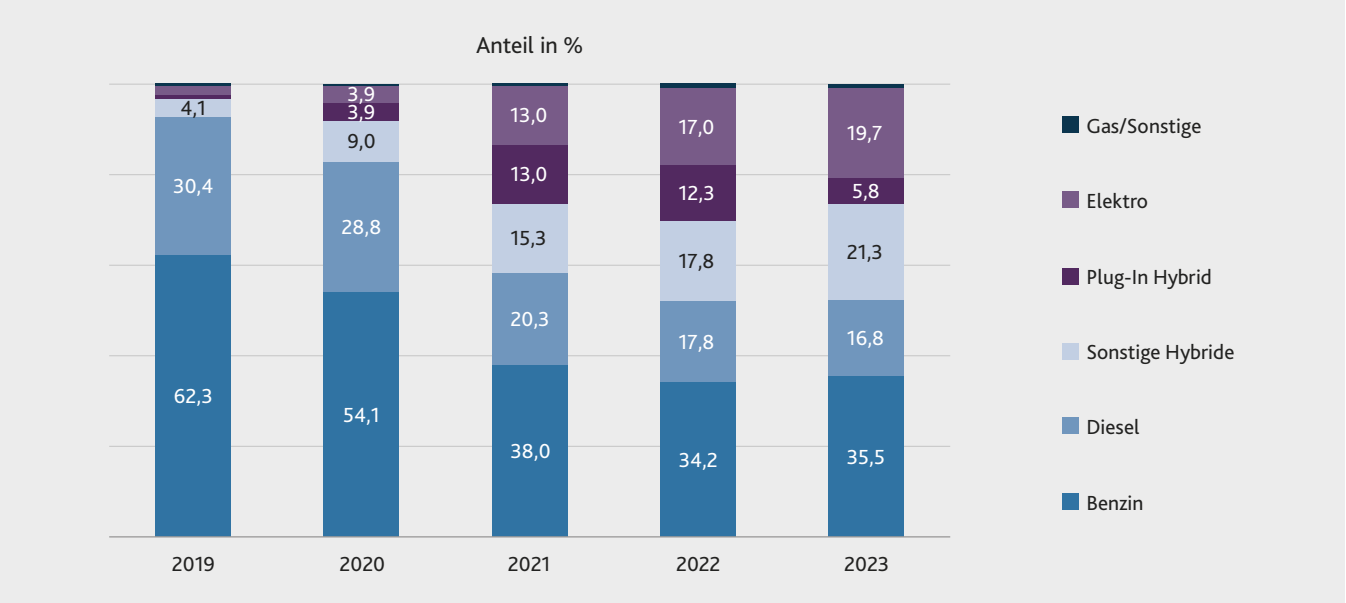
In den ersten sechs Monaten des Jahres 2023 wurden in Rheinland-Pfalz

Vollzeitkräfte[1] und Betten in Krankenhäusern 2012–2022



1 Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt. – 2 Nichtärztliches Personal: Pflegepersonal, Klinisches Hauspersonal, Wirtschafts- und Versorgungsdienst, Technischer Dienst, Verwaltungsdienst, Sonderdienste, Sonstiges Personal.

Neuzulassungen von Personenkraftwagen im 1. Halbjahr 2019–2023 nach Kraftstoffarten



68 000 Fahrzeuge neu zugelassen. Dies waren 3 300 Neuzulassungen bzw. 5,1 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Damit fiel der prozentuale Anstieg deutlich geringer aus als in Deutschland insgesamt (+13 Prozent).

Grund hierfür ist vor allem der im Bundesvergleich geringere Anstieg bei den neu zugelassenen Personenkraftwagen. Während in Rheinland-Pfalz die Anzahl im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,2 Prozent stieg, wurde im Bundesdurchschnitt ein Zuwachs von 13 Prozent verzeichnet. Die Anstiege bei der Zahl der Krafträder (+13 Prozent) und der Lastkraftwagen (+14 Prozent) lagen in etwa im bundesweiten Durchschnitt.

Von Januar bis Juni 2023 wurden insgesamt 51 800 Pkw zugelassen; davon rund 48 Prozent mit alternativen Antriebsarten. Einen reinen Elektroantrieb hatten 10 200 Fahrzeuge – etwa 20 Prozent der Gesamtzulassungen bei Personenkraftwagen. Die Zahl der Fahrzeuge mit Plug-In-Hybridantrieb lag bei 3 000; dies sind 5,8 Prozent aller Pkw-Neuzulassungen. Die Zahl der Neuzulassungen bei den Plug-In-Hybriden hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr als halbiert. Der Grund dafür dürfte im Wegfall der BAFA-Förderung für diese Fahrzeugklasse seit dem 1. Januar 2023 liegen. Dagegen hat der Anteil der Zulassungen sonstiger Hybride in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich zugenommen und im ersten Halbjahr 2023 einen Wert von rund 21 Prozent erreicht. Der Anteil von Elektroautos und Plug-In-Hybriden, d. h. Pkw, die auch ohne Unterstützung durch einen Verbrennerantrieb (zumindest Teilstrecken) fahren können, an allen Pkw-Neuzulassungen lag zusammen bei rund 26 Prozent.

Der in den zurückliegenden Jahren zu beobachtende Trend sinkender Zulassungszahlen bei den Pkw mit Verbrennungsmotoren setzte sich zumindest bei den Benzinern nicht weiter fort. Hier wurden im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 7,2 Prozent mehr Fahrzeuge neu zugelassen. Bei den Dieselfahrzeugen kam es zu einem Rückgang von 2,7 Prozent.

Die Zahl der Besitzumschreibungen stieg im Vergleich zum ersten Halbjahr 2022 um 3,8 Prozent auf 201 700. Davon entfielen 170 000 Besitzumschreibungen auf Pkw (+5,1 Prozent), 15 500 auf Krafträder (–6,5 Prozent), 11 000 auf Lkw (+4 Prozent) und 4 469 auf Zugmaschinen (–8,3 Prozent).

Weniger Getötete bei Verkehrsunfällen im ersten Halbjahr

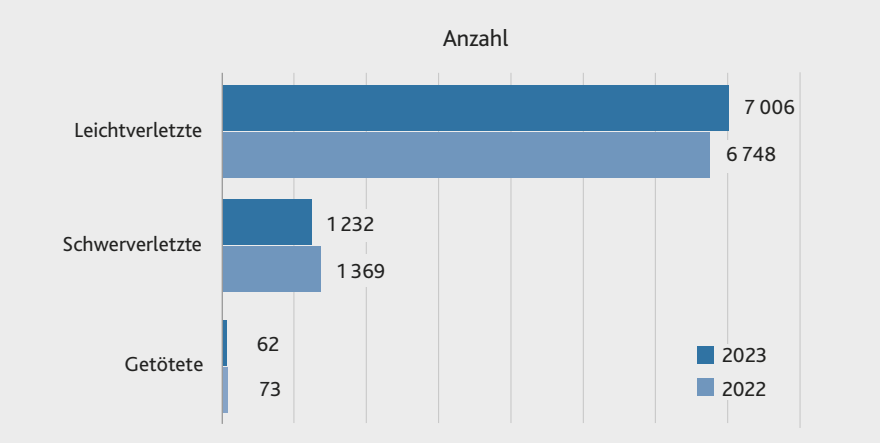
Im ersten Halbjahr 2023 starben weniger Menschen bei Straßenverkehrsun-

fällen in Rheinland-Pfalz als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Von Januar bis Juni verloren 62 Personen bei Verkehrsunfällen ihr Leben – das waren elf weniger als im Vorjahreszeitraum.

Die Polizei registrierte in den ersten sechs Monaten 68 370 Verkehrsunfälle, davon 6 418 mit Personenschaden und 61 952 mit nur Sachschaden.

Die Zahl der Unfälle insgesamt lag um 4 017 bzw. 6,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Bei den Unfällen mit Personenschaden lag die Anzahl im ersten Halbjahr auf Vorjahresniveau. Die Zahl der Schwerverletzten ging im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um zehn Prozent auf 1 232 zurück, die der Leichtverletzten stieg um knapp vier Prozent auf 7 006.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Juni 2022 und 2023



Die Unfallzahlen des ersten Halbjahres 2023 liegen etwa vier Prozent über dem Mittelwert der zurückliegenden zehn Jahre. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den jeweils ersten sechs Monaten der Coronajahre deutlich weniger Verkehrsunfälle gezählt wurden als in den Jahren zuvor. Von Januar bis Juni 2023 bewegten sich die Unfallzahlen knapp unter dem Niveau des Vergleichszeitraums der Vor-Corona-Jahre 2017 bis 2019. Die Zahl der Verunglückten, das heißt, der Menschen, die bei Unfällen getötet oder verletzt wurden, liegt mit 8 300 um rund drei Prozent unter dem zehnjährigen Mittelwert.

Insgesamt verloren im Juni dieses Jahres 17 Menschen ihr Leben, das waren vier weniger als im Juni 2022; 310 Unfallbeteiligte wurden schwer und 1 538 leicht verletzt. Insgesamt ereigneten sich 11 948 Unfälle (+6,5 Prozent gegenüber Juni 2022).

Aus der amtlichen Statistik

Tourismuszahlen noch nicht auf Vor-Corona-Niveau – Themenseite im Statistikportal zeigt Pandemie-Folgen

Die Tourismusbranche in Rheinland-Pfalz konnte 2022 noch nicht ganz an das Vor-Corona-Niveau anknüpfen. Das zeigt eine Themenseite zu den Folgen der Pandemie für den Tourismus, die die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder jetzt im Statistikportal veröffentlicht haben. Demnach lag die Zahl der Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz noch 8,5 Prozent unter dem Vor-Corona-Niveau des Jahres 2019.

Die Zahl der Übernachtungen war in Rheinland-Pfalz von rund 23 Millionen im Jahr 2019 auf 15 bzw. 14 Millionen in den Jahren 2020 und 2021 zurückgegangen. Das entspricht Abnahmen von 33 bzw. 38 Prozent. Die bundesweiten Veränderungsraten lagen 2020 bzw. 2021 bei –39 bzw. –37 Prozent. Mit zunehmender Lockerung der pandemiebedingten Einschränkungen im Jahr 2022 stieg die Zahl der Übernachtungen in Rheinland-Pfalz auf 21 Millionen an (–8,5 Prozent gegenüber 2019). Deutschlandweit wurden 451 Millionen Übernachtungen erreicht, das waren 9,1 Prozent weniger als 2019.

Die Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland sind in den Jahren 2020 und 2021 in allen Bundesländern stärker zurückgegangen als die der inländischen Gäste. In Rheinland-Pfalz reduzierten sich die Übernachtungen ausländischer Gäste während der Pandemiejahre 2020 und 2021 um 51 bzw. 60 Prozent gegenüber 2019, während die Zahl der Übernachtung von Gästen aus dem Inland um 27 bzw. 32 Prozent unter dem Vor-Pandemie-Niveau lagen. Bundesweit betrug der Rückgang der Nachfrage aus dem Ausland in diesem Zeitraum jeweils mehr als 60 Prozent; die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Inland ging deutschlandweit um jeweils rund 30 Prozent zurück. Im Jahr 2022 lag die Zahl der Übernachtungen aus dem Inland in Rheinland-Pfalz noch 5,7 Prozent unter dem Niveau von 2019 (Deutschland: –5,7 Prozent). Bei den ausländischen Gästen waren es –18 Prozent (Deutschland: –24 Prozent).

In Rheinland-Pfalz ging die Zahl der Übernachtungen gegenüber 2019 im Landkreis Ahrweiler mit –57 Prozent am stärksten zurück. Diese Entwicklung ist auch auf die Flutkatastrophe im Juli 2021 zurückzuführen. Mit deutlichem Abstand folgt die kreisfreie Stadt Frankenthal mit –21 Prozent. Auch im bundesweiten Vergleich verzeichnete der Landkreis Ahrweiler den größten Rückgang bei den Übernachtungen. Dahinter folgen die Stadt Wolfsburg in Niedersachsen (–38 Prozent), die Stadt Suhl in Thüringen (–33 Prozent) und der Landkreis Groß-Gerau in Hessen (–33 Prozent).

Weitere Ergebnisse sowie eine deutschlandweite interaktive Darstellung der regionalen Unterschiede der Entwicklung der Gästeübernachtungen ist im Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verfügbar:

www.statistikportal.de/tourismus-pandemie

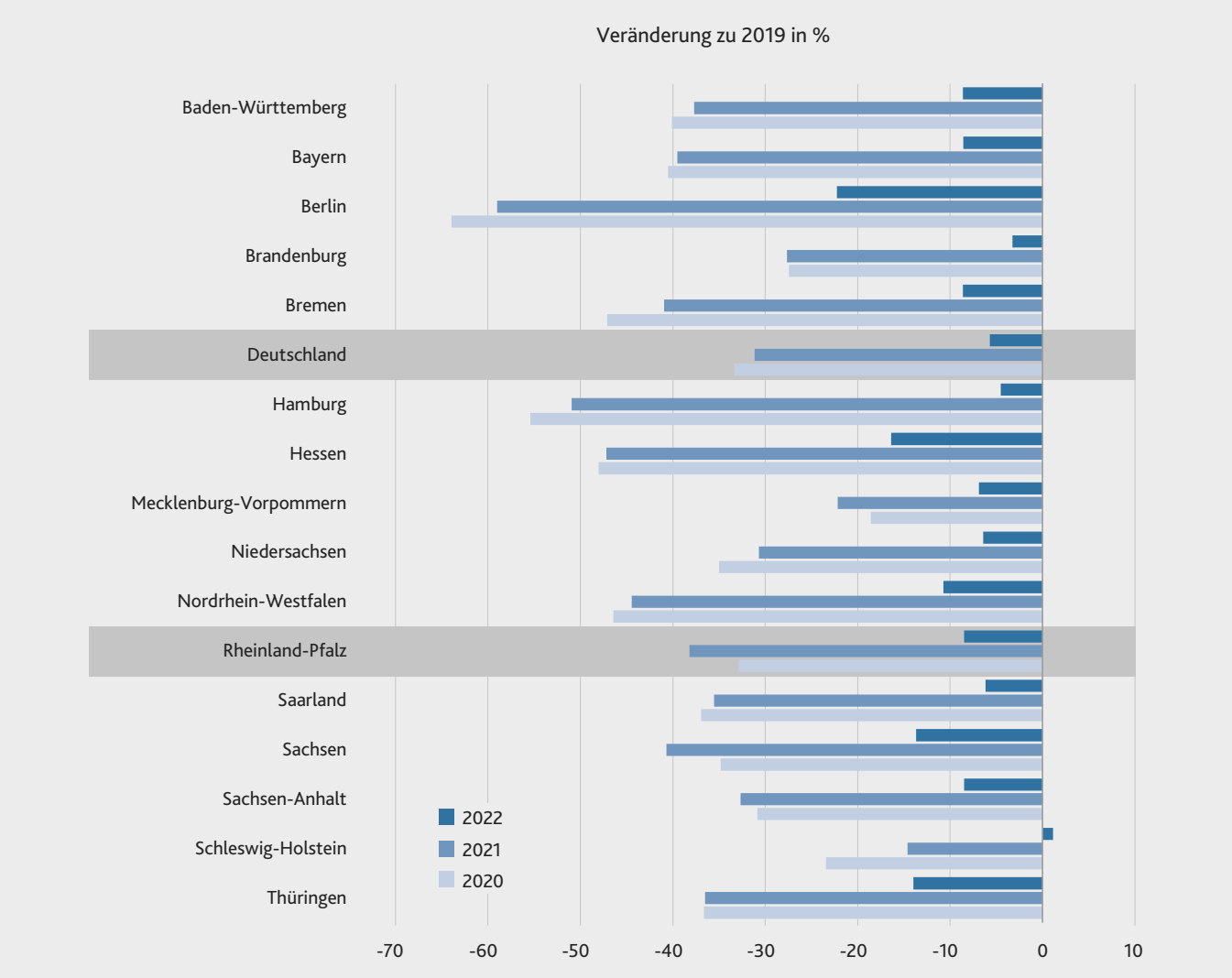
Grundlage der Auswertung sind die Jahressummen der Monatserhebung im Tourismus. Bei den Gästeübernachtungen werden sowohl touristische als auch berufliche Reisen erfasst, eine getrennte Auswertung ausschließlich touristischer Reisen ist mit den vorliegenden Daten nicht möglich. Die Daten finden Sie in der Regionaldatenbank Deutschland:

www.regionalstatistik.de/genesis/online/statistic/45412

Weitere kartografische Darstellungen auf Kreis- und Gemeindeebene zum Thema Tourismus bietet der Regionalatlas Deutschland:

https://regionalatlas.statistikportal.de

Gästeübernachtungen 2020–2022 nach Bundesländern



Mikrozensus: Neue Gemeinschaftsveröffentlichung „Wohnen in Deutschland" Mietbelastungsquote in Rheinland-Pfalz leicht über Bundesdurchschnitt

Haushalte in Rheinland-Pfalz wendeten im vergangenen Jahr durchschnittlich 28,4 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für Miete auf. Das zeigen Ergebnisse des Mikrozensus, die die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder jetzt im Statistikportal veröffentlicht haben. Rheinland-Pfalz lag mit dieser Mietbelastungsquote im Mittelfeld der Bundesländer und gut einen halben Prozentpunkt über dem bundesweiten Durchschnitt von 27,8 Prozent. Den höchsten Wert wies Bremen mit 30,4 Prozent und den niedrigsten Sachsen mit 23,1 Prozent auf, wobei die ostdeutschen Bundesländer generell niedrigere Mietbelastungsquoten haben als die westdeutschen Länder.

Die den Berechnungen zugrundeliegende Bruttokaltmiete (Nettokaltmiete und sogenannte kalte Nebenkosten, d. h. ohne Wärme und Strom) lag in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt bei 7,80 Euro je Quadratmeter; deutschlandweit lag sie bei 8,60 Euro. Die höchsten Bruttokaltmieten mit durchschnittlich 8,60 Euro je Quadratmeter mussten Haushalte zahlen, die erst 2019 oder später in die Mietwoh-

nung eingezogen sind. Haushalte, die vor 1999 ihre Mietwohnung bezogen haben, bezahlten hingegen im Schnitt nur 6,50 Euro je Quadratmeter.

Die Mietbelastungsquote richtet sich zudem nach der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens. Während Mieter mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1500 Euro eine Mietbelastungsquote von 46 Prozent zu tragen haben, lag der Wert für Miethaushalte mit einem Nettoeinkommen von 4000 Euro und mehr nur bei 15 Prozent.

Die Gemeindestruktur, in der der Miethaushalt wohnt, beeinflusst ebenfalls die Belastungsquote. Groß-, aber auch Mittelstädte weisen mit Quoten von 31 und 29 Prozent deutlich höhere Werte auf als Kleinstädte und Landgemeinden mit 27 Prozent.

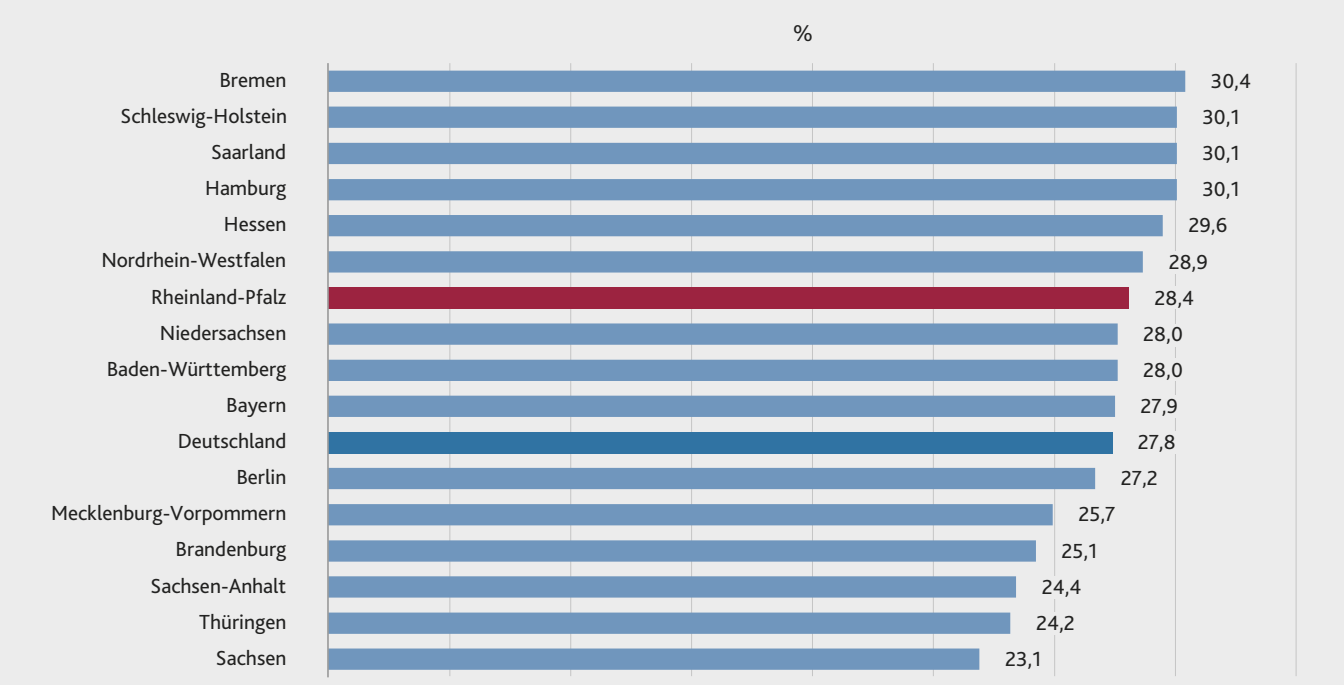
Weitere Informationen und Daten zum Thema Wohnen, wie der Wohnungsgröße, Beheizungs- oder Energieart sowie nach Merkmalen zur Barrierereduktion von Wohnungen sind in der Gemeinschaftsveröffentlichung „Wohnen in Deutschland – Zusatzprogramm des Mikrozensus 2022“ zu finden:

www.statistikportal.de/de/veroeffentlichungen/wohnen-deutschland

Im Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind zudem interaktive Karten und Grafiken abrufbar, die regionale Unterschiede der Bruttokaltmieten und Mietbelastungsquoten deutschlandweit veranschaulichen:

www.statistikportal.de/mieten

Durchschnittliche Mietbelastungsquote[1] 2022 nach Bundesländern



1 Anteil Bruttokaltmiete am Haushaltsnettoeinkommen.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im August 2023

Der Verbraucherpreisindex lag im August 2023 um 5,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Inflationsrate war damit niedriger als im Juli (+6,1 Prozent). Der Rückgang beruht allerdings auch auf einem statistischen „Basiseffekt". Im Sommer 2022 hatten sich die Verbraucherpreise, insbesondere die Energie- und Nahrungsmittelpreise, außergewöhnlich stark erhöht. Weil diese Vorjahrespreise die Vergleichsbasis für die Berechnung der Inflationsrate bilden, fällt die Rate niedriger aus als in den vergangenen Monaten.

Die Nahrungsmittelpreise lagen im August 2023 deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats (+8,4 Prozent) und wirkten damit weiterhin inflationstreibend. Die Erhöhung der Energiepreise fiel mit +4,8 Prozent niedriger aus als der Anstieg des Verbraucherpreisindex insgesamt. Kraftstoffe waren kaum teurer als im Vorjahresmonat (+0,3 Prozent), obwohl im August 2022 eine verringerte Energiesteuer auf Kraftstoffe zu zahlen war („Tankrabatt"). Haushaltsenergie verteuerte sich hingegen um 8,1 Prozent. Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, war im August leicht rückläufig. Sie belief sich auf +5,3 Prozent nach +5,5 Prozent im Juli.

In allen zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex lagen die Preise über dem Niveau des Vorjahresmonats.

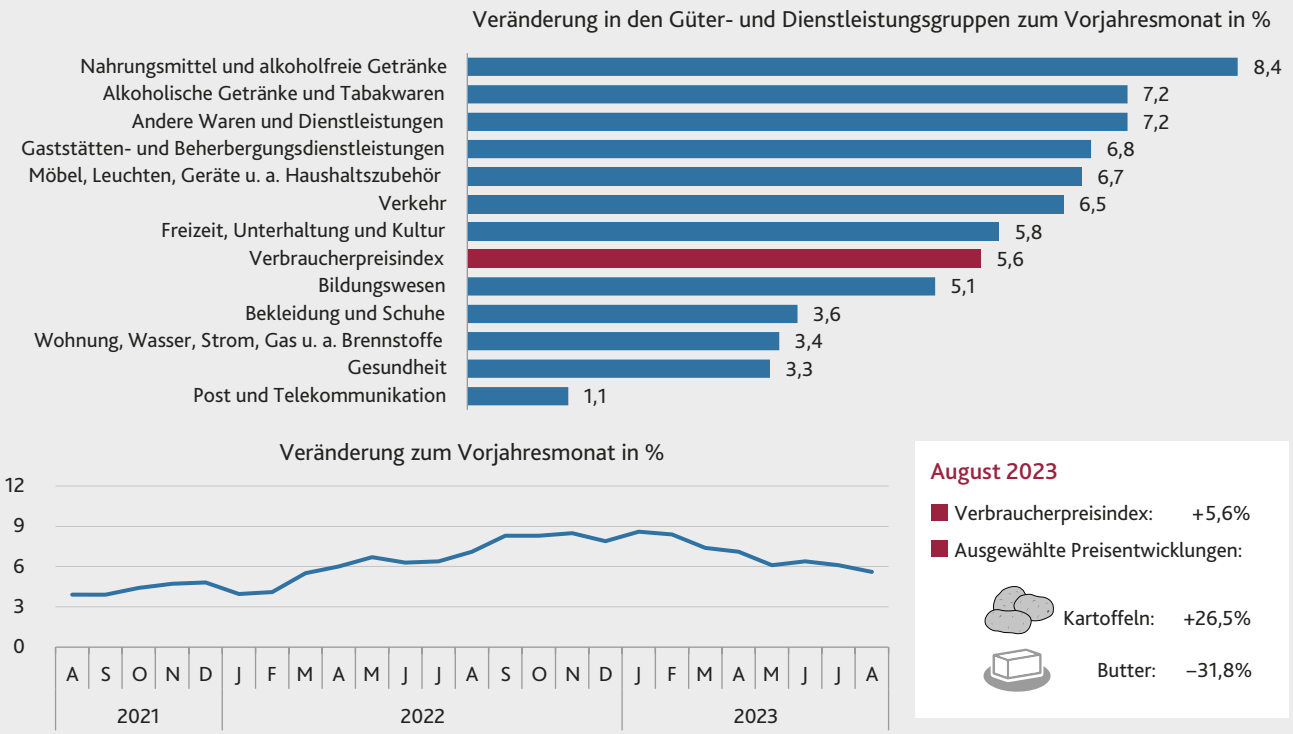
Zum Anstieg des Verbraucherpreisindex um 0,3 Prozent im Vergleich zum Vormonat trugen sieben der zwölf Abteilungen bei. Spürbare Preissteigerungen gab es saisonal bedingt bei Bekleidung und Schuhen (+1,8 Prozent). In zwei Abteilungen – Post und Telekommunikation sowie Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen – blieb das Preisniveau unverändert. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke gingen etwas zurück (–0,5 Prozent). Auch in den Abteilungen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren" sowie „Gesundheit" waren die Preise leicht rückläufig (jeweils –0,2 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in elf rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 23 Preisermittelnde im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im August 2023

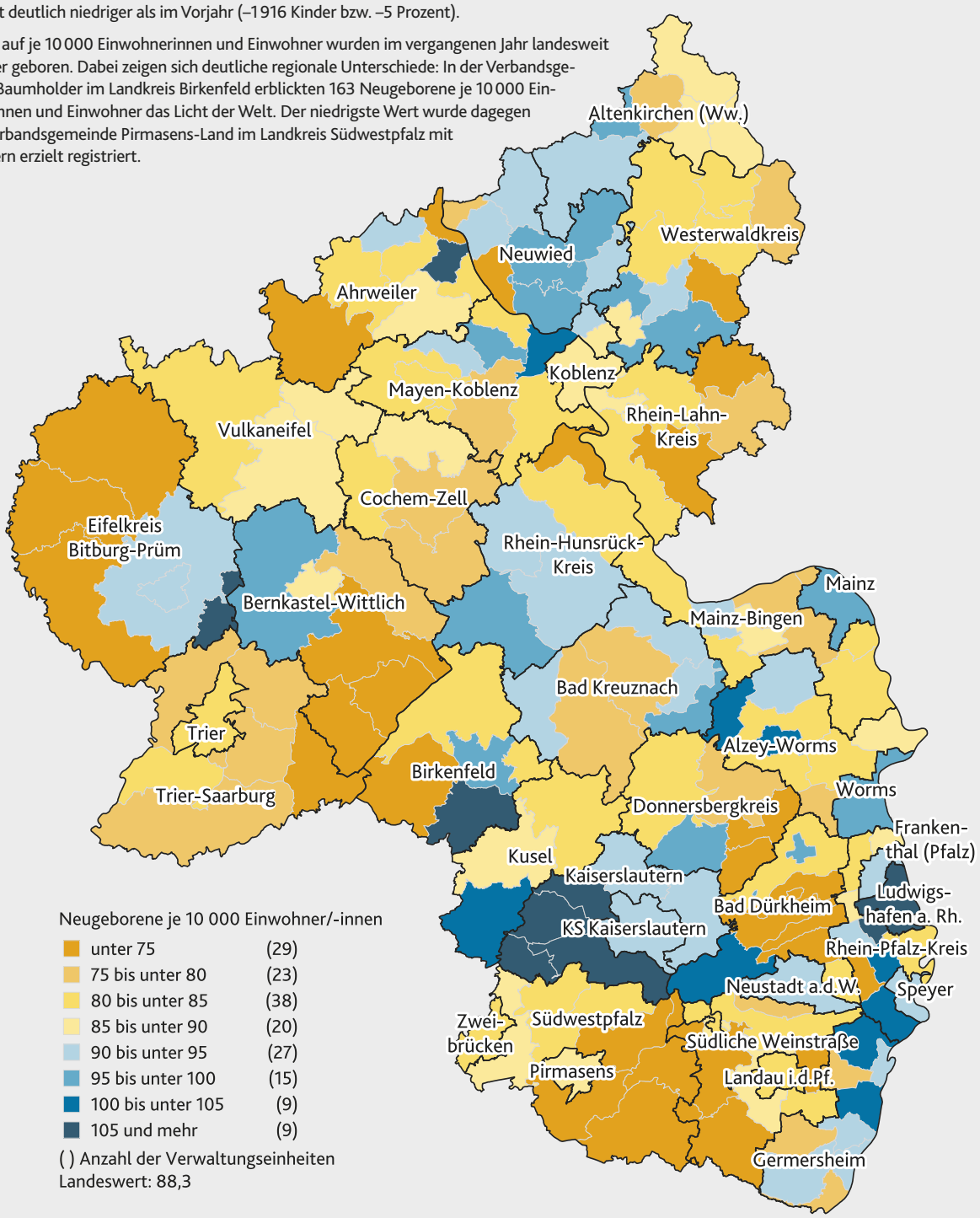


Neugeborene 2022

Rund 36 700 Neugeborene im Jahr 2022

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 36 731 Kinder in Rheinland-Pfalz geboren. Die Zahl der Neugeborenen lag damit deutlich niedriger als im Vorjahr (–1 916 Kinder bzw. –5 Prozent).

Bezogen auf je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden im vergangenen Jahr landesweit 88 Kinder geboren. Dabei zeigen sich deutliche regionale Unterschiede: In der Verbandsgemeinde Baumholder im Landkreis Birkenfeld erblickten 163 Neugeborene je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner das Licht der Welt. Der niedrigste Wert wurde dagegen in der Verbandsgemeinde Pirmasens-Land im Landkreis Südwestpfalz mit 58 Kindern erzielt registriert.



Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022

Handel und unternehmensnahe Dienstleistungsbereiche

Von Matthias Kowalczyk

Etwa zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Bruttowertschöpfung werden im Dienstleistungssektor erwirtschaftet. Neben einem erheblichen Anteil, der auf öffentliche Dienstleister sowie die Bereiche Erziehung und Gesundheit entfällt, spielen der Handel und die unternehmensnahen Dienstleistungsbereiche eine bedeutsame Rolle: Im Jahr 2022 trug der Handel gut zehn Prozent zur Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz bei. Der Wertschöpfungsanteil der unternehmensnahen Dienstleistungen, zu denen die Bereiche „Erbringung freiberuflicher, wissenschaftlicher und technischer Dienstleistungen", „Verkehr und Lagerei", „Information und Kommunikation" sowie „Sonstige Unternehmensdienstleister" zählen, lag bei etwa 18 Prozent.

Preisbereinigter Einzelhandelsumsatz steigt trotz Inflation

Konsumklimaindex erreicht historischen Tiefststand

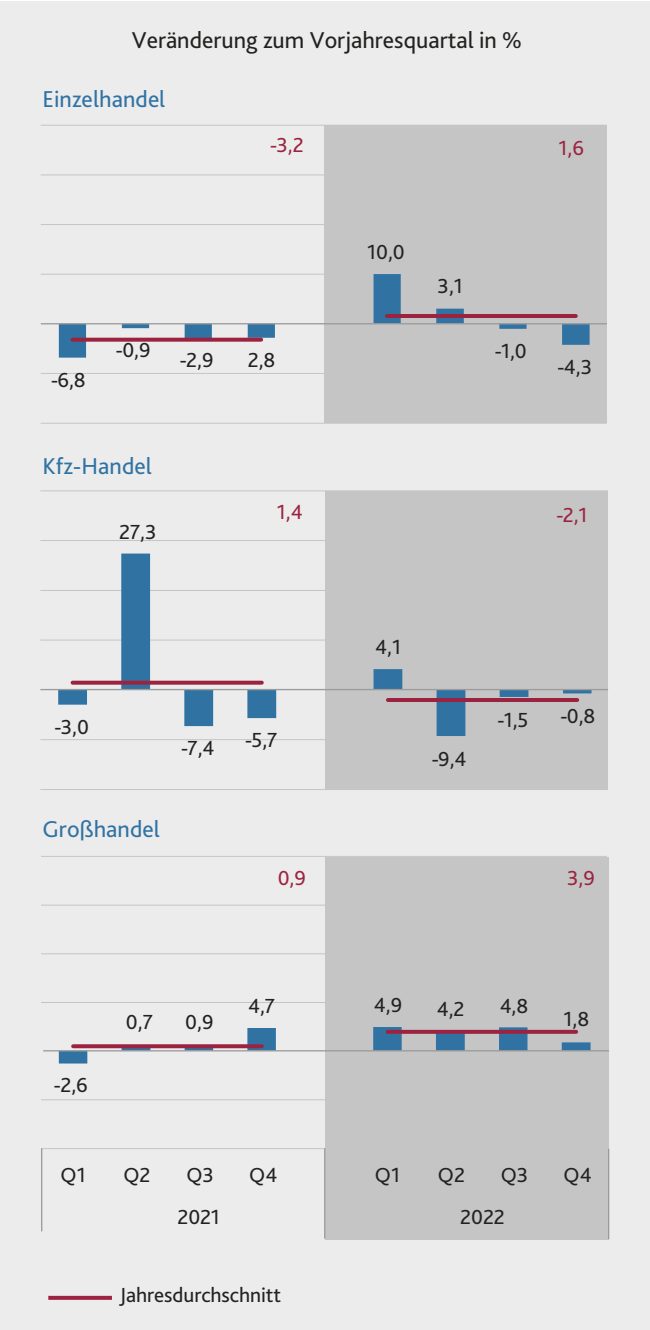
Die Kauflaune der Verbraucherinnen und Verbraucher war 2022 stark getrübt. Der GfK-Konsumklimaindex, der die Konsumneigung der privaten Haushalte misst, lag sogar noch deutlich unter dem Niveau der beiden Vorjahre, in denen die Stimmung bereits unter den Folgen der Coronapandemie gelitten hatte. Schon zu Jahresbeginn befand sich der Konsumklimaindex mit –6,9 Punkten deutlich im negativen Bereich. Nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine ging es ab März fast kontinuierlich weiter bergab, bis der Index im Oktober mit knapp –43 Zählern einen historischen Tiefststand erreichte. Die Indexwerte für Einkommenserwartung, Konjunkturerwartung und Anschaffungsneigung lagen ab März 2022 durchgängig im negativen Bereich, ein Phänomen, das zuletzt im April 2020 während des ersten Coronalockdowns aufgetreten war. Ein Hauptgrund für das schwache Konsumklima dürften die stark gestiegenen Verbraucherpreise sein, die sich negativ auf die Kaufkraft der Haushalte auswirkten. Trübten nach dem Ausbruch des Krieges zunächst vor allem die höheren Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe die Konsumlaune, erfasste die Teuerung im weiteren Verlauf des Jahres auch viele andere Gütergruppen. Am Jahresende entspannte sich die Situation leicht. Im Dezember lag der Konsumklimaindex bei –40 Punkten. Der milde Winter, der das Energiesparen erleichterte, und die Ankündigung der Deckelung von Energiepreisen könnte zur Stabilisierung der Konsumentenstimmung beigetragen haben.

Trotz des getrübten Konsumklimas erwirtschaftete der Einzelhandel in Rheinland-Pfalz 2022 real – also um Preisveränderungen bereinigt – ein Umsatzplus von 1,6 Prozent

Umsatzplus von 1,6 Prozent

gegenüber dem Vorjahr. Dabei war das Umsatzniveau bereits in den beiden Vorjahren durch die Verlagerung der privaten Konsumausgaben von Dienstleistungen hin zu Waren, die während der Coronapandemie zu beobachten war, überdurchschnittlich hoch. Deutschlandweit schrumpften die Einzelhandelsumsätze 2022 hingegen um 0,7 Prozent. Dies könnte mit Umsatzrückgängen im Onlinehandel zusammenhängen, der auf Bundesebene eine höhere Bedeutung hat als hierzulande. Nominal – also in jeweiligen Preisen – verzeichnete der Einzelhandel aufgrund der stark gestiegenen Preise kräftige Erlöszuwächse. In Rheinland-Pfalz erzielten die Einzelhandelsunternehmen nominal elf Prozent mehr Umsatz als 2021, in Deutschland legten die Erlöse um 7,8 Prozent zu.

G1 Preisbereinigter Umsatz im Handel 2021 und 2022 nach Quartalen



Erlöse in der zweiten Jahreshälfte unter dem Vorjahresniveau

Der Einzelhandel setzte insbesondere im ersten Quartal 2022 deutlich mehr um als im Vorjahreszeitraum. Preisbereinigt ergab sich ein Umsatzplus von zehn Prozent. Der Grund für diese Zuwachsrate ist allerdings ein statistischer Basiseffekt, da die Einzelhandelsumsätze im ersten Quartal 2021 während des zweiten Coronalockdowns auf einem sehr niedrigen Niveau lagen. Auch im zweiten Quartal 2022 waren die Umsätze höher als im Vorjahreszeitraum (+3,1 Prozent). In der zweiten Jahreshälfte wirkte sich die steigende Inflation zunehmend auf das Konsumverhalten aus. Im dritten Quartal lagen die Erlöse preisbereinigt um ein Prozent unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Im vierten Quartal beliefen sich die Umsatzeinbußen sogar auf 4,3 Prozent. Damit war das Umsatzniveau im Schlussquartal auch geringer als 2019, dem Jahr vor dem Ausbruch der Coronapandemie (–1,2 Prozent).

Umsatzplus im stationären Einzelhandel

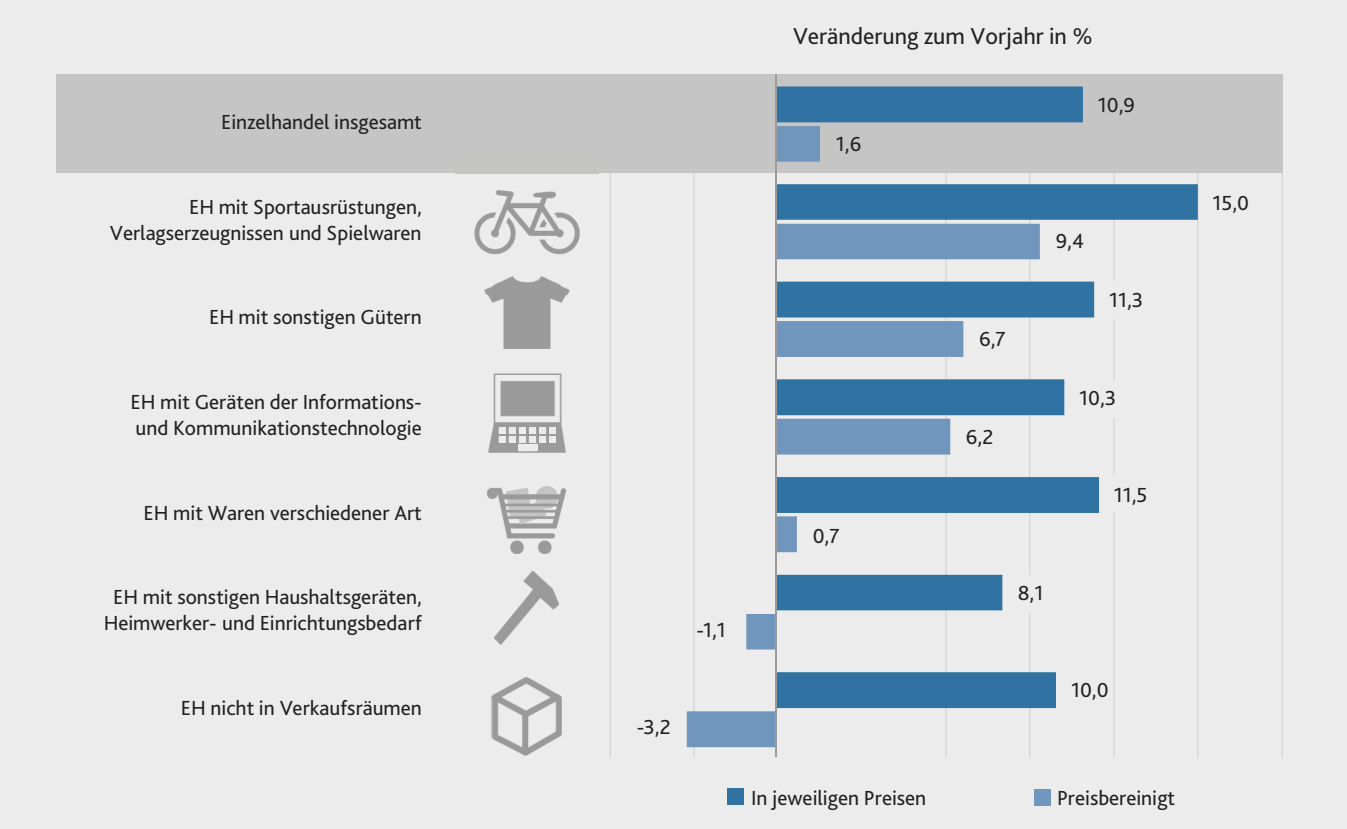
Insbesondere der stationäre Einzelhandel, dessen Produktpalette über Waren des alltäglichen Bedarfs hinausgeht, generierte 2022 mehr Umsatz als im Vorjahr. Am stärksten stiegen die Erlöse im „Einzelhandel mit Sportausrüstungen, Verlagserzeugnissen und Spielwaren“ (+9,4 Prozent), im „Einzel-

handel mit sonstigen Gütern" (+6,7 Prozent), zu dem unter anderem der Einzelhandel mit Bekleidung zählt, sowie im „Einzelhandel mit Kommunikations- und Informationstechnik" (+6,2 Prozent). Der „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art", zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte zählen und der gemessen am Umsatz der größte Einzelhandelsbereich ist, erreichte ein Wachstum von 0,7 Prozent.

Erlöse im Onlinehandel nach starkem Vorjahr rückläufig

Im Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen, zu dem der Internet- und Versandhandel (ohne das Onlinegeschäft stationärer Händler) sowie der Verkauf von Brennstoffen ab Lager zählen, sanken die preisbereinigten Umsätze 2022 um 3,2 Prozent. Das Minus dürfte wohl zum Teil auf die Rückkehr der Konsumentinnen und Konsumenten zum stationären Einzelhandel zurückzuführen sein, die dafür weniger online einkauften als in den beiden Vorjahren. Die Nachfrage nach Brennstoffen war hingegen trotz der starken Preissteigerungen etwas höher als 2021 – die realen Umsätze lagen geringfügig über dem Vorjahresniveau. Im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln waren die Erlöse ebenfalls niedriger als im Vorjahr (–2,4 Prozent). Im ersten Halbjahr verzeichnete dieser Bereich noch ein reales Umsatzplus. Das deutliche Minus im zweiten Halbjahr könnte eine Folge der stark gestiegenen Verbraucherpreise sein, die möglicherweise zu einer höheren Preissensibilität bei den Konsumentinnen und Konsumenten führten. Kaufen die Menschen beispielsweise Brot und Fleisch statt bei einer Bäckerei oder einer Metzge-

G2 Umsatz in jeweiligen Preisen und preisbereinigt im Einzelhandel 2022 nach Handelssegmenten



rei beim Supermarkt oder Discounter, werden diese Umsätze dem „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“ statt dem Einzelhandel mit Nahrungsmitteln zugerechnet. Auch der „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ verzeichnete im Jahresdurchschnitt einen Umsatzrückgang (–1,1 Prozent).

Mehr Beschäftigte im Einzelhandel

Die Zahl der im rheinland-pfälzischen Einzelhandel beschäftigten Personen nahm 2022 zu. Sie lag um 1,9 Prozent über dem Vorjahresniveau (Deutschland: +0,8 Prozent).

Umsatzrückgang im Kfz-Handel

Erlöse im Kfz-Handel sinken real um 2,1 Prozent

Die realen Erlöse des Kraftfahrzeughandels, zu dem auch die Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen zählt, sanken 2022 um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr (Deutschland: –0,6 Prozent). Für den Umsatzrückgang können verschiedene Faktoren verantwortlich sein. Die Kfz-Industrie litt auch 2022 noch unter Lieferkettenproblemen und der Verteuerung von Vorprodukten. Die daraus resultierenden längeren Lieferzeiten bei Neuwagen sowie die Preissteigerungen bei Neu- und Gebrauchtfahrzeugen dürften zusammen mit dem inflationsbedingten Kaufkraftverlust bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern den Absatz von Kraftfahrzeugen gehemmt haben. Infolge der Preiserhöhungen stand dem realen Umsatzrückgang im Kfz-Handel ein Anstieg der nominalen Erlöse um 6,1 Prozent gegenüber (Deutschland: +7,9 Prozent).

Umsatzplus im ersten Quartal durch Basiseffekt

Im ersten Quartal lagen die realen Umsätze noch 4,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraumes. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die bis März 2021 geltenden Schließungen von Verkaufsräumen auch den Kfz-Handel betrafen und der Absatz im Vergleichsquartal somit besonders niedrig war. Gegenüber dem zweiten Quartal 2021 gingen die Erlöse 2022 um 9,4 Prozent zurück. Im dritten und im vierten Quartal sanken die Umsätze im Vergleich zum Vorjahreszeitraum weniger stark (–1,5 bzw. –0,8 Prozent). Ein Grund hierfür könnte die allmähliche Entspannung der Lieferkettenproblematik in der Automobilindustrie sein.

Nur Erlöse des Handels mit Kfz-Teilen steigen

Drei der vier Teilbereiche des Kraftfahrzeughandels verzeichneten 2022 reale Umsatzeinbußen. Am stärksten gingen die Erlöse im Bereich „Handel mit Krafträdern, Teilen und Zubehör, Instandhaltung und Reparatur“ mit einem Minus von 6,1 Prozent zurück. Die Erlöse des Handels mit Kraftwagen sanken um 3,1 Prozent. Auch der Teilbereich „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ setzte 2022 weniger um als im Vorjahr (–1,1 Prozent). Lediglich der Handel mit Kraftwagenteilen verzeichnete einen leichten Umsatzzuwachs (+0,9 Prozent).

Mehr als jede zweite Neuzulassung ist ein Elektro- oder Hybridfahrzeug

Die Zahl der Pkw-Neuzulassungen erhöhte sich 2022 um 3,1 Prozent (Deutschland: +0,2 Prozent). Der Zuwachs resultiert aus einem deutlichen Plus der Neuzulassungen im vierten Quartal 2022. Auch hier könnten vorgezogene Anschaffungen von Kraftfahrzeugen aufgrund der Minderung der Kaufprämie für Elektro- und Hybridfahrzeuge zum Jahreswechsel eine Ursache für die Zunahme sein. In den ersten drei Quartalen wurden dagegen weniger neue Pkw zugelassen als im jeweiligen Vorjahreszeitraum. Trotz des Anstiegs gegenüber dem Vorjahr lag die Zahl der Neuzulassungen 2022 um 22 Prozent unter dem Niveau von 2019, dem Jahr vor Ausbruch der Coronapandemie. Erneut gestiegen ist der Anteil der Elektro- und Hybridfahrzeuge unter den Neuzulas-

sungen. Er wuchs 2022 von knapp 46 Prozent auf 53 Prozent. Damit wurden erstmals mehr Pkw mit einem Elektro- oder Hybridantrieb neu zugelassen als mit einem reinen Verbrennerantrieb. Die Neuzulassungen von Krafträdern stiegen um 20 Prozent.

Beschäftigtenzahl fast unverändert

Die Zahl der Beschäftigten im Kraftfahrzeughandel blieb nahezu konstant. Gegenüber 2021 nahm die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich um 0,2 Prozent zu (Deutschland: unverändert). Damit arbeiteten jedoch noch zwei Prozent weniger Beschäftigte in der Branche als 2019.

Entwicklung der Erlöse im Großhandel uneinheitlich

Preiserhöhungen lassen die nominalen Umsätze steigen

Die Großhandelsumsätze nahmen 2022 zu. Preisbereinigt stiegen die Erlöse gegenüber dem Vorjahr um 3,9 Prozent (Deutschland: +0,5 Prozent). Aufgrund stark erhöhter Preise belief sich das Plus nominal sogar auf 17 Prozent (Deutschland: +18 Prozent). Die Umsätze lagen in allen Quartalen über dem Niveau des jeweiligen Vorjahreszeitraums: Im ersten Vierteljahr 2022 waren die preisbereinigten Umsätze 4,9 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Im zweiten und im dritten Quartal erzielte der Großhandel ein Umsatzplus von 4,2 bzw. 4,8 Prozent. Zum Jahresende ließ das Umsatzwachstum nach. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum erwirtschafteten die Unternehmen im vierten Quartal 1,8 Prozent mehr Umsatz. Gleichzeitig gaben die Großhandelsverkaufspreise etwas nach.

Kräftiges Umsatzplus im „Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren“

Der rheinland-pfälzische Großhandel ist geprägt von drei Bereichen, die jeweils mehr als zehn Prozent zum Gesamterlös der Branche beisteuern und damit das Gesamtergebnis maßgeblich bestimmen. Alle drei Bereiche erwirtschafteten 2022 ein reales Umsatzwachstum. Einen Anstieg der Erlöse um 9,4 Prozent verzeichnete der „Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren“. Die Erlöse des „Großhandels mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern“ erhöhten sich preisbereinigt um vier Prozent – hierzu zählen unter anderem Bekleidung, Haushaltsgeräte, Kosmetika, Pharmazeutika, Möbel und Schmuck. Im Bereich „Sonstiger Großhandel“ (z. B. Handel mit Mineralöl, Chemischen Erzeugnissen, Metallen und Baustoffen) setzten die Unternehmen real 2,4 Prozent mehr um als im Vorjahr.

Die Zahl der im rheinland-pfälzischen Großhandel tätigen Personen stieg 2022 gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozent. Im Bundesdurchschnitt erhöhte sich die Beschäftigtenzahl des Bereichs um 2,5 Prozent.

Gastgewerbe verbucht deutlich mehr Umsätze

Trotz kräftigen Wachstums weniger Umsatz als 2019

Nach starken Umsatzeinbußen in den vorangegangenen zwei Jahren verzeichnete das Gastgewerbe 2022 ein kräftiges Plus. Die Erlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 39 Prozent (Deutschland: +45 Prozent). Damit hat sich das Gastgewerbe jedoch noch nicht vollständig von den Auswirkungen der Coronapandemie erholt. Die Umsätze lagen immer noch um 14 Prozent unter dem Niveau von 2019.

Umsätze in allen Quartalen über Vorjahresniveau

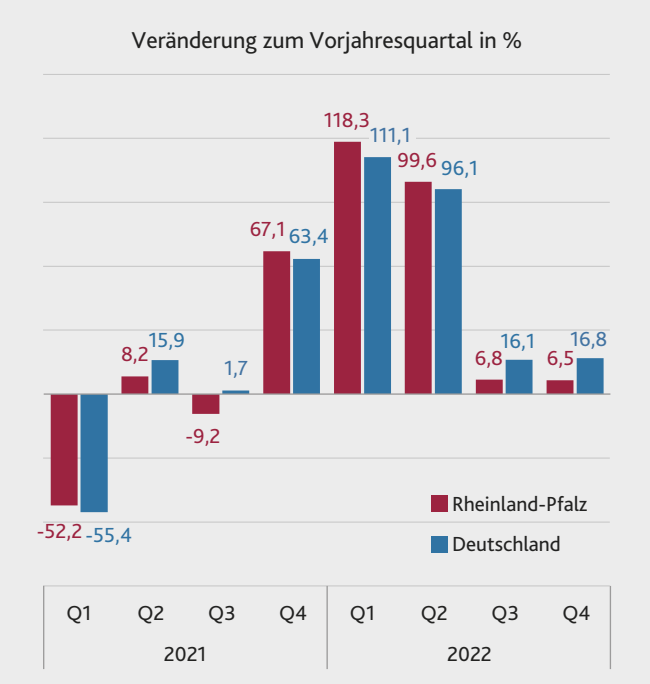
Besonders groß war das Umsatzwachstum gegenüber dem Vorjahreszeitraum in den ersten beiden Quartalen. Die Erlöse des Gastgewerbes waren im ersten und im zweiten Quartal 2022 jeweils in etwa doppelt so hoch wie 2021. Dabei kam allerdings ein statistischer Basiseffekt zum Tragen: Im ersten Halbjahr 2021 hatten die Coronapandemie und die zu ihrer Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen zu massiven Erlöseinbußen im Gastgewerbe geführt. Bis Mitte Mai 2021

durften in der Gastronomie keine Speisen vor Ort angeboten werden, und Beherbergungsbetriebe waren für touristische Zwecke geschlossen. Im zweiten Halbjahr 2022 fiel die Erlössteigerung deutlich geringer aus, weil die Coronamaßnahmen 2021 in der zweiten Jahreshälfte gelockert wurden und sich die Umsätze allmählich erholten. Im dritten und vierten Quartal 2022 lag das Umsatzniveau 6,8 bzw. 6,5 Prozent über dem Wert des jeweiligen Vorjahreszeitraums.

Wieder mehr Beschäftigte

Die wirtschaftlich bessere Lage spiegelt sich auch in der Beschäftigung wider. Im Jahr 2022 waren 14 Prozent mehr Personen im Gastgewerbe tätig als im Jahr zuvor (Deutschland: +12 Prozent). Damit ist die Beschäftigung im Gastgewerbe das erste Mal seit Ausbruch der Coronapandemie wieder gewachsen. Dennoch arbeiten nach wie vor weniger Beschäftigte in der Branche als vor dem Ausbruch der Pandemie. Gegenüber 2019 ergibt sich ein Rückgang der Beschäftigtenzahl von 8,4 Prozent (Deutschland: –12 Prozent). Auch der sich verschärfende Fachkräftemangel könnte die Suche nach neuem Personal erschwert haben.

G3 Preisbereinigter Umsatz im Gastgewerbe 2021 und 2022 nach Quartalen



Gastronomie und Beherbergung mit Umsatzplus

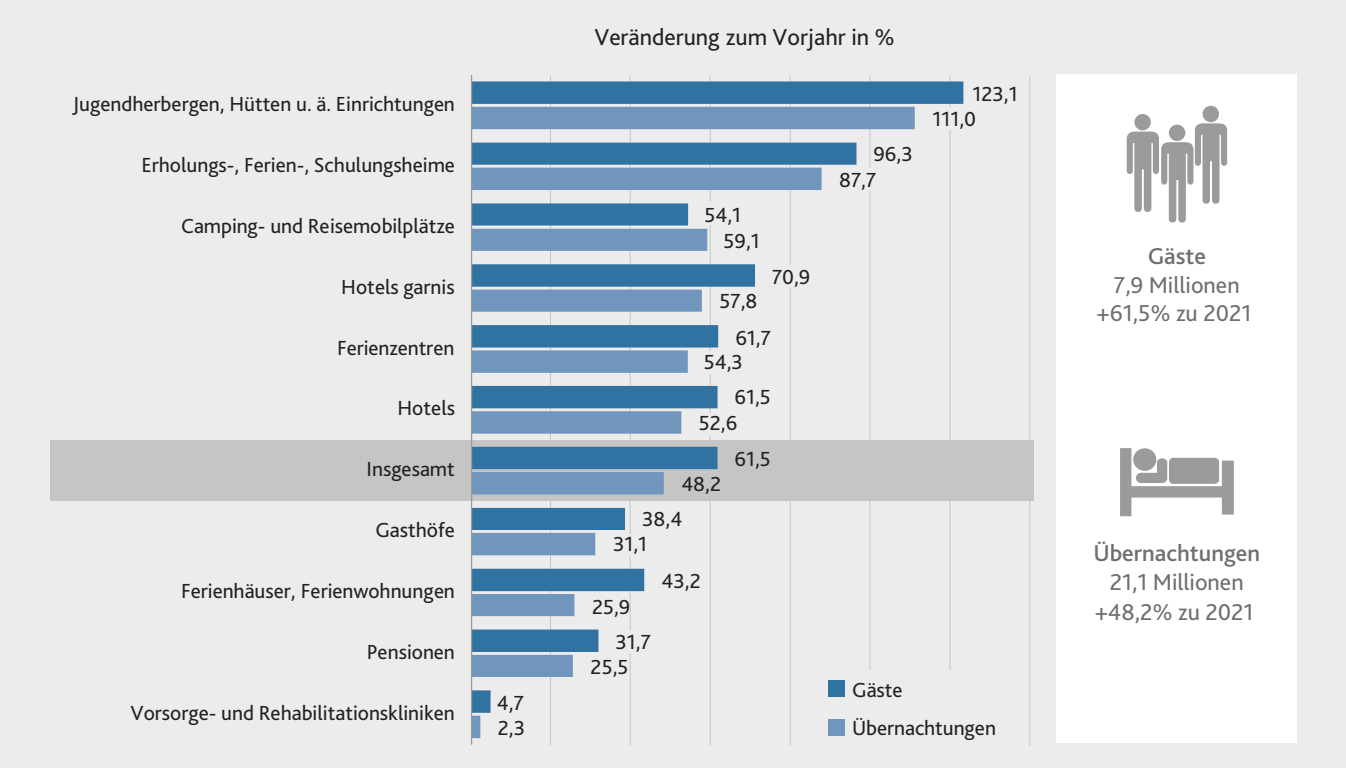
In beiden Teilbereichen des Gastgewerbes verbesserte sich die Lage nach zwei wirtschaftlich schwierigen Jahren. In der Gastronomie, die rund zwei Drittel der Erlöse des Gastgewerbes erwirtschaftet, stiegen die Umsätze 2022 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 32 Prozent. Sie lagen jedoch weiterhin weit unter dem Umsatzniveau des Jahres 2019 (–20 Prozent). Der am Umsatz gemessen größte Teilbereich „Restaurants, Gaststätten, Imbissbuden, Cafés, Eissalons u. Ä." verzeichnete einen realen Anstieg der Erlöse um 30 Prozent gegenüber 2021. Der Bereich „Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen" erzielte ein Umsatzplus von 33 Prozent. Deutlich stärker stiegen die Umsätze im zweiten Teilbereich des Gastgewerbes, der Beherbergung. Preisbereinigt lagen die Erlöse um 60 Prozent über dem Niveau des umsatzschwachen Vorjahres. Durch das kräftige Plus erzielte der Bereich sogar höhere Umsätze als 2019 (+2,3 Prozent).

Wieder mehr Gäste aus dem Ausland besuchen Rheinland-Pfalz

Gäste- und Übernachtungszahlen weiter unter Vorkrisenniveau

Auch die Gäste- und Übernachtungszahlen erholen sich allmählich von dem pandemiebedingten Einbruch der Vorjahre. Im Jahr 2022 quartierten sich 7,9 Millionen Gäste in den rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetrieben ein; das waren zwar 61 Prozent mehr als 2021, jedoch 13 Prozent weniger als 2019. Die Zahl der Übernachtungen stieg im Vergleich zum Vorjahr um 48 Prozent auf 21,1 Millionen. Gegenüber 2019 bedeutet das aber immer noch ein Minus von 8,5 Prozent. Deutschlandweit erhöhte sich

G4 Gäste und Übernachtungen 2022 nach Betriebsarten



die Gästezahl 2022 um 68 Prozent; die Zahl der Übernachtungen legte um 45 Prozent zu.

52 Prozent mehr Gäste aus dem Inland als 2021

Im Jahr 2022 waren etwa 6,4 Millionen Reisende aus dem Inland in Rheinland-Pfalz zu Gast. Damit stieg die Zahl der Ankünfte von Gästen aus dem Inland gegenüber 2021 um 53 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen wuchs um 38 Prozent auf nahezu 17 Millionen. Mit dem Wegfall der durch Corona bedingten Reisebeschränkungen kamen wieder deutlich mehr Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz. Im Jahr 2022 wurden 1,5 Millionen Gäste mit Wohnsitz im Ausland gezählt und damit mehr als doppelt so viele wie 2021 (+115 Prozent). Ihr Anteil an allen Touristinnen und Touristen stieg von 14 auf 19 Prozent. Die Gäste aus dem Ausland buchten 4,4 Millionen Übernachtungen; das waren 107 Prozent mehr als 2021.

Gästezuwachs bei allen Betriebsarten

Am größten war der Gästezuwachs 2022 in den Jugendherbergen, Hütten und ähnlichen Einrichtungen (+123 Prozent). Die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime konnten ihre Gästezahl fast verdoppeln. Diese Betriebsarten waren zuvor durch die Coronapandemie aufgrund des Wegfalls vieler Gruppenreisen besonders in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Hotels garnis empfingen 71 Prozent mehr Gäste als im Vorjahr. Die Besucherzahlen der Ferienzentren und Hotels stiegen um 62 bzw. 61 Prozent. In der Mehrzahl der übrigen Betriebsarten gab es Steigerungen von mehr als 30 Prozent. Nur die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken verzeichneten eine geringere Zunahme der Gästeankünfte (+4,7 Prozent).

In den meisten Betriebsarten war das Gästeaufkommen trotz der kräftigen Zuwächse

Gästezahl der Hotels garnis um elf Prozent über dem Vor-Corona-Niveau

auch 2022 noch niedriger als vor dem Ausbruch der Pandemie. Die Gästezahl der Vorsorge- und Rehabilitationskliniken war um ein Viertel geringer als 2019. In den Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen sowie in den Jugendherbergen, Hütten und ähnlichen Einrichtungen belief sich das Minus auf jeweils 23 Prozent. Hotels, Pensionen und Gasthöfe verzeichneten ebenfalls Einbußen in zweistelliger Größenordnung. Mehr Besucherinnen und Besucher als vor der Pandemie wählten ein Hotel garni für ihren Aufenthalt in Rheinland-Pfalz (+11 Prozent); in diesem Bereich wurden die Bettenkapazitäten in den vergangenen Jahren deutlich ausgeweitet. Campingplätze und Ferienhäuser verbuchten gegenüber dem Vor-Corona-Niveau ebenfalls ein Wachstum der Besucherzahlen (+4,3 bzw. +3,9 Prozent). Nahezu unverändert war das Gästeaufkommen der Ferienzentren (+0,1 Prozent).

Matthias Kowalczyk, Volkswirt M.Sc., ist Referent im Referat „Analysen Wirtschaft“.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2022 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022“, die am 30. März 2023 erschienen ist. In ausführlichen textlichen Analysen sind die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

Titelfoto: © Maksym Yemelyanov – stock.adobe.com

Das statistische Unternehmensregister als Infrastruktur- und Auswertungsinstrument

Aufgaben, Funktionsweise und Weiterentwicklungen des Systems

Von Leonie Diel

Das Statistische Unternehmensregister (URS) ist von zentraler Bedeutung für die amtlichen Unternehmensstatistiken. In ihm fließen große Datenmengen aus verschiedenen Quellen zusammen und bilden die Grundlage für eine effiziente Erhebungsdurchführung und die belastungsarme Erstellung von Konjunktur- und Strukturstatistiken. Dabei ist das URS sowohl ein Infrastrukturwerkzeug als auch ein Auswertungsinstrument. Dies erfordert neben der fortlaufenden Aktualisierung der Daten auch die Weiterentwicklung der Datenbank aufgrund von methodischen, fachlichen oder technischen Änderungen. Dieser Beitrag gibt einen Überblick über aktuelle und geplante Neuerungen des Systems.

Aufgaben und Funktionsweise des statistischen Unternehmensregisters

Umfassende Unternehmensdaten …

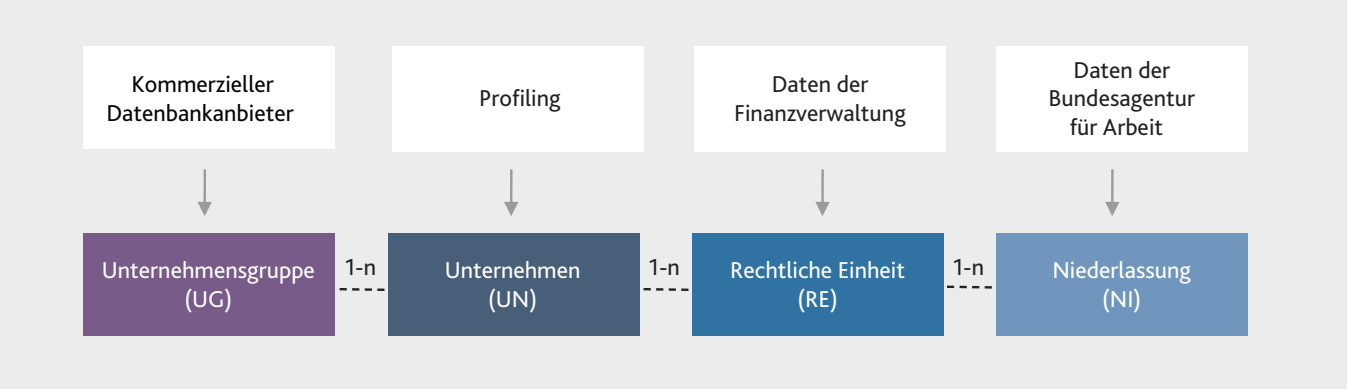
Das statistische Unternehmensregister (URS) ist eine laufend aktualisierte Datenbank der amtlichen Statistik. Es enthält Informationen zu Einheiten aus allen Wirtschaftsbereichen mit Sitz in Deutschland und deren Beziehungen zueinander. Gespeichert werden Angaben zu Hilfsmerkmalen (z. B. Name, Adresse), Ordnungsmerkmalen (z. B. Wirtschaftszweig, Rechtsform) und der Größe der Einheiten (Umsatz, Beschäftigte). Aktuell unterscheidet das Statistische Unternehmensregister die vier Einheitentypen Niederlassung, Rechtliche Einheit, Unternehmen und Unternehmensgruppe.[1]

… aus verschiedenen Quellen

Im Unternehmensregister fließen verschiedene Daten aus administrativen und externen Quellen sowie aus statistischen Erhebungen nach dem sogenannten Multiquellenkonzept zusammen. Hierzu gehören die monatlichen Lieferungen der Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit (Beschäftigte) und der Finanzbehörden (steuerbare Umsätze) sowie die jährlichen Datenlieferungen der Handwerkskammern und des landwirtschaftlichen Betriebsregisters. Des Weiteren werden Aktualisierungsinformationen aus statistischen Erhebungen verarbeitet. Zur Pflege der Unternehmensgruppen werden im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung erworbene Daten eines kommerziellen Datenbankanbieters herangezogen.

1 Statistisches Bundesamt (Destatis): Statistisches Unternehmensregister, Qualitätsbericht 2021. Wiesbaden 2022.

G1 Einheitentypen und Quellen im URS



Die Zusammenhänge zwischen den Einheitentypen und der Quelle der jeweiligen Daten sind in Grafik 1 schematisch dargestellt.

EU definiert rechtliche Grundlagen

Das Unternehmensregister wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder geführt und aktualisiert. Die nationale gesetzliche Grundlage über den Aufbau und die Führung des Unternehmensregisters bildet das Statistikregistergesetz (StatRegG).[2] Der europäische Rahmen für statistische Unternehmensregister wird durch die EU-Verordnung über europäische Unternehmensstatistiken vorgegeben.[3]

Modulare Datenbank

Das aktuelle Datenbank-System URS-Neu ist seit 2013 in Betrieb. Es ist modular aufgebaut und besteht aus drei miteinander agierenden Teilsystemen:

- Kernregister (zur Pflege der rechtlichen und statistischen Einheiten)
- Admin-Register (zur Dokumentation der Verwaltungsdaten und Unternehmensgruppendaten)
- Erhebungs-Register (als Anbindung für die einzelnen Unternehmensstatistiken)

Die Datenbank dient ausschließlich statistischen Verwendungszwecken. Sie unterliegt einem sehr hohen IT-Sicherheitsstandard und ist nicht öffentlich zugänglich.[4]

Infrastruktur für statistische Erhebungen

Das statistische Unternehmensregister dient als Infrastruktur für die Durchführung zahlreiche Unternehmensstatistiken, die dieses als Auswahlgrundlage und Hochrechnungsrahmen für Berichtskreise und Stichproben nutzen. Es ist damit ein wichtiges Instrument zur rationellen Unterstützung statistischer Erhebungen und trägt dadurch zur Entlastung der Wirtschaft von Erhebungen bei.

Nur jede zehnte Niederlassung wird primärstatistisch befragt

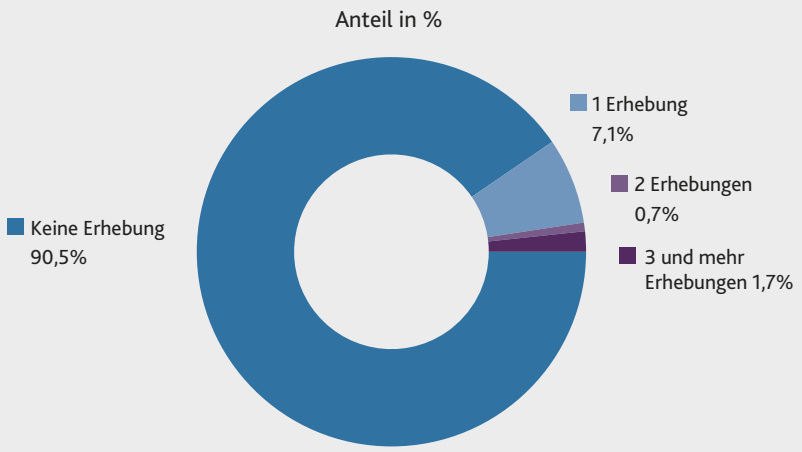
So waren im Jahr 2021 nur 9,5 Prozent der auswertungsrelevanten Niederlassungen für eine oder mehrere statistische Erhebungen auskunftspflichtig (siehe Grafik 2). Für die Anwendung sogenannter Mixmodelle, bei denen große Unternehmen in statistischen Erhebungen befragt werden und die Angaben zu kleinen und mittleren Unternehmen

2 Statistikregistergesetz vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300), zuletzt geändert durch Artikel 28 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436).

3 Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über europäische Unternehmensstatistiken, zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken (Amtsblatt der EU Nr. L 327, S. 1).

4 Von dem statistischen Unternehmensregister zu unterscheiden ist das von der Bundesanzeiger Verlag GmbH geführte, öffentlich zugängliche Unternehmensregister (www.unternehmensregister.de), welches die zentrale Plattform für die Zugänglichmachung von veröffentlichungspflichtigen Unternehmensdaten darstellt.

G2 Erhebungsteilnahmen von Niederlassungen[1] im Unternehmersregister 2021



1 Wirtschaftsabschnitte B-N und P-S der WZ 2008.

aus Verwaltungsdaten gewonnen werden, ist das Unternehmensregister daher von grundlegender Bedeutung.[5]

Auswertungen aus dem Register

Neben seiner Funktion als Infrastrukturwerkzeug ist das URS auch selbst ein Auswertungsinstrument: Das Register liefert Informationen zur Wirtschaftsstruktur in Deutschland insgesamt sowie auf regionaler Ebene. Während die Vorgaben zur Pflege und der Führung der Datenbank gesetzlich vorgegeben sind, wird die Methodik der Veröffentlichung und Auswertung von Daten aus dem URS durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder nach fachlichen und nutzerorientierten Aspekten konzipiert. Dabei werden auch die Anforderungen zur Geheimhaltung der Einzeldaten berücksichtigt.

Datenaufnahme, -auswertung und -veröffentlichung

Für die Verarbeitung, Auswertung und Veröffentlichung von Daten im und aus dem statistischen Unternehmensregister sind verschiedene Aktivitätsschwellen der Einheiten bei den Merkmalen „Beschäftigte" und „Umsatz" entscheidend.

Relevanzschwellen regeln die Datenverwendung

- Verarbeitungsrelevanz bezeichnet die Aufnahme einer Einheit (Niederlassungen und Rechtliche Einheiten) einer Verwaltungsdatenlieferung (also insbesondere der Bundesagentur für Arbeit und der Finanzbehörden) in das URS.
- Auswertungsrelevanz bezeichnet die wirtschaftliche Bedeutung einer Einheit (Niederlassungen, Rechtliche Einheiten und Unternehmen).
- Veröffentlichungsrelevanz kennzeichnet Einheiten (Niederlassungen, Rechtliche Einheiten und Unternehmen) bestimmter Wirtschaftsabschnitte, für die eine Veröffentlichung von Daten aus dem URS vorgesehen ist. Dies sind die Wirtschaftsabschnitte B bis N und P bis S der WZ 2008.[6] Ausgenommen sind die Abschnitte „Land- und Forstwirtschaft,

5 Vgl. Lorenz, R., Opfermann, R.: Verwaltungsdaten in der Unternehmensstatistik. In: Wirtschaft und Statistik, 1/2017, S. 49–66.

6 Statistisches Bundesamt: Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Wiesbaden 2008.

Fischerei" (Abschnitt A), „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung" (Abschnitt O), „Private Haushalte mit Hauspersonal, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt" (Abschnitt T) und „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften" (Abschnitt U) der WZ 2008.

Berücksichtigung beim Überschreiten der Schwellenwerte

Eine Einheit wird bei dem jeweiligen Bearbeitungsschritt also nur berücksichtigt, wenn sie die geltenden Schwellenwerte überschreitet (siehe Grafik 3). Der Schwellenwert des Merkmals „Beschäftigte" wird nach fachlichen Gesichtspunkten durch die Statistischen Ämter definiert. Die Höhe des Schwellenwerts „Umsatz" richtet sich nach der im jeweiligen Berichtsjahr geltenden Grenze der Umsatzsteuerpflicht für Kleinunternehmen.

Bislang werden für Rheinland-Pfalz nur Daten für Rechtliche Einheiten und Niederlassungen veröffentlicht.[7] Einen Überblick über den Bestand an Einheiten in Rhein-

7 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Unternehmensregister – Rechtliche Einheiten und Niederlassungen 2021. Bad Ems, 2023. https://statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-berichte. Die Ergebnisse aller Bundesländer werden in der Regionaldatenbank Deutschland (www.regionalstatistik.de) veröffentlicht.

Einheiten und Definitionen im Unternehmensregister

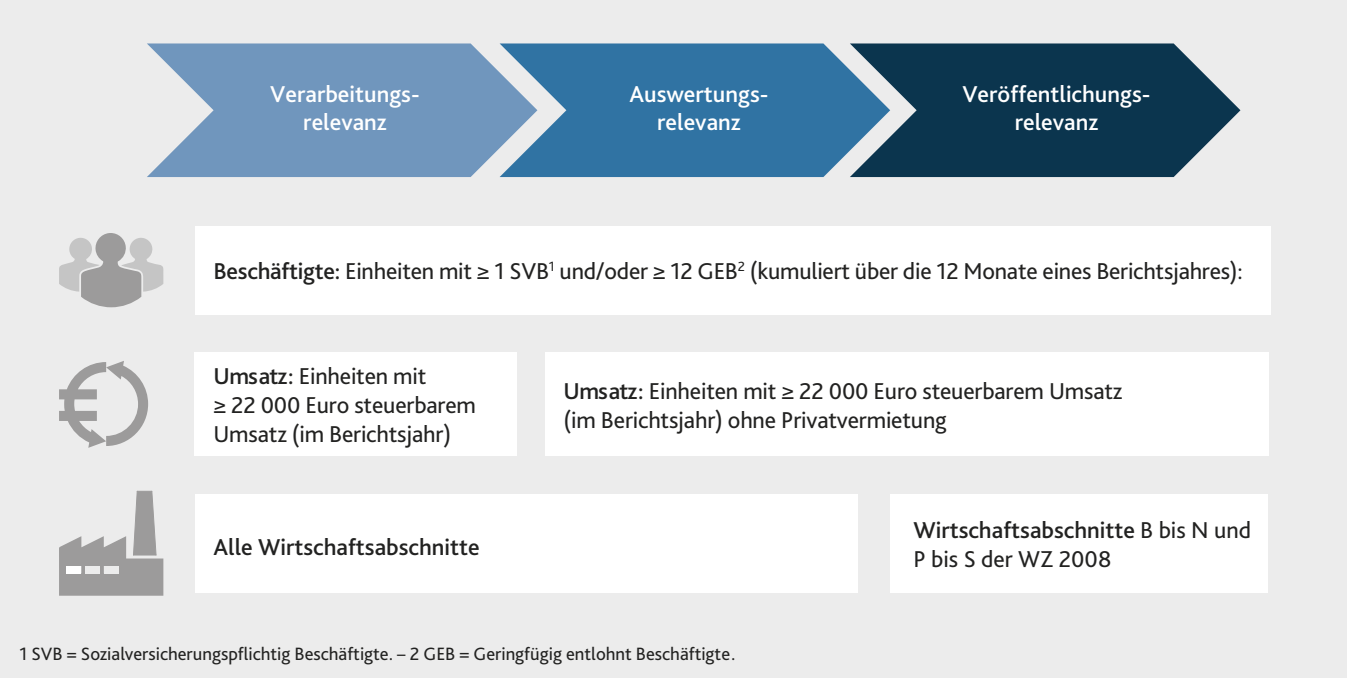
Die **Unternehmensgruppe (UG)** ist ein Zusammenschluss von Rechtlichen Einheiten, die über Kontrollbeziehungen verbunden sind. Das Gruppenoberhaupt der Unternehmensgruppe fungiert als das höchste Kontrollorgan in der Gruppe und wird von keiner anderen Einheit kontrolliert. Das Gruppenoberhaupt einer Unternehmensgruppe kann auch eine natürliche Person sein; in diesem Fall müssen mindestens zwei weitere juristische Personen von dieser natürlichen Person kontrolliert werden. Unternehmensgruppen können global in mehreren Staaten angesiedelt sein; das deutsche Unternehmensregister enthält davon die deutschen Teile.

Das **Unternehmen (UN)** entspricht der kleinsten Kombination Rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen übt eine oder mehrere Tätigkeiten an einem oder mehreren Standorten aus. Ein Unternehmen kann einer einzigen Rechtlichen Einheit entsprechen (einfaches Unternehmen) oder aus mehreren Rechtlichen Einheiten bestehen (komplexes Unternehmen).

Eine **Rechtliche Einheit (RE)** ist die kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Eine Rechtliche Einheit ist eine natürliche Person, die wirtschaftlich tätig ist, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung. Betrachtet werden also beispielsweise eine Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Offene Handelsgesellschaft oder ein Einzelunternehmen.

Eine **Niederlassung (NI)** ist eine örtlich abgegrenzte Einheit, die einer Rechtlichen Einheit zugeordnet ist. Sie ist rechtlich unselbstständig. In den Statistiken des Produzierenden Gewerbes wird der Begriff „Betrieb" anstelle von „Niederlassung" verwendet.

G3 Relevanzschwellen im Unternehmensregister (seit Berichtsjahr 2020)



1 SVB = Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. – 2 GEB = Geringfügig entlohnt Beschäftigte.

Regionalergebnisse nur für Rechtliche Einheiten und Niederlassungen

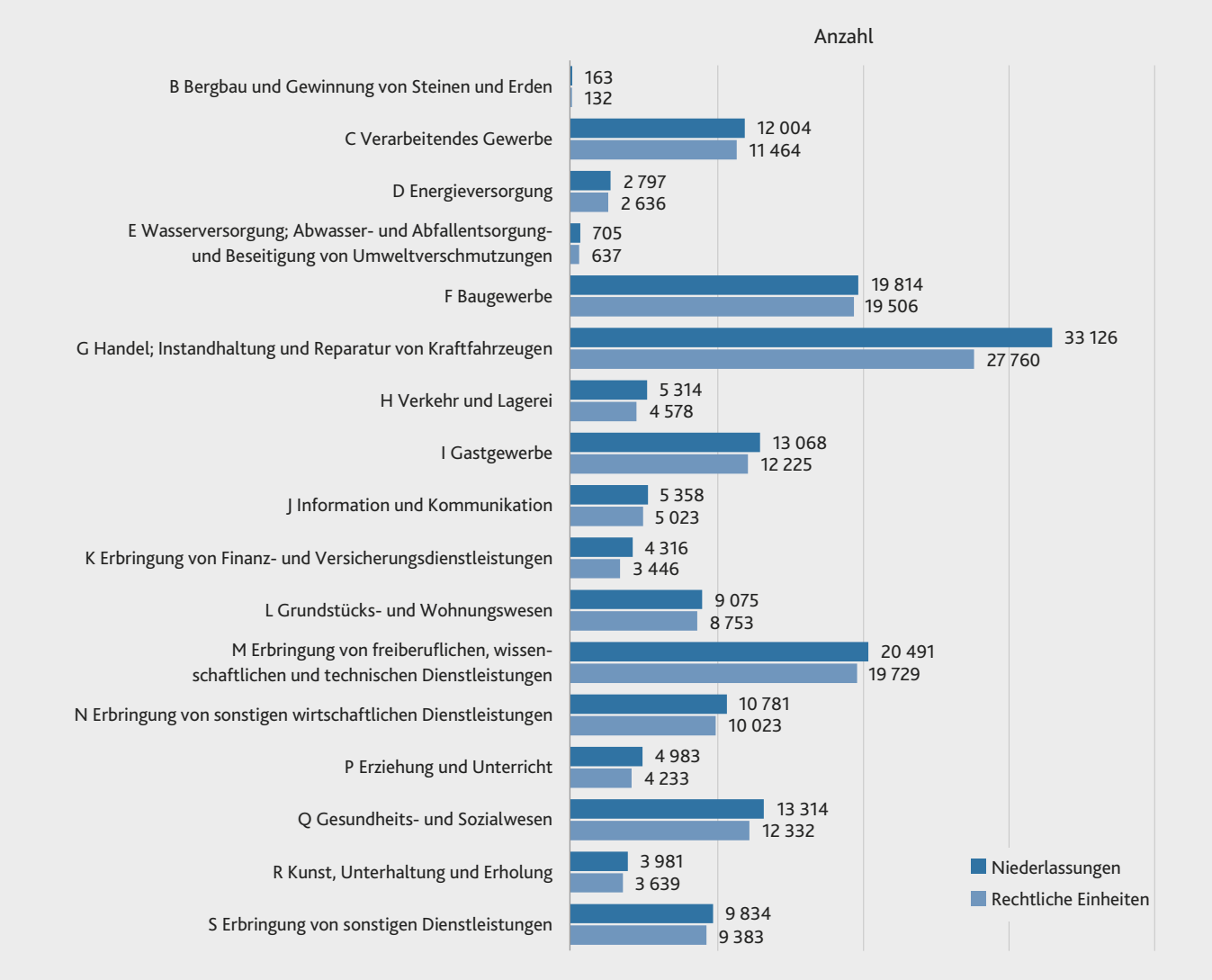
land-Pfalz im Jahr 2021 bietet Grafik 4. Eine tiefergehende Untergliederung in den Veröffentlichungen ist regional bis auf die Gemeindeebene und fachlich bis auf die Ebene der Wirtschaftszweigklassen (WZ-4-Steller) möglich. Dabei sind die möglichen Kombinationen dieser beiden Betrachtungsebenen zum Schutz von Einzeldaten eingeschränkt und die Beschäftigtenzahlen werden teilweise nach Größenklassen zusammengefasst. Aufgrund der Gemeindestruktur in Rheinland-Pfalz sind zur Sicherstellung der Geheimhaltungsanforderungen auf dieser tiefen regionalen Ebene nur wenige Angaben verfügbar.

Länderscharfe Ergebnisse für Unternehmen werden getestet

Daten für Unternehmen (nach der EU-Definition) werden auf Bundesebene seit dem Jahr 2020 (Berichtsjahr 2018) veröffentlicht. Eine Veröffentlichung auf Länderebene erfolgt aus methodischen Gründen noch nicht. Zum einen erfolgt der Nachweis der Ergebnisse nach dem Sitzlandprinzip statt dem Regionalprinzip. Das heißt zum Beispiel, dass die Beschäftigten aller Niederlassungen eines Unternehmens nur an dessen Hauptsitz und nicht nach dem regionalen Aufkommen der Niederlassungen ausgewiesen werden. Zum anderen sind die Länderergebnisse (mindestens für kleine Länder) nicht repräsentativ, da die zu Grunde liegenden Stichprobenerhebungen im Produzierenden Gewerbe ohne eine ausreichende Länderschichtung erfolgen. Um zukünftig Ergebnisse für Unternehmen auch länderscharf ausweisen zu können, erarbeiten die Statistischen Landesämter derzeit eine entsprechende Methodik. Zusätzlich sind methodische Anpassungen in den Stichprobenverfahren der Strukturstatistiken zur Qualitätsverbesserung in Vorbereitung.

Auswertungen zu Unternehmensgruppen werden bislang weder auf Bundes- noch auf Länderebene veröffentlicht, da sich die Ver-

G4 Rechtliche Einheiten und Niederlassungen 2021 nach Wirtschaftsabschnitten



Bislang keine Auswertungen zu Unternehmensgruppen

arbeitung von Unternehmensgruppendaten noch in der technischen Weiterentwicklung befindet und die methodischen Konzepte für eine Auswertung und Ergebnisveröffentlichung zukünftig noch zu erarbeiten wären.

Änderungen in der Systematik des Unternehmensregisters

Damit das statistische Unternehmensregister seiner Aufgabe als Infrastruktur- und Auswertungsinstrument gerecht werden kann, ist nicht nur die fortlaufende Pflege und Aktualisierung der enthaltenen Daten unerlässlich, sondern auch die Weiterentwicklung des Verfahrens an sich aufgrund von methodischen, fachlichen oder technischen Neuerungen. Änderungen können sowohl einzelne Merkmale als auch ganze Einheitentypen betreffen. Ursächlich sind beispielsweise Änderungen in den gesetzlichen Grundlagen des Registers selbst oder der angeschlossenen Statistiken, in den Lieferumfängen der verarbeiteten Daten aus

Weiterentwicklung des Systems wichtig

den verschiedenen Quellen oder aber den Nutzerbedarfen.[8]

Im Folgenden werden einige wichtige Anpassungen in der Systematik des URS vorgestellt:

Unternehmen und Unternehmensgruppen als neue Einheitentypen

Um der zunehmenden Bedeutung nationaler und multinationaler Unternehmensverflechtungen Rechnung zu tragen, werden die Unternehmensstatistiken in Deutschland seit einigen Jahren umstrukturiert.[9] In diesem Zusammenhang wurde die Abbildung der Einheiten „Unternehmen" gemäß EU-Definition und „Unternehmensgruppe" im Unternehmensregister schrittweise eingeführt. Während die Einheitentypen „Niederlassung" und „Rechtliche Einheit" handelsrechtlich definiert sind und aus den administrativen Datenquellen gespeist werden, wird die Einheit „Unternehmen" seit dem Berichtsjahr 2018 mithilfe der Methode Profiling ermittelt.[10] Dies bezeichnet die manuelle oder automatisierte Identifizierung und Abgrenzung von Unternehmen im Sinne der EU-Definition. Zuvor wurden in der amtlichen Statistik in Deutschland Rechtliche Einheiten als Unternehmen bezeichnet.

Die Einheit „Unternehmensgruppe" wird seit dem Frühjahr 2023 im Kernregister des URS abgebildet.[11] Die Pflegeprozesse werden derzeit durch die Statistischen Ämter entwickelt.

Änderungen der Relevanzschwellen

Eine weitere wichtige Änderung betrifft die Anpassung der oben beschriebenen Relevanzschwellen zur Verarbeitung, Auswertung und Veröffentlichung von Daten im und aus dem URS. Diese können je nach fachlichen oder gesetzlichen Änderungen im Zeitverlauf variieren. Anpassungen haben zur Folge, dass bei einer Betrachtung über mehrere Berichtsjahre gegebenenfalls unterschiedliche methodische Vorgaben zugrunde liegen und dadurch die Vergleichbarkeit der Daten einschränkt sein kann.

Aktuell liegt die Relevanzschwelle der Auswertung einer Einheit (Niederlassung, Rechtliche Einheit und Unternehmen) bei einem Umsatz von mehr als 22 000 Euro und/oder mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) oder mindestens zwölf geringfügig entlohnt Beschäftigten (GEB) kumuliert über die zwölf Monate des Berichtsjahres.

Generell wurden die Relevanzschwellen der Beschäftigtenwerte im Zeitverlauf stetig abgesenkt (von noch ≥ 3 SVB und/oder ≥ 30 GEB bis Berichtjahr 2015). Dadurch wurde eine zunehmende Abbildung von Kleinunternehmen erreicht. Die Anhebung der Umsatzsteuergrenze von 17 500 Euro (bis Berichtsjahr 2019) auf aktuell 22 000 Euro wirkt diesem Effekt wiederum entgegen.

Änderungen bei den Beschäftigtendaten

Bei den Beschäftigtendaten wurde nicht nur die Relevanzschwelle, sondern auch die Berechnungsart angepasst: Bis zum Berichtsjahr 2018 wurde bei den Beschäftigtendaten aus dem Unternehmensregister die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres ausgewiesen. Seit dem Berichtsjahr 2019 werden als Beschäftigtenzahlen die abhängig Beschäftigten (AB)

8 Vgl. von Eschwege, K.: Neuerungen im statistischen Unternehmensregister: Auswertungskonzept, Relevanzschwellen und weitere Quellen. In: Wirtschaft und Statistik, 5/2021, S. 86–98.

9 Vgl. Klein, R.: Konzepte zur Weiterentwicklung der Unternehmensstatistiken. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 03/2017, S. 153–159.

10 Vgl. Redecker, M. Rommelsbacher, S. Sturm, R.: Profiling von Unternehmen im Echtbetrieb. In: Wirtschaft und Statistik, 5/2021, S. 99–113.

11 Vgl. Diel, L: Unternehmensgruppen in Rheinland-Pfalz – Weiterentwicklung des statistischen Unternehmensregisters. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 08/2021, S. 577–584.

als Summe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) und der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten (GEB) veröffentlicht. Kurzfristig Beschäftigte werden bislang nicht nachgewiesen.

Zudem wurde, ebenfalls seit dem Berichtsjahr 2019, ein Wechsel von Stichtags- auf Durchschnittswerte der Beschäftigten umgesetzt. Nun wird für Beschäftigtenangaben ein Durchschnittswert über die einzelnen Monate eines Berichtsjahres gebildet (es wird also der Mittelwert der zwölf Monatsstichtagswerte eines Jahres gebildet: Summe der Stichtagswerte 31.01. bis 31.12. eines Berichtsjahres, dividiert durch zwölf).

Dadurch wird zum einen die Abbildung der Beschäftigungszahlen insbesondere der von saisonalen Schwankungen betroffenen Branchen verbessert. Zum anderen wird eine Vereinheitlichung zum Betrachtungszeitraums des Merkmals „Umsatz" realisiert, der ebenfalls das Jahr als Ganzes abbildet (Summe der Umsätze des Berichtsjahres).

Ausblick: Künftige Änderungen im Unternehmensregister

In den kommenden Berichtsjahren werden weitere methodische Änderungen realisiert. Einige wichtige Neuerungen werden im Folgenden dargestellt.

Beschäftigtenzahlen: Umstieg von Personen- auf Jobkonzept

Die Beschäftigtenzahlen des Unternehmensregisters folgen derzeit dem Personenkonzept. Dies bedeutet, dass jeder Beschäftigte genau einmal nachgewiesen wird. Personen mit mehr als einem Beschäftigungsverhältnis werden nur mit ihrer Haupttätigkeit berücksichtigt. Um der wirtschaftlichen Bedeutung von Nebenjobs Rechnung zu tragen, soll ab dem Berichtsjahr 2024 auf das Jobkonzept umgestiegen werden. Das heißt, dass künftig Mehrfachbeschäftigte sowohl in ihrer Haupt- als auch ihrer/n Nebentätigkeit/en gezählt werden. Des Weiteren sollen auch die kurzfristig Beschäftigten (KB) erfasst und mit den geringfügig entlohnt Beschäftigten (GEB) als „geringfügig Beschäftigte (GB)" zusammengefasst werden.

Erschließung neuer Datenquellen …

Zur Erhöhung der Datenqualität im URS und der Realisierung weiterer Entlastungspotentiale für Berichtspflichtige wird die Nutzung weiterer administrativer Datenquellen von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder vorangetrieben. Aktuell laufen die konzeptionellen Vorbereitungen zur jährlichen Verarbeitung von Daten aus dem elektronischen Handels-, Unternehmens- und Genossenschaftsregister (EHUG) sowie der Bekanntmachungen der Registergerichte. Diese liefern wichtige Stammdaten wie die Firmenbezeichnung, die Rechtsform oder die Geschäftsanschrift sowie Informationen zu Umfirmierungen, Löschungen oder Neugründungen.

Des Weiteren wird derzeit die Integration von Verwaltungsdaten aus dem Bundesarztverzeichnis (und ggf. später auch dem Bundeszahnarztverzeichnis) in das Statistische Unternehmensregister vorbereitet. Diese neuen Datenquellen liefern neben Informationen über Arztpraxen auch Informationen über psychotherapeutische Praxen.

… wie das Basisregister für Unternehmen

Im Jahr 2021 haben Bundestag und Bundesrat mit dem Unternehmensbasisdatenregistergesetz[12] die Einführung eines Registers über Unternehmensbasisdaten sowie einer bundeseinheitlichen und behördenübergrei-

12 Gesetz zur Errichtung und Führung eines Registers über Unternehmensbasisdaten und zur Einführung einer bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer für Unternehmen und zur Änderung weiterer Gesetze (Unternehmensbasisdatenregistergesetz – UBRegG) vom 9. Juli 2021 (BGBl. I Seite 2506).

fenden Wirtschaftsnummer beschlossen. Das Basisregister wird vom Statistischen Bundesamt errichtet und in Bonn betrieben. Es befindet sich derzeit im Aufbau. Ziel ist die Entlastung der Wirtschaft bei Verwaltungsangelegenheiten nach dem „Once-Only"-Prinzip, da Stammdaten behördenübergreifend gepflegt und abgerufen werden können. Angebundene Register werden direkt über neue Unternehmen und Änderungen an den Stammdaten bestehender Unternehmen informiert.

Dies bietet auch für das Statistische Unternehmensregister Potentiale zur Qualitätssteigerung, da beispielsweise bislang fehlende Angaben zu Rechtlichen Einheiten ohne Beschäftigte („Solo-Selbstständige") und Angaben zu Rechtlichen Einheiten in umsatzsteuerbefreiten Branchen zur Verfügung stehen werden. Diese werden durch die bislang verarbeiteten Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit und der Finanzbehörden nicht abgedeckt.

Revision der Wirtschaftszweigklassifikation im Jahr 2025

Die Zuordnung der Einheiten im Statistischen Unternehmensregister zu Wirtschaftszweigen erfolgt nach der derzeitig gültigen Klassifikation der Wirtschaftszweige aus dem Jahr 2008 (WZ 2008).[13] Im Zuge der aktuellen Revision der zugrunde liegenden Europäischen Wirtschaftszweigsystematik (NACE)[14] wird auch die deutsche Klassifikation überarbeitet. Im Jahr 2025 werden die überarbeiteten Wirtschaftsklassifikationen zur Verfügung stehen und in das Unternehmensregister implementiert.

13 Statistisches Bundesamt: Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Wiesbaden 2008.

14 Europäische Kommission/Eurostat: Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne – NACE Rev. 2). Luxembourg 2008.

Fazit

Kein Fortschritt ohne Veränderung

Das statistische Unternehmensregister ist ein komplexes Datenbanksystem, in dem große Datenmengen aus verschiedensten Quellen systematisch verarbeitet werden. Insgesamt bildet es die Struktur der Gesamtwirtschaft in hoher Aktualität und Genauigkeit ab und bietet die Grundlage für Veröffentlichungen in relativ tiefer Wirtschaftszweig- und regionaler Gliederung.

Die stetige Weiterentwicklung der fachlichen und methodischen Konzepte sowie gesetzliche Änderungen bringen naturgemäß Brüche in den Daten mit sich. Bei einem Zeitreihenvergleich ist daher zu beachten, dass konzeptionelle Änderungen bei der direkten Pflege, Auswertung und Führung des Unternehmensregisters selbst, aber auch bei den zur Pflege des Unternehmensregisters verwendeten Verwaltungs- und Statistikdaten zu einer eingeschränkten Interpretierbarkeit der Längsschnittanalysen führen können.

In den folgenden Jahren werden wichtige Fortentwicklungen im statistischen Unternehmensregister umgesetzt, um das System als Infrastruktur- und Auswertungsinstrument weiter zu verbessern.

Leonie Diel, Diplom-Volkswirtin, ist Referentin im Referat „Unternehmensregister, Verdienste, Preise".

Pflegebedürftige Menschen 2021

Deutlicher Anstieg der pflegebedürftigen Menschen in Rheinland-Pfalz

Von Hans-Peter Fein

Die angemessene Versorgung pflegebedürftiger Menschen gewinnt angesichts des demografischen Wandels stetig an Bedeutung. Die Zahl Pflegebedürftiger hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Vor allem seit der Änderung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs 2017 ist nochmals ein deutlicher Anstieg festzustellen. Die pflegerische Versorgung erfolgt überwiegend zu Hause durch Angehörige oder zusammen mit bzw. durch einen ambulanten Pflegedienst. Daneben ist jede bzw. jeder sechste Pflegebedürftige vollstationär in einem Heim untergebracht.

Immer mehr pflegebedürftige Menschen

Demografischer Wandel

Es gibt immer mehr Menschen, die im Alltag dauerhaft pflegerische Hilfe benötigen. Die Zahl der Pflegebedürftigen (im Sinne des Sozialgesetzbuches XI) ist seit der ersten Erhebung der amtlichen Pflegestatistik im Jahr 1999 von rund 92 300 auf fast 241 400 im Jahr 2021[1] gestiegen (+149 000 Personen bzw. +161 Prozent). Allein in den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Pflegebedürftigen mehr als verdoppelt. Hintergrund dieser Entwicklung ist neben der Änderung des Begriffs der Pflegebedürftigkeit im Jahr 2017 vor allem der demografische Wandel, der zu einer wachsenden Zahl älterer Menschen führt. Diese unterliegen natürlicherweise einem höheren Risiko pflegebedürftig zu werden. Drei von vier Pflegebedürftigen (74 Prozent) sind 70 Jahre oder älter, deutlich mehr als die Hälfte (56 Prozent) haben bereits das 80. Lebensjahr vollendet.

Bis 2040 Anstieg der 65-Jährigen und Älteren um mehr als 250 00 Personen

Nach der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes[2] mit dem Basisjahr 2020 wird die Zahl der 65-Jährigen und Älteren bis zum Jahr 2040 um 252 000 auf 1,16 Millionen (+28 Prozent) steigen. Bei geringfügig wachsender Gesamtbevölkerung (+1,7 Prozent) wird damit in diesem Zeitraum der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung von 22 auf 28 Prozent zunehmen. Dies bedeutet nicht, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen im gleichen Ausmaß erhöhen muss, verdeutlicht aber die erheblich zunehmenden Herausforderungen an die pflegerische Versorgung der Bevölkerung.

1 Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ab der Erhebung 2017 der Begriff der Pflegebedürftigkeit weiter gefasst ist.

2 Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz. Sechste regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2020). Bad Ems 2022.

Steigende Fallzahlen durch weitergefassten Pflegebedürftigkeitsbegriff

Auch im kurzfristigen Vergleich hat die Anzahl der Pflegebedürftigen deutlich zugenommen. Gegenüber der Erhebung 2017 ist ein Anstieg um rund 80 000 bzw. um 50 Prozent festzustellen: im Vergleich zu 2019 waren es fast 38 700 Pflegebedürftige bzw. 19 Prozent mehr. Neben den genannten demografischen Aspekten ist bei der Interpretation dieser Entwicklung zudem der seit dem Jahr 2017 gültige weiter gefasste Pflegebedürftigkeitsbegriff im Rahmen des Pflegestärkungsgesetzes II zu berücksichtigen. Seitdem werden mehr Menschen als pflegebedürftig eingestuft als vor der Umstellung. Der Anstieg zwischen 2019 und 2021 dürfte aber auch auf die Behebung einer Untererfassung von Pflegebedürftigen im Pflegegrad 1 mit ausschließlich landesrechtlichen Leistungen bzw. ohne Leistungen der ambulanten Pflegedienste oder Pflegeheime zurückzuführen sein. In dieser Gruppe stieg die Zahl der Pflegebedürftigen von 11 100 im Jahr 2019 auf nunmehr 28 700; dies ist ein Plus von 158 Prozent.

Pflegerische Versorgung überwiegend zu Hause

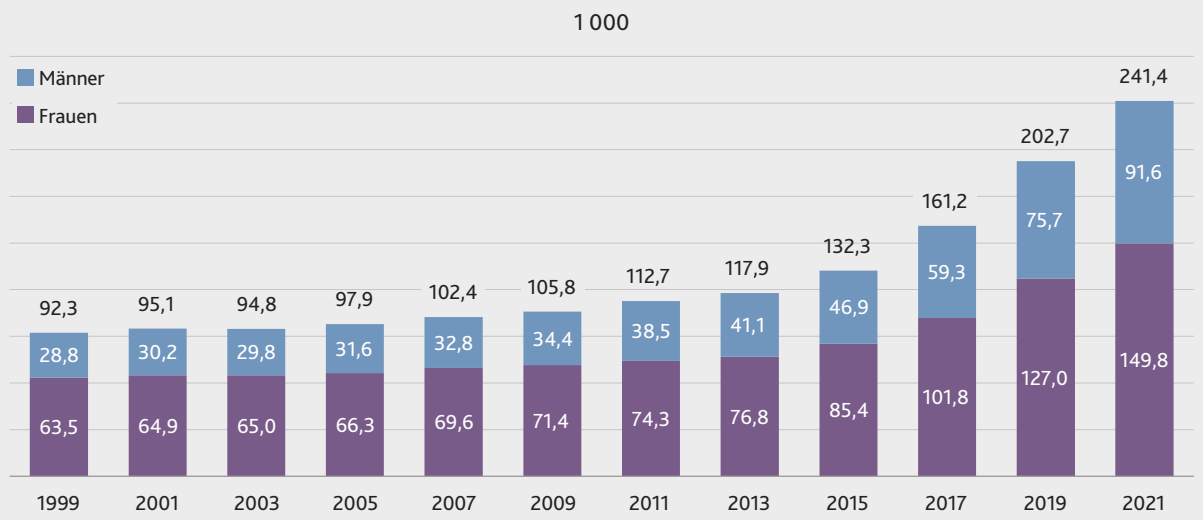
Vollstationäre Versorgung lediglich bei jedem bzw. jeder Sechsten

Nur knapp jede bzw. jeder sechste Pflegebedürftige ist im Rahmen einer vollstationären Versorgung in einem Heim untergebracht; im Jahr 2021 waren dies rund 36 900 Personen. Über 47 300 Pflegebedürftige (20 Prozent der Leistungsberechtigten) erhielten innerhalb der eigenen vier Wände Unterstützung durch einen ambulanten Pflegedienst.

Mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen weder ambulant noch stationär versorgt

Die meisten Pflegebedürftigen werden weder in einem Pflegeheim noch von einem ambulanten Pflegedienst versorgt. Sie erhalten ausschließlich Pflegegeld und werden zu Hause – überwiegend durch Angehörige – betreut. Im Rahmen der Erhebung 2021 traf dies auf 128 400 Menschen – also auf über die Hälfte aller Pflegebedürftigen – zu. Hinzu kommen rund 28 700 Pflegebedürftige des Pflegegrades 1, die ohne Leistungen der ambulanten Pflege- bzw. Betreuungsdienste oder Pflegeheime bzw. mit ausschließlich landesrechtlichen Leistungen ebenfalls zu Hause versorgt werden.

G1 Pflegebedürftige[1] 1999–2021 nach Geschlecht

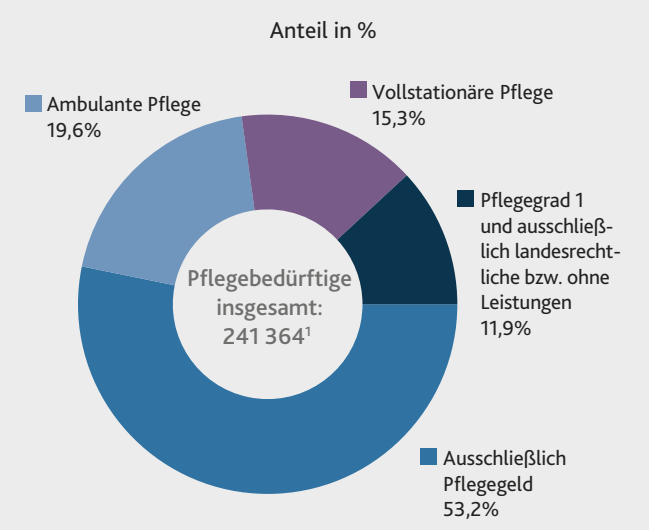


1 Bis 2007 voll- und teilstationäre Pflege, ab 2009 vollstationäre Pflege; 2013 und 2015 ohne Pflegestufe 0.

Grundsatz „ambulant vor stationär"

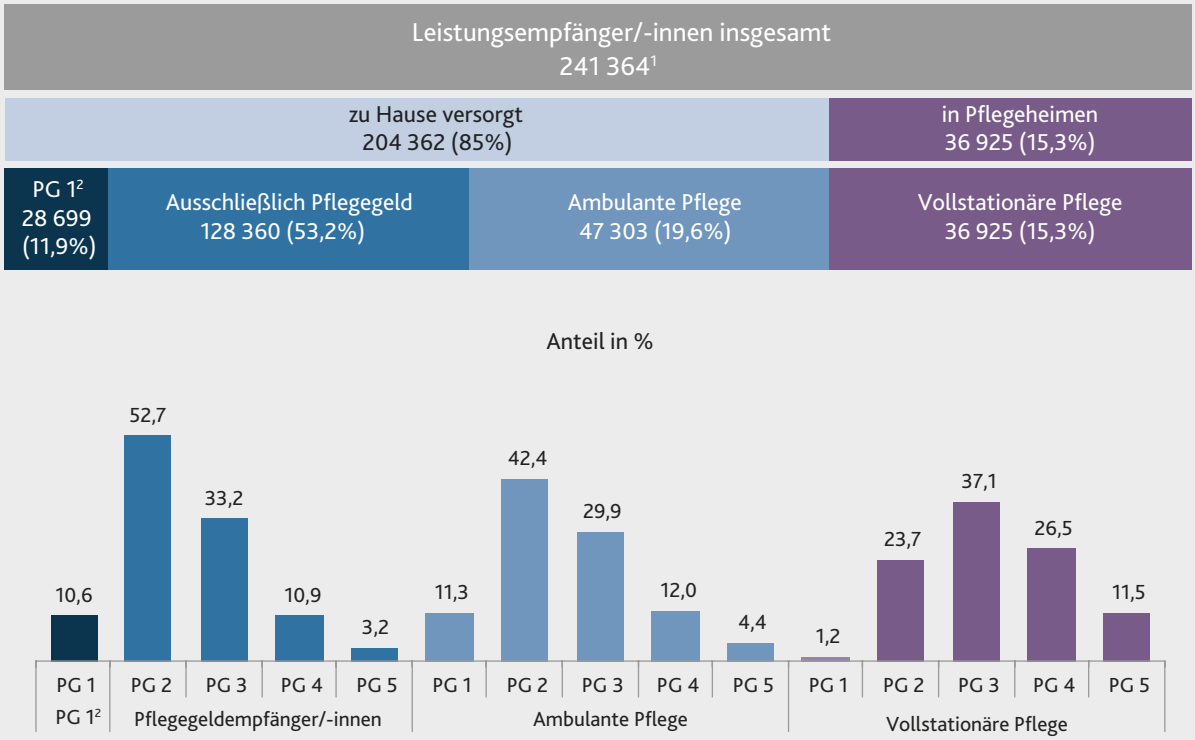
Die Betreuung pflegebedürftiger Menschen erfolgt somit weit überwiegend zu Hause durch Angehörige oder zusammen mit bzw. ausschließlich durch einen ambulanten Pflegedienst. Werden die Personen, die ausschließlich Pflegegeld erhalten und die ambulant Versorgten sowie Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1 und ausschließlich landesrechtlichen bzw. ohne Leistungen zusammengerechnet, zeigt sich, dass die meisten Pflegebedürftigen eine pflegerische Betreuung im vertrauten häuslichen Umfeld erhalten. Im Jahr 2001 lag dieser Anteil bei 71 Prozent, verharrte über die folgenden Jahre in diesem Bereich, um dann ab 2015 anzusteigen. Im Jahr 2019 erreichte er 81 Prozent und 2021 rund 85 Prozent. Der im Sozialgesetzbuch (SGB XI

G2 Pflegebedürftige 2021 nach Art der Pflegeleistung



1 Einschließlich 77 Personen mit Pflegegrad 1 und teilstationärer Pflege.

G3 Struktur der Pflegebedürftigkeit 2021 nach Art der Versorgung



PG: Pflegegrad
1 Am Stichtag der Erhebung waren 80 Personen noch keinem Pflegegrad zugeordnet. – 2 Pflegegrad 1 und ausschließlich landesrechtliche bzw. ohne Leistungen.

– Soziale Pflegeversicherung) ausdrücklich eingeräumte Vorrang der häuslichen Pflege kommt hier auch zahlenmäßig zum Ausdruck.

Ambulante Pflege wächst langfristig am stärksten

Seit der ersten Erhebung 1999 zeigen alle drei Arten der pflegerischen Versorgung einen nahezu kontinuierlichen Anstieg der Versorgungsfälle. In der ambulanten Pflege gab es zwischen 1999 und 2021 – relativ betrachtet – die größte Wachstumsdynamik (+169 Prozent bzw. +29 700 Personen). Die Zahl der reinen Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 160 Prozent; absolut betrachtet ist dies mit einem Plus von 78 900 Personen der größte Zuwachs aller Versorgungsformen. Die geringsten relativen wie absoluten Zuwächse verzeichnete die vollstationäre Versorgung (+46 Prozent bzw. +11 600 Personen).

Vor allem alte Menschen pflegebedürftig

Die grafische Darstellung der Zahl der Pflegebedürftigen nach dem Alter zeigt die Konzen-

Pflegeversicherung und Pflegestatistik

Die Pflegeversicherung wurde 1995 und 1996 als eigenständiger Zweig der Sozialversicherung eingeführt. Auf der Grundlage des Sozialgesetzbuches XI (§109 SGB XI) und der Pflegestatistik-Verordnung vom 24. November 1999 werden alle zwei Jahre Erhebungen zur Pflegestatistik durchgeführt.

Ziel der Statistik ist Gewinn von Informationen zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung

Die Statistik setzt sich aus zwei Erhebungen zusammen:

- Die statistischen Landesämter befragen jeweils zum 15. Dezember alle
  – ambulanten Pflegedienste und
  – stationären Pflegeeinrichtungen.
- Angaben zu den Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern werden bei den Spitzenverbänden der Pflegekassen zentral durch das Statistische Bundesamt zum 31. Dezember erhoben und den Bundesländern zugeordnet.

Die Erhebungsteile werden zu einem Gesamtergebnis zusammengefasst. Dabei wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Empfänger von Pflegegeld bereits in der ambulanten Pflegestatistik oder – in Fällen von Kurzzeit- oder Verhinderungspflege – bei der stationären Pflegestatistik erfasst sein können. Mehrfachzählungen werden also bei der Ermittlung der Gesamtzahl pflegebedürftiger Menschen herausgerechnet.

Anpassungen der Rechtsgrundlagen berücksichtigen die geänderten Anforderungen an die pflegerische Versorgung. Hier sind insbesondere das Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung, sowie das erste und das zweite Pflegestärkungsgesetz zu nennnen.

Zur Verbesserung der Möglichkeiten regional tief gegliederter Ergebnisse wurde mit der Pflegestatistik 2013 die Erhebung wohnortbezogener Angaben zu den ambulant versorgten Pflegebedürftigen eingeführt.

Mit der Pflegestatistik 2017 wurden zudem Angaben zum früheren Wohnort stationär versorgter Pflegebedürftiger erhoben. In Rheinland-Pfalz wurden diese Merkmale auf freiwilliger Basis bereits seit 2009 erhoben.

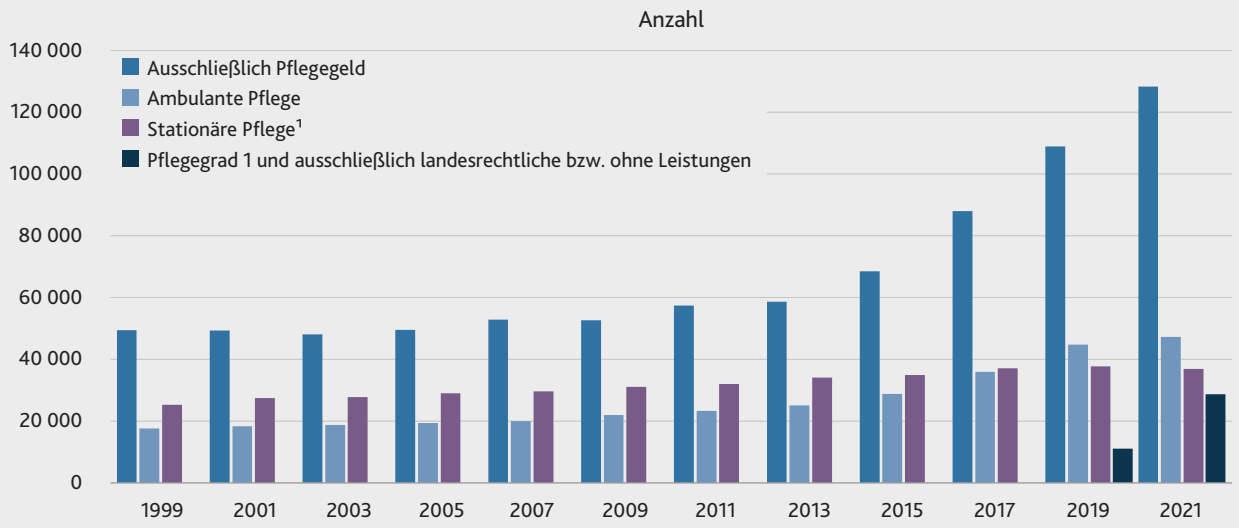
Drei von vier Pflegebedürftige sind über 70

tration auf hohe Altersjahre. Ab einem Alter von etwa 40 bis 50 Jahren nimmt die Zahl der Pflegebedürftigen langsam zu. Ab etwa 70 Jahren ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Ab dem 88. Lebensjahr gehen die Fallzahlen dann infolge einer zunehmenden Sterblichkeit wieder zurück.

Zunehmendes Risiko der Pflegebedürftigkeit im Alter

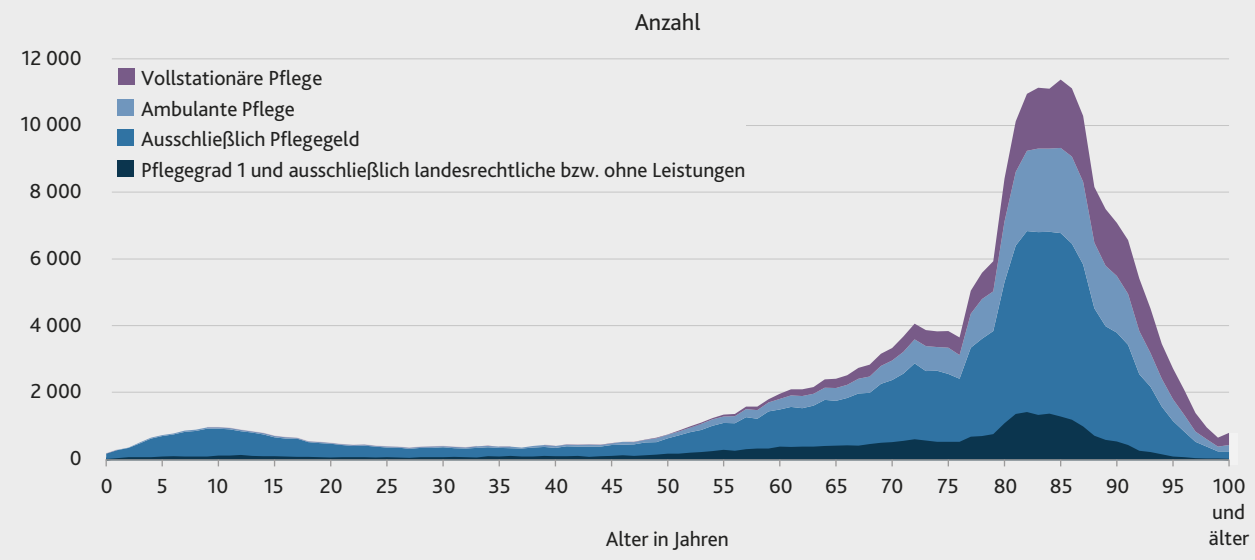
Das zunehmende Risiko der Pflegebedürftigkeit mit dem Alter wird deutlich, wenn die Anzahl der Leistungsempfänger eines jeden Jahrgangs in Relation zum Bevölkerungsstand der jeweiligen Altersgruppe gesetzt wird. Während im Alter von 70 Jahren rund sieben Prozent der Bevölkerung auf pflege-

G4 Pflegebedürftige[1] 1999–2021 nach Art der Pflegeleistung



1 Bis 2007 voll- und teilstationäre Pflege, ab 2009 nur vollstationäre Pflege; 2013 und 2015 ohne damalige Pflegestufe 0.

G5 Pflegebedürftige 2021 nach Alter und Art der Pflegeleistung



Gesamtzahl der Pflegebedürftigen und zeitliche Vergleichbarkeit

Pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße (§15 SGB XI) der Hilfe bedürfen (§14 Absatz 1 SGB XI). Im Sinne dieser Legaldefinition wurden die 2013 und 2015 erfassten Personen ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz (Pflegestufe 0) nicht zu den Pflegebedürftigen gerechnet, damit die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen und deren Untergliederungen mit den Vorjahren vergleichbar bleiben.

Bei der Veröffentlichung werden ab 2017 Personen ohne Angabe zum männlichen oder weiblichen Geschlecht (§22 Absatz 3 Personenstandsgesetz (PStG)) dem weiblichen Geschlecht zugeordnet.

Folgende Sachverhalte schränken die zeitliche Vergleichbarkeit der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen ein:

(1) Bei der Ermittlung der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen werden seit der Erhebung zum 15. Dezember 2009 die teilstationär Versorgten nicht mehr einbezogen. Diese erhalten, vor allem seit der Reform der Pflegeversicherung im Sommer 2008, in der Regel parallel auch Pflegegeld und/oder ambulante Sachleistungen und werden somit bereits dort als Leistungsempfänger gezählt. Um Mehrfachzählungen zu vermeiden, werden deshalb die Empfänger teilstationärer Pflege nur nachrichtlich ausgewiesen. Ausgenommen sind ab 2017 teilstationäre Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1. Diese erhalten kein Pflegegeld, sondern haben lediglich Anspruch auf den Entlastungsbetrag in Höhe von 125 Euro pro Monat (Stand 2017). Anfallende Kosten für die teilstationäre Pflege über diesen Betrag hinaus sind von dem Pflegebedürftigen zu leisten.

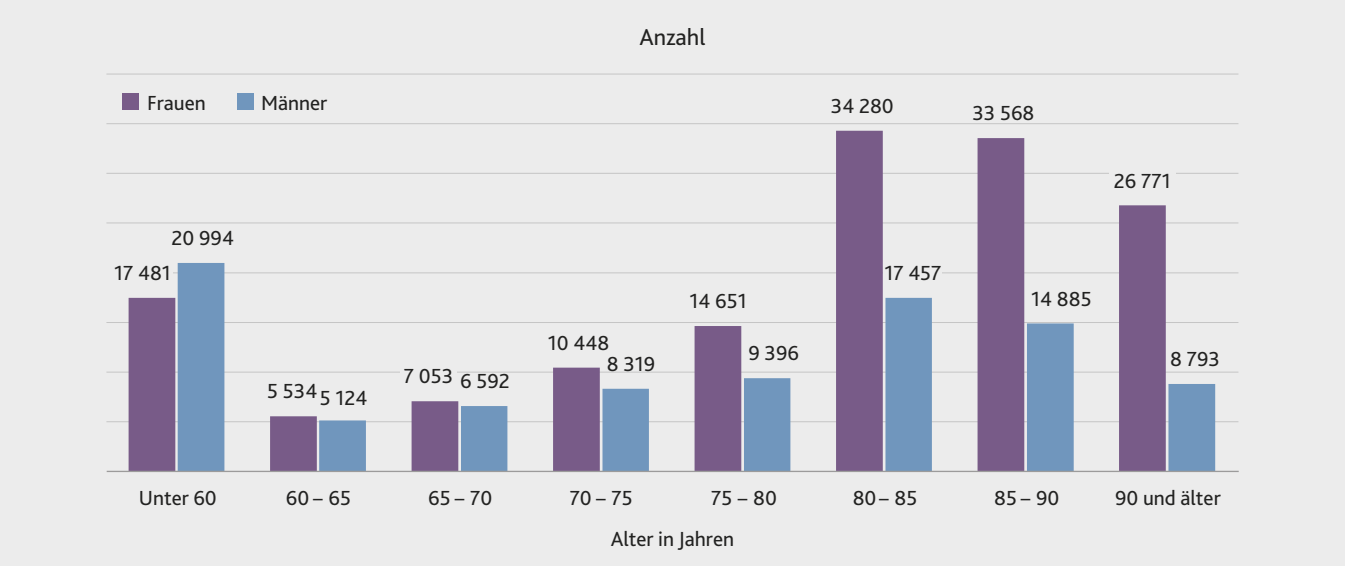
(2) Die Zeitreihe der Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger weist 2011 eine besonders hohe Wachstumsrate auf. Hier muss von einer statistischen Übererfassung durch die Pflegekassen ausgegangen werden, die sich jedoch nicht quantifizieren lässt.

(3) Ab 2013 wird bei Bezug von Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege zusätzlich parallel hälftiges Pflegegeld nach §37 Absatz 2 Satz 2 SGB XI gewährt. Dieser Empfängerkreis wird nicht bei der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen berücksichtigt, da Personen mit hälftigen Leistungen bei Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege in der Regel bereits von den betroffenen ambulanten bzw. stationären Einrichtungen gemeldet werden. Die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen mit den vorangegangenen Berichtszeiträumen ist nur eingeschränkt vergleichbar.

(4) Mit dem Berichtsjahr 2017 wurde die Pflegestatistik an den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff im Rahmen des zweiten Pflegestärkungsgesetzes angepasst, der auf eine Gleichstellung körperlich, kognitiv und psychisch beeinträchtigter Menschen abzielt. Anstelle der bis Ende 2016 geltenden drei Pflegestufen gibt es seit 2017 fünf Pflegegrade. Personen, die bisher in Pflegestufe 0 mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz eingestuft waren, wurden im Zuge der gesetzlichen Anpassung einem entsprechenden Pflegegrad zugeordnet. Entsprechend hat sich der Kreis der erfassten Personen gegenüber der Erhebung 2015 vergrößert.

(5) Im Bereich des – im Jahr 2017 systematisch neuen – Pflegegrades 1 gab es bei den Pflegebedürftigen ohne Leistungen der ambulanten Pflegedienste oder Pflegeheime bzw. mit ausschließlich Leistungen der nach Landesrecht anerkannten Angebote zur Unterstützung im Alltag ein Erfassungsproblem. Dies führte dazu, dass 2017 für diese Gruppe keine verwertbaren Daten vorlagen. Trotz Verbesserungen bei der Erhebung ist auch für 2019 von einer Untererfassung im Pflegegrad 1 auszugehen. Erst für die Erhebung 2021 wurde diese Problematik grundsätzlich behoben. Ein relevanter Teil des Anstiegs im Pflegegrad 1 von 2021 zu 2019 ist somit auf die Behebung der Untererfassung zurückzuführen. Dies schränkt die Vergleichbarkeit der Ergebnisse 2021 für die Gruppe der Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1 ohne Leistungen der ambulanten Pflegedienste oder Pflegeheime bzw. mit ausschließlich Leistungen der nach Landesrecht anerkannten Angebote zur Unterstützung im Alltag zu den Erhebungen 2017 und 2019 ein.

G6 Pflegebedürftige 2021 nach Altersgruppen und Geschlecht



rische Unterstützung angewiesen ist, steigt dieser Anteil in den Folgejahren massiv an: Von mehr als 23 Prozent bei den 80-Jährigen bis auf über 80 Prozent bei der Bevölkerung im Alter von 90 und mehr Jahren.

Anteil der stationär Versorgten steigt mit dem Alter

Junge pflegebedürftige Menschen werden nahezu ausschließlich durch Angehörige versorgt. Entsprechend ist der Anteil der in Heimen untergebrachten Pflegebedürftigen bis zu einem Alter von etwa 50 Jahren sehr gering und steigt erst dann allmählich an. Bei den 60- bis unter 70-Jährigen liegt er schon bei rund elf Prozent, bei den 70- bis unter 80-Jährigen wird bereits jede bzw. jeder achte Pflegebedürftige (13 Prozent) in einem Heim versorgt. Mit steigendem Alter nimmt dieser Anteil weiter zu.

In hohem Alter viel mehr pflegebedürftige Frauen

Eine Differenzierung nach dem Geschlecht zeigt, dass mehr als 60 Prozent der pflegebedürftigen Menschen weiblich sind. Dennoch überwiegen in der Altersgruppe der unter 60-Jährigen die männlichen Personen mit einem Anteil von 55 Prozent. Ab dem 60. Lebensjahr finden sich dagegen – unter anderem aufgrund ihrer höheren durchschnittlichen Lebenserwartung – anteilig mehr Frauen unter den Pflegebedürftigen. Deren Anteil steigt mit zunehmendem Alter und liegt in der Gruppe der Personen über 90 Jahren bei über 75 Prozent.

Einteilung in fünf Pflegegrade

Erweiterter Pflegebedürftigkeitsbegriff und neues Begutachtungsverfahren

Im Zuge des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes (PSG II) gelten seit 2017 ein neuer erweiterter Pflegebedürftigkeitsbegriff sowie ein neues Begutachtungsverfahren. Mit dieser Neuausrichtung verschwand die bis dahin unterschiedliche Behandlung von körperlichen und geistigen bzw. seelisch bedingten Einschränkungen.

Bessere Erfassung des Pflegebedarfs von Demenzkranken, geistig behinderten und psychisch Kranken

Die Änderungen haben somit insbesondere die bessere Abdeckung und Erfassung des Pflegebedarfs von Demenzkranken, geistig Behinderten und psychisch Kranken zum Ziel. Anstelle der bis dahin geltenden drei Pflegestufen gibt es seit dem 1. Januar 2017 fünf Pflegegrade. Die Pflegebedürftigen werden anhand ihrer noch vorhandenen

Selbstständigkeit eingestuft und erhalten dann entsprechende Leistungen aus der Pflegeversicherung:

- **Pflegegrad 1:** Personen mit geringer Beeinträchtigung der Selbstständigkeit.
- **Pflegegrad 2:** Personen mit erheblicher Beeinträchtigung der Selbstständigkeit, die zuvor in der „Pflegestufe 0" mit eingeschränkter Alltagskompetenz und Pflegestufe1 eingestuft wurden.
- **Pflegegrad 3:** Personen mit schwerer Beeinträchtigung der Selbstständigkeit, die zuvor in der Pflegestufe 1 mit eingeschränkter Alltagskompetenz und Pflegestufe 2 eingestuft wurden.
- **Pflegegrad 4:** Personen mit schwerster Beeinträchtigung der Selbstständigkeit, die zuvor in der Pflegestufe 2 mit eingeschränkter Alltagskompetenz und Pflegestufe 3 eingestuft wurden.
- **Pflegegrad 5:** Personen mit schwersten Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit mit besonderen Anforderungen an die pflegerische Versorgung, die zuvor in der Pflegestufe 3 mit eingeschränkter Alltagskompetenz und/oder als Härtefall eingestuft wurden.

Dem Pflegegrad 1 sind insgesamt rund 34 600 Pflegebedürftige zugeordnet; das sind 14 Prozent aller Pflegebedürftigen. Dazu zählen 28 700 Pflegebedürftige mit ausschließlich landesrechtlichen Leistungen bzw. ohne Leistungen der ambulanten Pflegedienste oder Pflegeheime.

40 Prozent in Pflegegrad 2 eingruppiert

Die größte Gruppe von insgesamt 96 400 Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern (Anteil 40 Prozent) wurden aufgrund von erheblichen Einschränkungen in den Pflegegrad 2 eingruppiert. Weitere 70 500 Personen (Anteil 29 Prozent) mit schweren Beeinträchtigungen erhielten den Pflegegrad 3.

Schwerste Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit (Pflegegrad 4) lagen 2021 in 29 400 Fällen (Anteil zwölf Prozent) vor; bei rund 10 400 Personen (Anteil vier Prozent) wurde über den Pflegegrad 5 zusätzlichen Anforderungen an die pflegerische Versorgung Rechnung getragen.

Je höher der Pflegegrad, desto professionalisierter ist die Versorgung

Die Betrachtung der Verteilung der Pflegegrade innerhalb der drei Versorgungsarten (Pflegegeld, ambulant, stationär) zeigt, dass höhere Pflegegrade mit einer stärker professionalisierten Versorgung einhergehen: Von den reinen Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern hatten 14 Prozent den Pflegegrad 4 oder 5; im Bereich der ambulanten Pflege lag dieser Anteil mit gut 16 Prozent leicht darüber. Dagegen sind rund 38 Prozent aller Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher in vollstationärer Pflege den beiden höchsten Pflegegraden zugeordnet.

Versorgungsangebot durch ambulante Pflegedienste und in Heimen

Immer mehr ambulante Pflegedienste in Rheinland-Pfalz

Die Pflegestatistik 2021 umfasste 575 ambulante Pflegedienste in Rheinland-Pfalz. Deren Anzahl ist seit dem ersten Berichtsjahr 1999 deutlich um 164 Einrichtungen bzw. 40 Prozent gestiegen. Allein im Vergleich zur Vorerhebung 2019 ist ein Zuwachs von 36 Diensten (+7 Prozent) zu verzeichnen.

In privater Trägerschaft befanden sich 385 dieser Dienste, weitere 185 wurden durch freie Träger geführt und fünf durch die öffentliche Hand. Der seit 2007 beobachtbare Aufbau zusätzlicher Pflegedienste geht nahezu ausschließlich auf private Träger zurück.

T1 Ambulante Pflegedienste und Pflegeheime 1999–2021 nach Trägerschaft und Personal

Merkmal	1999	2001	2003	2005	2007	2009	2011	2013	2015	2017	2019	2021
Ambulante Pflegedienste												
Insgesamt	411	380	376	372	390	416	446	451	488	516	539	575
Private Träger	209	185	189	188	213	416	265	274	311	332	353	385
Freigemeinnützige Träger	197	191	184	180	174	416	178	174	175	180	182	185
Öffentliche Träger	5	4	3	4	3	416	3	3	2	4	4	5
Personal	7 928	7 920	7 883	8 369	9 467	10 713	11 667	12 600	14 276	15 342	16 342	17 300
Vollzeitbeschäftigte	2 554	2 512	2 339	2 138	2 343	2 702	3 125	3 376	3 987	4 510	4 715	5 120
Teilzeitbeschäftigte	4 985	5 122	5 286	5 944	6 828	7 655	8 117	8 511	9 483	10 072	10 732	11 367
Sonstige[1]	389	286	258	287	296	356	425	713	806	760	895	813
Pflegeheime												
Insgesamt	390	395	410	421	435	454	472	492	516	539	559	583
Private Träger	145	146	150	152	164	173	185	193	202	220	234	251
Freigemeinnützige Träger	240	246	252	263	264	271	277	290	304	307	313	320
Öffentliche Träger	5	3	8	6	7	10	10	9	10	12	12	12
Personal	21 698	23 067	24 693	25 805	26 523	28 719	30 900	31 509	33 544	34 929	35 614	36 082
Vollzeitbeschäftigte	9 090	9 505	9 607	8 953	8 578	9 047	9 652	9 215	9 825	10 594	10 724	11 224
Teilzeitbeschäftigte	9 944	10 982	12 629	14 156	15 172	16 846	18 368	18 906	20 293	21 021	21 342	21 784
Sonstige[1]	2 664	2 580	2 457	2 696	2 773	2 826	2 880	3 388	3 426	3 314	3 548	3 074

1 Praktikanten/-innen, (Um-)Schüler/-innen und Auszubildende, Helfer/-innen im freiwilligen sozialen Jahr bzw. im Bundesfreiwilligendienst und Zivildienstleistende.

Im Jahr 2021 versorgte ein ambulanter Pflegedienst in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt 82 Personen; 1999 lag dieser Wert noch bei lediglich 43 Personen.

Personalaufbau in der ambulanten Pflege

In den rheinland-pfälzischen ambulanten Pflegediensten waren 2021 insgesamt 17 300 Menschen – darunter 15 200 Frauen – beschäftigt; davon zwei Drittel in Teilzeit. Gegenüber der Erhebung des Jahres 2019 (16 300 Beschäftige) hat sich die Zahl der Mitarbeitenden um sechs Prozent erhöht. Im Vergleich zum Berichtsjahr 1999 (7 900 Beschäftigte) hat sich der Personalbestand sogar mehr als verdoppelt (+118 Prozent). Parallel zur durchschnittlich gestiegenen Zahl der Betreuungsverhältnisse je Dienst hat somit in den vergangenen Jahren ein deutlicher Personalaufbau in der ambulanten Pflege stattgefunden; gleichwohl blieb der Anstieg beim Personalbestand unter dem Zuwachs der ambulant zu Pflegenden (+169 Prozent gegenüber 1999).

Netz der stationären Versorgung wird weiter ausgebaut

Die vollstationäre Versorgung in Rheinland-Pfalz wurde 2021 durch 583 Pflegeheime gewährleistet; davon 251 in privater, 320 in freigemeinnütziger und zwölf in öffentlicher Trägerschaft. Gegenüber der Vorerhebung ist dies ein Plus von 24 Einrichtungen bzw. vier Prozent.

Seit 1999 wurden landesweit 193 zusätzliche Heime in Betrieb genommen (+49 Prozent). Die Anzahl der Einrichtungen in privater Trägerschaft (+73 Prozent) ist in diesem Zeitraum im Vergleich zu Einrichtungen freier Träger (+33 Prozent) deutlich stärker gewachsen.

Trotz der gestiegenen Anzahl pflegebedürftiger Personen hat sich die durchschnittliche Größe der Einrichtungen – gemessen an der

T2 Pflegebedürftige, ambulante Pflegedienste und Pflegeheime 2021 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Pflegebedürftige						Ambulante Pflegedienste		Pflegeheime	
	Insgesamt[1]	ab 70 Jahren je 1 000 Einwohner/-innen ab 70 Jahren	in ambulanter Pflege[1]	in voll-stationärer Pflege[2]	aus-schließlich Pflege-geld[3]	Pflegegrad 1 und aus-schließlich landesrecht-liche bzw. ohne Leistungen	Anzahl	Beschäf-tigte	Anzahl	Beschäf-tigte
Frankenthal (Pfalz), St.	2 867	257	502	506	1 525	334	9	279	6	433
Kaiserslautern, St.	5 299	251	913	983	2 687	713	20	579	14	911
Koblenz, St.	7 217	290	1 743	1 534	3 196	741	24	1 053	20	1 366
Landau i. d. Pfalz, St.	2 695	279	707	396	1 324	265	9	379	5	378
Ludwigshafen a. Rh., St.	9 817	272	1 585	1 298	5 766	1 165	24	729	19	1 114
Mainz, St.	8 511	210	1 741	1 453	4 129	1 183	27	865	21	1 390
Neustadt a. d. Weinstr., St.	3 192	239	516	424	1 927	325	10	345	6	355
Pirmasens, St.	3 943	372	1 220	567	1 682	474	10	283	6	504
Speyer, St.	3 146	271	568	714	1 532	332	15	250	9	696
Trier, St.	4 480	231	1 009	886	1 918	663	12	388	11	948
Worms, St.	4 893	271	1 205	766	2 294	627	11	302	17	873
Zweibrücken, St.	2 529	309	568	375	1 329	256	4	167	5	353
Ahrweiler	8 718	278	2 034	1 166	4 582	936	25	647	15	1 227
Altenkirchen (Ww.)	9 609	332	2 052	1 303	5 181	1 073	21	700	21	1 365
Alzey-Worms	6 525	248	1 390	822	3 512	797	14	386	15	826
Bad Dürkheim	7 758	238	1 315	1 270	4 346	827	16	343	17	1 078
Bad Kreuznach	9 206	249	1 771	1 320	4 820	1 288	18	698	25	1 345
Bernkastel-Wittlich	6 468	263	1 476	1 138	2 926	920	20	541	21	1 234
Birkenfeld	5 467	291	965	981	2 825	696	11	277	17	911
Cochem-Zell	5 192	358	1 345	836	2 434	576	10	474	14	827
Donnersbergkreis	4 335	263	552	792	2 435	556	6	258	13	827
Eifelkreis Bitburg-Prüm	5 916	303	1 730	820	2 629	734	10	451	19	846
Germersheim	7 132	265	708	871	4 756	793	10	390	15	845
Kaiserslautern	6 188	270	1 144	869	3 460	714	9	314	14	766
Kusel	4 936	310	1 007	603	2 744	581	6	244	12	548
Mainz-Bingen	9 395	211	1 503	1 609	5 065	1 213	30	541	23	1 590
Mayen-Koblenz	13 656	284	2 165	1 946	7 930	1 612	34	922	31	2 028
Neuwied	12 676	300	2 541	2 018	6 744	1 372	32	761	31	1 980
Rhein-Hunsrück-Kreis	6 289	277	1 018	1 053	3 386	830	14	400	17	996
Rhein-Lahn-Kreis	7 268	257	1 393	1 063	3 947	865	12	425	17	1 030
Rhein-Pfalz-Kreis	8 460	247	1 410	1 140	5 066	843	18	508	17	1 074
Südliche Weinstraße	6 447	247	1 083	584	4 091	688	9	282	13	513
Südwestpfalz	7 004	305	1 541	668	4 080	713	16	416	12	649
Trier-Saarburg	7 001	242	1 249	1 505	3 324	916	14	290	19	1 612
Vulkaneifel	4 298	300	880	681	2 137	600	11	273	13	667
Westerwaldkreis	12 831	299	2 754	1 965	6 631	1 478	34	1 140	33	1 977
Rheinland-Pfalz	241 364	269	47 303	36 925	128 360	28 699	575	17 300	583	36 082

1 Einschließlich 77 Pflegebedürftige mit Pflegestufe 1 und teilstationärer Pflege. – 2 Regionale Zuordnung nach dem Sitz des Pflegedienstes bzw. Heimes. – 3 Regionale Zuordnung nach dem Wohnort.

Durchschnittlich 63 Pflegebedürftige je Heim

Anzahl der Bewohner – in den vergangenen zwei Dekaden kaum verändert. Die durchschnittliche Anzahl betreuter Menschen je Pflegeheim liegt seit dem Jahr 1999 zwischen 60 und 70; im Jahr 2021 waren es 63 Personen.

Zahl der Beschäftigten steigt langfristig

In den Heimen arbeiteten 2021 insgesamt etwa 36 100 Beschäftigte – darunter 30 100 Frauen. Gut 60 Prozent waren Teilzeitbeschäftigte. Im Vergleich zur vorangegangenen Erhebung 2019 ist die Zahl der Beschäftigten um ein Prozent gestiegen. Gegenüber 1999 (21 700 Beschäftigte) ergibt sich ein Personalzuwachs von 14 400 Personen (+66 Prozent) in den rheinland-pfälzischen Pflegeheimen.

Regionale Betrachtung

Die bedarfsgerechte Versorgung hilfebedürftiger Menschen erfordert eine regionalisierte Betrachtung der Nachfrage nach Pflegeleistungen sowie des pflegerischen Angebots.

Wohnortangaben mit Auskunftspflicht

Regionale Angaben zu den Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern werden seit der ersten Erhebung nach deren Wohnsitz erfasst. Anders war es bei den ambulant und stationär Versorgten; hier erfolgte die regionale Zuordnung nach dem Sitz des Pflegedienstes bzw. Heimes. Mit der Pflegestatistik 2013 wurden für den ambulanten Bereich erstmals wohnortbezogene Angaben mit Auskunftspflicht erhoben, die eine Analyse von regionalen Verflechtungen ermöglichen. Für vergleichbare Angaben zur stationären Versorgung (Wohnort vor Bezug eines Pflegeheimes), besteht seit der Erhebung 2017 grundsätzlich eine Auskunftspflicht.

Regionalvergleich erfordert Bezug zu Bevölkerung

Bei Betrachtung der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen für die kreisfreien Städte und Landkreise zeigen sich sehr unterschiedliche Fallzahlen, die in erster Linie vom Bevölkerungsumfang abhängen. Die Bandbreite erstreckt sich von 2 500 Pflegebedürftigen in der Stadt Zweibrücken bis 13 700 im Landkreis Mayen-Koblenz. Für sinnvolle regionale Vergleiche muss ein Bezug zum Bevölkerungsumfang hergestellt werden. Da sich die Pflegebedürftigkeit weitgehend auf höhere Altersjahre konzentriert, werden dabei nur die Personen im Alter ab 70 Jahren betrachtet. Die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter von 70 Jahren und älter bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner gleichen Alters zeigt bei den kreisfreien Städten eine Bandbreite von 210 in der Landeshauptstadt Mainz bis 372 in Pirmasens. In den Landkreisen reichen die Werte von 211 im Kreis Mainz-Bingen bis 358 in Cochem-Zell.

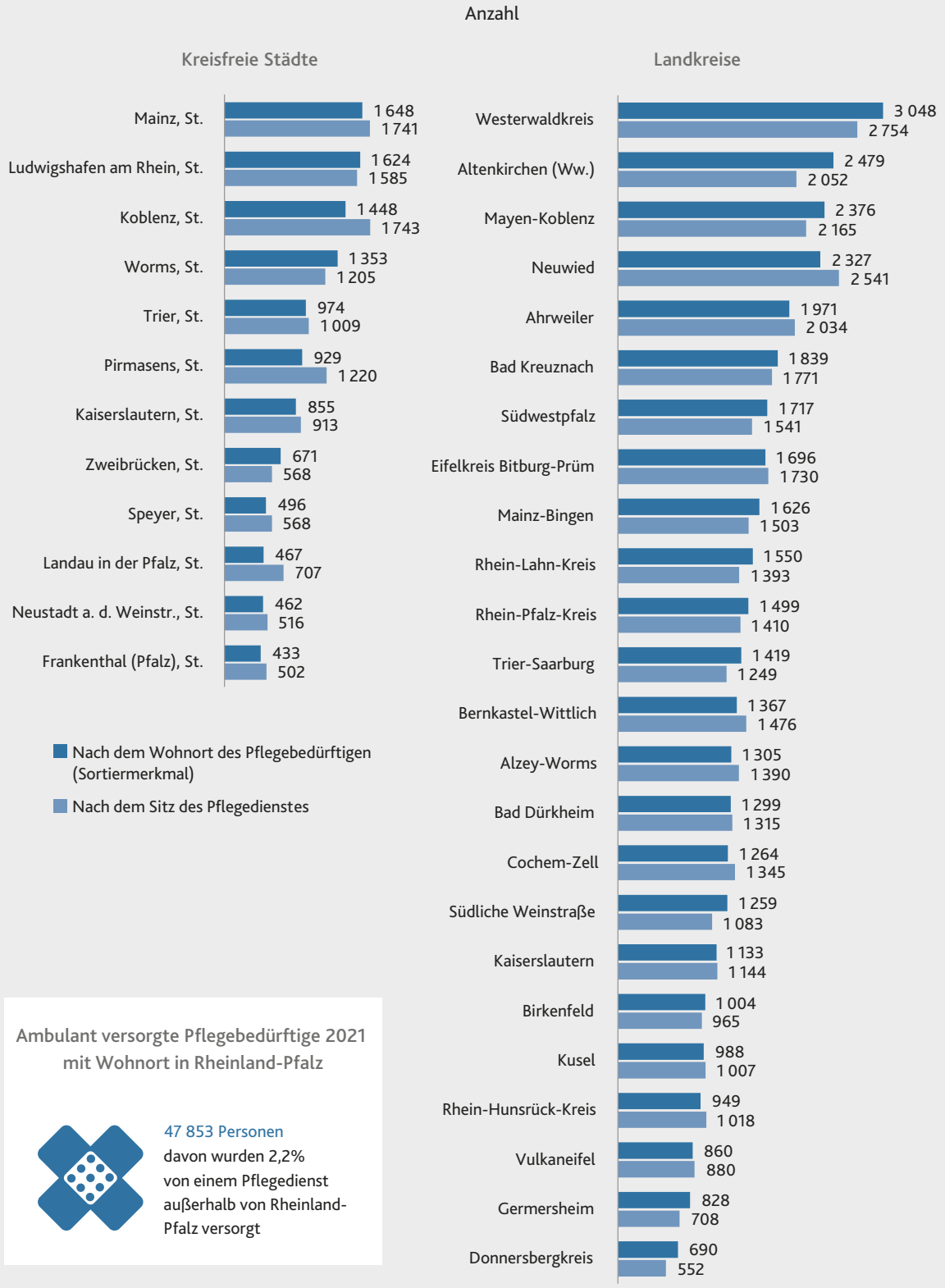
Regionale Verflechtungen in der ambulanten Pflege

Analyse von Angebot und Nachfrage

Die bedarfsgerechte Versorgung mit ambulanten und stationären Leistungen erfordert in erster Linie eine Orientierung an der Nachfrageseite, d. h. am Wohnort der hilfebedürftigen Personen. Die Vorgehensweise, ambulant versorgte Pflegebedürftige einerseits nach dem Sitz des betreuenden Pflegedienstes und andererseits nach deren Wohnort zuzuordnen, ermöglicht die Auswertung regionaler Verflechtungen von Angebot und Nachfrage. Sobald vollständige und valide Informationen über den letzten Wohnort der Bewohner von Pflegeheimen vorliegen, was derzeit noch nicht mit hinreichender Qualität gegeben ist, kann dieses Konzept auch auf den vollstationären Bereich ausgeweitet werden.

Im Jahr 2021 betreuten die rheinland-pfälzischen ambulanten Pflegedienste gut 47 300 hilfebedürftige Menschen; davon hat-

G7 Ambulant versorgte Pflegebedürftige 2021 nach Verwaltungsbezirken und regionaler Zuordnung



T3 Ambulant versorgte Pflegebedürftige 2021 nach Verwaltungsbezirken und regionaler Zuordnung

Verwaltungsbezirk	Pflegebedürftige nach Sitz des Pflegedienstes				Pflegebedürftige nach Wohnort			
	Insgesamt	davon betreute Personen mit Wohnort			Insgesamt	davon betreut durch Pflegedienst mit Sitz		
		im gleichen Kreis	in einem anderen Kreis	außerhalb von Rheinland-Pfalz		im gleichen Kreis	in einem anderen Kreis	außerhalb von Rheinland-Pfalz
	Anzahl	Anteil in %			Anzahl	Anteil in %		
Frankenthal (Pfalz), St.	502	74,1	23,1	2,8	433	85,9	13,2	0,9
Kaiserslautern, St.	913	86,0	11,1	3,0	855	91,8	8,1	0,1
Koblenz, St.	1 743	73,3	26,6	0,1	1 448	88,2	11,7	0,1
Landau i. d. Pfalz, St.	707	61,8	32,5	5,7	467	93,6	6,0	0,4
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 585	90,3	9,4	0,3	1 624	88,2	9,7	2,2
Mainz, St.	1 741	82,3	14,4	3,3	1 648	87,0	6,8	6,3
Neustadt a. d. Weinstr., St.	516	79,1	20,7	0,2	462	88,3	11,3	0,4
Pirmasens, St.	1 220	74,8	24,7	0,6	929	98,2	1,8	-
Speyer, St.	568	78,2	20,6	1,2	496	89,5	9,3	1,2
Trier, St.	1 009	95,9	4,0	0,1	974	99,4	0,5	0,1
Worms, St.	1 205	92,8	7,0	0,2	1 353	82,6	16,3	1,1
Zweibrücken, St.	568	94,2	5,5	0,4	671	79,7	19,5	0,7
Ahrweiler	2 034	91,2	2,8	6,1	1 971	94,1	2,2	3,7
Altenkirchen (Ww.)	2 052	94,3	4,6	1,1	2 479	78,1	4,0	18,0
Alzey-Worms	1 390	81,7	18,2	0,1	1 305	87,0	12,7	0,2
Bad Dürkheim	1 315	86,8	13,2	-	1 299	87,9	10,8	1,3
Bad Kreuznach	1 771	95,3	4,6	0,1	1 839	91,8	7,8	0,4
Bernkastel-Wittlich	1 476	87,2	11,7	1,1	1 367	94,1	5,8	0,1
Birkenfeld	965	99,3	0,4	0,3	1 004	95,4	3,6	1,0
Cochem-Zell	1 345	90,6	9,2	0,1	1 264	96,4	3,6	-
Donnersbergkreis	552	90,8	9,1	0,2	690	72,6	26,7	0,7
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 730	94,6	5,1	0,3	1 696	96,5	3,5	-
Germersheim	708	93,5	5,6	0,8	828	80,0	15,6	4,5
Kaiserslautern	1 144	87,4	12,6	-	1 133	88,3	11,7	-
Kusel	1 007	91,0	8,8	0,2	988	92,7	5,8	1,5
Mainz-Bingen	1 503	84,8	14,3	0,9	1 626	78,4	20,0	1,5
Mayen-Koblenz	2 165	88,5	11,2	0,3	2 376	80,6	19,2	0,1
Neuwied	2 541	82,3	14,6	3,1	2 327	89,9	7,6	2,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 018	84,2	15,8	-	949	90,3	9,7	-
Rhein-Lahn-Kreis	1 393	95,0	3,9	1,0	1 550	85,4	8,4	6,2
Rhein-Pfalz-Kreis	1 410	84,2	15,8	-	1 499	79,2	19,7	1,1
Südliche Weinstraße	1 083	93,4	6,6	0,1	1 259	80,3	18,9	0,8
Südwestpfalz	1 541	85,9	11,8	2,3	1 717	77,1	22,8	0,1
Trier-Saarburg	1 249	94,9	4,9	0,2	1 419	83,5	15,1	1,4
Vulkaneifel	880	91,1	7,5	1,4	860	93,3	6,2	0,6
Westerwaldkreis	2 754	92,7	6,9	0,4	3 048	83,8	14,6	1,6
Rheinland-Pfalz	47 303	x	x	1,1	47 853	x	x	2,2

ten rund 500 bzw. 1,1 Prozent ihren Wohnsitz außerhalb von Rheinland-Pfalz.

Rheinland-Pfalz mit „Nettoimport" ambulanter Pflegeleistungen

Werden die ambulant Versorgten an ihrem Wohnort betrachtet, zählt Rheinland-Pfalz rund 47 900 hilfebedürftige Menschen und damit rund 550 bzw. 1,2 Prozent mehr Pflegebedürftige gegenüber der regionalen Zuordnung nach dem Sitz des Pflegedienstes. Von diesen pflegebedürftigen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern wurden rund 1 100 Personen bzw. 2,2 Prozent von einem Pflegedienst eines anderen Bundeslandes versorgt. Im Ergebnis werden also mehr pflegebedürftige Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer von einem Pflegedienst außerhalb des Landes betreut als rheinland-pfälzische Pflegedienste Menschen aus benachbarten Bundesländern versorgen.

Unterschiede in der regionalen Verflechtung

Auch innerhalb der Landesgrenzen – auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte – sind mehr oder weniger stark ausgeprägte regionale Verflechtungen zwischen dem Angebot von und der Nachfrage nach ambulanten Pflegeleistungen zu beobachten.

Bei der Betrachtung der Angebotsseite, fällt das vergleichsweise große überregionale Einzugsgebiet der Pflegedienste in einigen kreisfreien Städten des Landes ins Auge:

Fast ein Drittel der Personen, die von in Landau in der Pfalz ansässigen Diensten betreut werden, lebt nicht im Stadtgebiet; für Dienste aus den Städten Koblenz und Pirmasens ist dies bei etwa jeder vierten Leistungsempfängerin bzw. jedem vierten Leistungsempfänger der Fall. Im Gegensatz dazu liegt dieser Anteil im Landkreis Birkenfeld bei unter einem Prozent.

Verflechtungen mit anderen Ländern in Altenkirchen am stärksten

Die mit Abstand stärksten Verflechtungen über die Landesgrenze hinaus verzeichnet der Landkreis Altenkirchen. Von den rund 2 500 ambulant betreuten Pflegebedürftigen mit Wohnsitz im Kreis werden 18 Prozent von Pflegediensten außerhalb von Rheinland-Pfalz versorgt. Auf der anderen Seite betreuen die Pflegedienste im Landkreis Altenkirchen insgesamt rund 2 100 hilfebedürftige Menschen, von denen nur rund ein Prozent ihren Wohnsitz außerhalb des Landes haben.

Informationen zu regionalen Verflechtungen als Grundlage für Pflegestrukturplanung

Alle kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz zeigen mehr oder weniger starke regionale Verflechtungen auf. Solche Verflechtungen können sich sowohl aus dem Angebot an Pflegediensten als auch aus der Nachfrage nach ambulanten Leistungen, also der Wahl eines Pflegedienstes aus Sicht der pflegebedürftigen Person oder ihrer Angehörigen, ergeben. Informationen zu überregionalen Einzugsgebieten stellen wertvolle Hinweise für regionale Pflegestrukturplanungen dar.

Hans-Peter Fein, Diplom-Volkswirt, leitet die Abteilung Staat, Private Haushalte

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 103 [1,2]	4 133 [1,2]	4 108	4 134	4 143	4 160	4 162	4 163	4 163
darunter Ausländer/-innen[3]	1 000	493 [1,2]	534 [1,2]	505	533	543	569	571	573	575
Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]										
* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 544	1 703	1 172	861	1 416	454	554	1 204	1 125
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	3 221	3 061	2 703	2 703	2 779	2 674	2 631	2 784	2 698
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,4	8,9	8,6	7,7	8,2	7,6	8,2	7,9	7,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	4 214	4 495	4 186	4 707	4 403	4 826	4 186	4 678	4 140
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	12,3	13,0	13,3	13,4	12,9	13,7	13,1	13,2	12,1
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	10	11	11	9	14	7	5	10	6
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,0	3,5	4,1	3,3	5,0	2,6	1,9	3,6	2,2
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-994	-1 434	-1 483	-2 004	-1 624	-2 152	-1 555	-1 894	-1 442
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,9	-4,2	-4,7	-5,7	-4,8	-6,1	-4,9	-5,4	-4,2
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 297	16 539	11 470	37 284	21 455	13 396	11 930	13 083	11 744
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 369	10 570	6 665	31 867	15 278	7 897	7 083	7 418	6 340
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 612	10 684	8 644	9 473	10 238	9 815	9 225	10 190	9 755
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 918	4 982	3 906	4 150	4 486	4 662	4 520	4 941	4 679
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 685	5 855	2 826	27 811	11 217	3 581	2 705	2 893	1 989
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	13 300	14 277	12 042	13 319	14 929	14 978	13 570	14 426	13 577

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]	Einheit	2019	2020	2021			2022			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 435	1 429	1 454	1 478	1 471	1 474	1 480	1 500	1 485
* Frauen	1 000	667	667	677	689	689	689	691	700	696

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2019	2020	2021			2022			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	170	174	190	195	193	200	208	214	208
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	422	423	434	439	442	444	448	450	449
* darunter Frauen	1 000	342	343	350	354	356	357	360	361	361
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	15	15	12	14	16	17	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	442	436	436	443	439	440	440	446	441
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	319	316	319	326	325	323	326	330	328
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	225	223	233	237	236	238	239	242	240
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	435	440	450	457	460	459	458	463	464

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Arbeitslose	Anzahl	112 137	102 515	100 370	106 231	109 573	107 573	108 405	110 213	115 171
* Frauen	Anzahl	50 284	47 178	46 746	50 678	52 758	49 113	49 549	50 849	53 908
Männer	Anzahl	61 853	55 337	53 623	55 552	56 815	58 460	58 856	59 364	61 263
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	48 647	40 333	38 334	39 818	41 443	41 155	41 465	42 978	45 113
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	63 490	62 182	62 036	66 413	68 130	66 418	66 940	67 235	70 058
* Arbeitslosenquote[8]	%	5,0	4,6	4,5	4,7	4,9	4,8	4,8	4,9	5,1
* Frauen	%	4,7	4,5	4,4	4,8	5,0	4,6	4,6	4,8	5,1
* Männer	%	5,2	4,6	4,5	4,7	4,8	4,9	4,9	5,0	5,1
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,3	3,8	3,6	4,2	4,8	4,0	4,0	4,4	5,2
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	3,3	3,0	3,8	5,1	3,3	3,2	3,4	5,0
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,9	4,5	4,5	4,6	4,6	4,6	4,7	4,7	4,8
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,5	5,1	5,0	5,1	5,1	5,1	5,2	5,2	5,3
* Ausländer/-innen[9]	%	12,1	11,9	11,7	13,2	13,8	12,6	12,6	12,8	13,5
Deutsche	%	4,0	3,5	3,4	3,5	3,6	3,6	3,6	3,7	3,8
* Kurzarbeiter/-innen[10]	Anzahl	66 290	14 748	7 994	3 161	2 862	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[11]	Anzahl	37 337	45 781	46 896	47 713	48 151	43 049	42 598	42 129	41 826

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[12]	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	221 882	220 686	205 800	204 709	229 255	235 461	234 978	234 879	...
* darunter Frauen	Anzahl	110 346	112 509	102 437	101 951	118 556	120 781	120 347	120 113	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	149 423	146 892	137 922	136 992	152 207	157 127	156 900	156 954	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	59 122	61 133	55 358	55 140	64 288	65 511	65 415	65 370	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	57 242	59 377	53 567	53 348	62 516	63 745	63 667	63 619	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. - 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2021	2022			2023			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	628	536	534	609	547	327	292	285	311
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	551	459	467	516	484	263	251	225	255
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	2	3	-	4	2	4	-	3
Unternehmen	Anzahl	66	75	60	81	48	55	34	38	51
private Haushalte	Anzahl	558	459	471	528	495	270	254	247	257
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 319	1 237	1 263	1 370	1 080	899	968	1 200	850
* Umbauter Raum	1 000 m^3	822	728	711	868	688	524	457	663	518
* Wohnfläche	1 000 m^2	154	137	134	158	127	98	80	117	94
Wohnräume	Anzahl	5 968	5 346	5 277	6 128	5 146	3 770	3 280	4 275	3 558
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	305	305	285	368	285	225	223	300	238

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	121	130	117	140	134	88	119	143	147
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	14	13	11	13	12	10	18	21
Unternehmen	Anzahl	76	69	68	83	74	43	64	75	67
private Haushalte	Anzahl	32	47	36	46	47	33	45	50	59
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	25	31	124	8	41	9	12	35	36
* Umbauter Raum	1 000 m^3	846	862	746	864	722	354	783	600	943
* Nutzfläche	1 000 m^2	117	181	969	139	99	55	96	82	95
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	127	152	103	121	110	70	121	132	91

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 575	1 498	1 565	1 570	1 353	1 121	1 318	1 397	1 130
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	7 038	6 389	6 202	7 145	6 234	4 655	4 507	5 179	4 530

Landwirtschaft

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 053	10 436	9 636	9 808	9 743	11 683	9 774	10 033	8 987
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 376	1 239	1 237	1 042	932	1 661	1 037	1 082	1 009
darunter										
* Kälber	t	7	6	8	5	4	8	5	4	3
* Jungrinder	t	9	8	12	3	2	7	6	5	2
* Schweine	t	9 640	9 164	8 355	8 734	8 784	9 982	8 696	8 921	7 925
* Eiererzeugung[2]	1 000	21 737	22 974	22 717	23 083	21 621	22 795	20 568	19 702	21 678

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	1 021	1 022	1 027	1 026	1 025	1 023	1 022	1 021	1 021
* Beschäftigte[4]	Anzahl	255 993	258 732	257 686	257 906	258 057	261 412	261 083	260 712	261 014
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 790	31 939	30 684	32 937	31 152	35 653	29 906	31 666	31 597
* Entgelte	Mill. EUR	1 157	1 248	1 260	1 600	1 263	1 224	1 307	1 563	1 320
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	8 263	9 646	9 469	9 918	10 311	10 420	8 188	8 929	9 192
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mill. EUR	4 549	5 531	5 586	6 011	5 812	5 631	4 534	4 768	4 852
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 276	2 398	2 207	2 357	2 255	3 118	2 347	2 635	2 800
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	101	95	103	106	124	92	107	131
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 352	1 615	1 580	1 447	2 138	1 548	1 216	1 418	1 409
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 543	3 041	3 161	3 358	3 196	2 923	2 303	2 392	2 419
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 106	1 076	899	965	970	1 468	977	1 169	1 285
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 658	5 297	5 155	5 534	5 687	5 771	4 628	4 979	5 047
Exportquote[6]	%	56,4	54,9	54,4	55,8	55,2	55,4	56,5	55,8	54,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	125,4	110,3	115,0	106,7	121,3	93,5	73,7	86,4	88,7
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	115,8	101,9	108,3	114,9	104,5	91,2	76,1	80,4	82,9
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	132,2	107,4	106,4	92,9	100,9	90,7	70,6	94,4	91,2

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	200,3	232,9	259,0	261,9	240,9	251,2	229,2	246,9	298,3
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	133,0	145,3	162,7	113,6	256,0	101,6	64,0	69,1	87,1
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	113,4	95,2	102,7	114,9	97,5	80,8	68,4	69,9	70,7
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	140,3	105,5	118,4	94,9	101,8	75,5	59,3	94,0	83,9
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	170	171	171	171	171	171	171	171	170
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	10 083	10 229	10 124	10 142	10 146	10 284	10 298	10 319	10 336
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 246	1 245	1 155	1 282	1 181	1 408	1 166	1 251	1 250
* Entgelte[3]	Mill. EUR	49	51	53	53	47	49	55	59	55
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	311	302	299	279	286	302	227	187	184
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	296	286	283	265	262	287	213	172	170
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	23 927	24 296	24 349	24 425	24 387	24 436	24 723	24 725	24 948
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 384	2 394	2 420	2 671	2 554	2 536	2 363	2 603	2 624
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	432	452	456	497	480	452	402	444	430
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	831	815	804	888	853	941	832	934	918
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 121	1 127	1 160	1 286	1 221	1 143	1 129	1 225	1 277
darunter Straßenbau	1 000 h	596	611	638	707	679	597	608	679	683
* Entgelte	Mill. EUR	85	91	89	94	95	88	92	100	99

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe[1]	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	363	397	363	407	425	415	362	424	454
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	68	82	83	84	87	108	64	83	74
* gewerblicher Bau[2]	Mill. EUR	135	140	125	140	159	151	137	151	178
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	160	176	155	183	179	155	160	190	202
darunter Straßenbau	Mill. EUR	83	93	81	100	96	80	81	102	110

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]	Einheit	2021	2022	2021	2022				2023	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Betriebe[4]	Anzahl	485	497	480	499	499	496	495	525	524
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4]	Anzahl	18 926	19 764	18 985	19 750	19 555	20 000	19 751	20 247	20 689
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 610	5 687	5 571	5 745	5 611	5 754	5 637	6 080	6 019
* Entgelte	Mill. EUR	170	184	184	171	181	184	198	187	198
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	588	662	747	506	637	653	853	595	734

Handel[5]

Großhandel[p, 6]	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Beschäftigte	2015=100	103,2	105,5	104,0	104,0	106,0	105,7	105,9	105,9	106,3
* Umsatz nominal[7]	2015=100	117,7	137,1	133,5	139,0	145,9	154,3	135,9	138,4	144,0
* Umsatz real[7]	2015=100	107,8	111,1	108,8	111,9	117,6	122,9	108,7	109,5	114,6

Einzelhandel[p, 8]										
* Beschäftigte	2015=100	106,2	108,3	107,3	107,5	108,0	108,5	108,2	108,3	108,2
* Umsatz nominal[7]	2015=100	117,2	129,9	133,6	134,6	130,0	138,5	131,4	138,3	136,6
* Umsatz real[7]	2015=100	108,8	110,4	116,2	115,2	110,6	111,1	105,0	110,7	109,2

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Beschäftigte	2015=100	106,1	105,7	105,2	104,7	104,5	105,5	105,5	105,4	105,3
* Umsatz nominal[3]	2015=100	120,6	128,0	113,3	130,4	126,2	157,3	127,5	144,9	148,3
* Umsatz real[3]	2015=100	109,8	107,5	96,8	110,5	106,7	124,2	100,1	113,0	114,6

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2015=100	80,4	91,8	87,6	89,4	95,1	95,3	98,3	99,7	101,7
* Umsatz nominal[3]	2015=100	75,7	112,7	115,8	135,7	123,1	105,0	114,1	125,6	129,3
* Umsatz real[3]	2015=100	65,2	90,9	95,8	110,9	99,8	79,9	86,3	94,5	96,5

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	408	659	666	843	903	521	731	928	930
* darunter von Auslandsgästen	1 000	57	123	112	146	162	73	129	166	180
* Gästeübernachtungen	1 000	1 184	1 755	1 761	2 142	2 346	1 267	1 896	2 386	2 377
* darunter von Auslandsgästen	1 000	177	366	315	423	450	200	354	465	504

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 517	1 663	1 440	1 541	1 952	1 203	1 459	1 477	1 816
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 017	1 139	1 029	1 000	1 474	807	933	966	1 336
* Getötete Personen	Anzahl	10	12	13	10	12	13	6	3	17
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	4	5	4	3	3	5	3	1	5
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	4	3	4	1	-	2	8
Radfahrer	Anzahl	1	1	2	1	1	1	1	-	2
Fußgänger	Anzahl	2	2	3	1	3	3	1	-	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 278	1 438	1 310	1 233	1 834	1 030	1 195	1 284	1 718

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
schwer verletzte Personen	Anzahl	227	234	232	211	302	142	167	205	256
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	93	93	104	73	93	82	93	87	87
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	57	55	51	65	92	10	15	53	81
Radfahrer	Anzahl	46	52	40	50	92	17	35	39	64
Fußgänger	Anzahl	20	19	22	17	15	19	16	16	12

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 070	11 417	9 710	11 146	11 374	14 107	10 143	12 106	13 298
darunter										
Krafträder	Anzahl	882	1 057	1 231	1 327	1 260	1 739	1 299	1 391	1 478
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	8 680	8 992	7 210	8 546	8 761	10 539	7 506	9 123	10 138
* Lastkraftwagen	Anzahl	975	869	833	744	828	1 215	775	1 014	1 098
Zugmaschinen	Anzahl	413	395	397	456	435	496	471	443	504

Personenbeförderung

	Einheit	2021	2022	2021	2022				2023	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	53 808	63 196	56 046	61 922	58 585	71 740	60 536	60 859	59 951
Personenkilometer[3]	Mill.	546	626	595	625	644	615	620	657	658

Binnenschifffahrt

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Güterempfang	1 000 t	1 001	960	984	1 053	1 151	835	1 011	981	1 041
* Güterversand	1 000 t	823	695	792	760	790	617	850	704	702

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 558	5 069	5 625	4 998	5 447	5 174	5 660	4 824	5 074
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	341	378	358	343	393	382	420	415	463
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 183	4 640	5 214	4 604	5 004	4 706	5 139	4 294	4 453

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwa-gen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Rohstoffe	Mill. EUR	32	38	47	38	41	29	35	32	40
* Halbwaren	Mill. EUR	172	206	206	243	248	181	183	166	156
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 979	4 396	4 960	4 324	4 715	4 496	4 922	4 096	4 257
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 126	1 318	1 468	1 402	1 418	1 153	1 302	1 082	1 081
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 853	3 078	3 493	2 922	3 297	3 342	3 620	3 014	3 176
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	3 159	3 454	3 877	3 459	3 733	3 498	3 775	3 376	3 479
darunter in/nach										
EU-Länder (27)	Mill. EUR	2 559	2 895	3 248	2 928	3 173	2 970	3 132	2 875	2 915
Belgien	Mill. EUR	241	273	341	314	320	243	267	225	224
Luxemburg	Mill. EUR	55	57	69	61	65	57	57	56	54
Dänemark	Mill. EUR	50	56	62	55	62	57	69	51	49
Finnland	Mill. EUR	32	37	41	36	38	28	51	38	36
Frankreich	Mill. EUR	437	503	584	495	568	519	556	511	509
Griechenland	Mill. EUR	79	97	77	66	64	51	50	91	65
Irland	Mill. EUR	27	30	27	24	38	28	38	27	38
Italien	Mill. EUR	271	311	358	314	363	329	338	287	320
Niederlande	Mill. EUR	275	334	335	327	366	359	317	415	357
Österreich	Mill. EUR	193	204	222	220	213	189	209	181	195
Schweden	Mill. EUR	71	79	87	84	85	85	93	76	89
Spanien	Mill. EUR	195	221	253	229	245	249	267	225	233
Portugal	Mill. EUR	39	33	33	28	38	43	48	41	44
Großbritannien	Mill. EUR	194	217	244	205	229	207	236	185	219
* Afrika	Mill. EUR	105	138	146	123	147	147	162	119	146
* Amerika	Mill. EUR	608	761	808	752	818	762	874	629	711
darunter nach USA	Mill. EUR	407	518	548	516	545	503	622	420	505
* Asien	Mill. EUR	631	655	730	610	669	712	787	640	670
darunter nach China	Mill. EUR	198	181	227	188	184	171	193	161	181
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	54	60	64	53	79	53	62	59	67

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 517	4 028	4 273	3 944	4 498	4 012	4 113	3 850	4 038
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	333	399	411	344	417	506	366	422	515
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 021	3 461	3 716	3 432	3 896	3 252	3 429	3 133	3 159
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	41	51	50	55	63	46	37	37	33
* Halbwaren	Mill. EUR	243	353	399	353	413	310	341	364	413
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 737	3 057	3 266	3 025	3 420	2 895	3 051	2 732	2 714

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	641	786	838	809	925	686	707	698	643
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 096	2 271	2 429	2 216	2 495	2 209	2 345	2 034	2 071
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 492	2 784	2 953	2 875	3 065	2 888	2 979	2 710	2 771
darunter aus										
EU-Ländern (27)	Mill. EUR	2 148	2 438	2 548	2 547	2 704	2 536	2 567	2 399	2 463
Belgien	Mill. EUR	251	329	343	359	332	362	310	325	330
Luxemburg	Mill. EUR	44	54	59	56	55	67	59	59	55
Dänemark	Mill. EUR	47	40	42	36	35	53	43	33	33
Finnland	Mill. EUR	13	17	19	13	17	17	17	15	14
Frankreich	Mill. EUR	310	350	376	360	369	347	380	348	302
Griechenland	Mill. EUR	20	25	30	12	30	42	41	23	20
Irland	Mill. EUR	62	48	60	102	44	21	29	18	32
Italien	Mill. EUR	248	256	281	267	312	268	285	266	278
Niederlande	Mill. EUR	262	329	306	342	373	316	345	303	332
Österreich	Mill. EUR	157	159	161	168	205	136	136	127	129
Schweden	Mill. EUR	34	30	34	31	40	33	38	37	33
Spanien	Mill. EUR	166	170	156	159	174	183	177	183	191
Portugal	Mill. EUR	28	36	42	37	42	34	38	36	50
Großbritannien	Mill. EUR	74	73	101	60	74	67	86	65	61
* Afrika	Mill. EUR	58	93	119	100	153	47	74	80	105
* Amerika	Mill. EUR	291	352	355	271	379	303	320	385	406
darunter aus USA	Mill. EUR	220	268	235	202	277	241	243	329	341
* Asien	Mill. EUR	667	787	834	689	892	761	727	660	737
darunter aus China	Mill. EUR	344	417	421	364	428	363	337	314	372
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	7	9	10	7	7	9	7	10	13

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 800	2 624	2 418	2 423	2 659	3 592	2 418	2 878	2 860
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	463	415	444	444	462	452	361	372	402
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 827	1 739	1 520	1 556	1 750	2 538	1 686	2 033	2 007
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 305	2 282	1 974	1 926	2 058	2 992	1 911	2 247	2 254
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	341	323	259	307	306	409	210	299	269
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 448	1 510	1 301	1 240	1 339	2 020	1 340	1 523	1 568

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Insgesamt	Anzahl	452	397	388	420	401	489	359	475	408
davon										
* Unternehmen	Anzahl	42	50	44	55	57	56	48	60	60
* Verbraucher	Anzahl	294	244	229	255	236	318	212	272	244
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	97	86	96	99	88	104	88	117	88
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	20	17	19	11	20	11	11	26	16
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	81	89	57	149	45	57	62	163	86

Handwerk[2]

	Einheit	2021	2022	2021	2022				2023	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Beschäftigte[3]	2020=100[4]	98,6	98,0	98,4	97,8	97,4	98,6	97,3	96,4	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2020=100[6]	101,2	110,3	117,9	93,9	107,8	114,9	125,2	101,5	...

Preise

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2020=100	103,0	109,8	109,3	109,9	110,8	116,1	116,3	116,6	117,0
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2020=100	100,7	102,8	103,0	103,1	103,1	104,4	104,3	104,4	104,5

Verdienste[7]

Monatlicher Nominallohnindex[8]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Juli	April	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Monatlicher Nominallohnindex[8]	2022=100	.	99,0	106,9	99,0	95,9	104,0	109,6	108,6	100,9

Vierteljährlicher Nominallohnindex[8, 9]

	Einheit	2021	2022	2021	2022				2023	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Vierteljährlicher Nominallohnindex[8, 9]	2022=100	95,8	100	105,7	92,5	99,9	93,1	114,5	95,9	105,3
* Frauen	2022=100	96,1	(100)	108,0	(92,8)	(97,5)	(93,7)	(116,1)	96,8	103,8
* Männer	2022=100	95,6	(100)	104,5	(92,4)	(101,2)	(92,8)	(113,6)	95,5	106,1
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2022=100	.	(100)	.	(96,6)	(96,5)	(97,3)	(109,5)	100,9	101,6
* Produzierendes Gewerbe	2022=100	97,1	(100)	107,5	(92,3)	(106,3)	(92,6)	(108,8)	96,2	110,4
* Dienstleistungsbereich	2022=100	94,9	(100)	104,6	(92,6)	(96,6)	(93,3)	(117,4)	95,7	102,7

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Bis 2021: im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich; ab 2022: in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. – 8 Nominallohnindex: Grundlage der Berechnung des Index sind die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. – 9 Der vierteljährliche Nominallohnindex errechnet sich nicht aus den monatlichen Nominallohnindizes, da bei der vierteljährlichen Berechnung auch Dateneingänge berücksichtigt werden, die zum jeweiligen Monatsabschluss noch nicht vorlagen.

Geld und Kredit[1]

	Einheit	2020	2021		2022				2023	
		Durchschnitt		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	120 254	125 993	127 965	130 771	133 534	148 827	154 395	155 394	156 498
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	7 893	7 646	7 268	8 279	8 960	11 093	10 931	11 226	10 851
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	7 715	7 500	7 165	7 282	7 289	10 187	11 795	12 038	12 229
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	104 646	110 847	113 532	115 210	117 285	127 547	131 669	132 130	133 418
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	117 565	123 160	125 171	127 715	130 486	142 886	146 110	146 973	147 670
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	109 870	115 551	117 688	120 128	122 766	134 918	138 126	138 763	139 653
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	7 695	7 608	7 483	7 587	7 720	7 968	7 984	8 210	8 017
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	2 689	2 833	2 794	3 056	3 048	5 941	8 285	8 421	8 828
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	129 485	136 413	138 529	139 990	140 220	141 975	143 161	140 024	138 526
Sichteinlagen	Mill. EUR	87 046	94 508	96 165	97 267	97 619	99 498	99 480	94 385	90 351
Termineinlagen	Mill. EUR	15 329	15 117	15 662	16 062	16 211	16 332	17 768	20 061	22 340
Sparbriefe	Mill. EUR	1 907	1 503	1 410	1 422	1 438	1 582	1 952	3 110	4 647
Spareinlagen	Mill. EUR	25 203	25 285	25 292	25 239	24 952	24 563	23 961	22 468	21 188
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	127 638	134 492	136 322	137 789	137 907	139 614	141 025	137 953	136 530
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	123 943	130 373	131 609	133 238	133 312	135 023	136 426	133 505	132 392
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 695	4 120	4 713	4 551	4 595	4 591	4 599	4 448	4 138
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 847	1 920	2 207	2 201	2 313	2 361	2 136	2 071	1 996

Steuern

	Einheit	2021	2022				2023		
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Aufkommen nach Steuerarten									
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	5 354	6 516	2 824	11 528	5 815	4 910	6 063	6 129	5 925
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 820	1 730	1 625	3 011	1 277	877	1 158	2 363	1 441
Lohnsteuer	Mill. EUR	1 023	1 067	1 585	1 044	853	870	1 373	1 049	905
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	200	209	642	-	-	-	502	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	268	271	-23	714	11	-28	-38	669	10
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	220	146	55	477	481	24	62	306	507

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	32	27	96	-3	5	7	72	-4	10
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	23	21	91	-	-	-	67	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	277	219	-89	779	-72	5	-311	343	11
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-72	-102	-	-	-	-99	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 534	4 785	1 199	8 518	4 537	4 033	4 905	3 766	4 484
Umsatzsteuer	Mill. EUR	579	493	559	527	-78	430	754	149	740
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 955	4 292	640	7 991	4 616	3 603	4 151	3 617	3 744
Zölle	Mill. EUR	254	327	285	310	301	253	237	265	277
Bundessteuern	Mill. EUR	49	47	21	79	12	23	18	57	24
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	2	3	1	-13	-1	8	10	-9	6
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	46	43	20	92	14	15	8	66	19
Landessteuern	Mill. EUR	110	123	103	151	92	91	89	171	79
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	25	40	28	27	20	30	36	102	23
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	64	56	54	55	55	42	37	36	37
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	16	22	14	64	13	15	14	27	15
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	3	3	2	2	2	2	2	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	3	3	3	2	0	5	3

	Einheit	2021	2022	2021	2022				2023	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	955	1 183	1 570	1 545	1 047	1 072	1 067	1 087	754
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	5	6	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	151	162	140	151	162	181	152	159	185
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	785	994	1 407	1 369	859	861	888	897	537
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	14	22	19	21	21	25	23	26	26

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2021	2022	2021	2022				2023	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 475	1 677	2 668	1 544	1 545	1 606	2 013	1 123	1 368
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	730	877	1 299	1 295	718	775	721	892	451
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	484	527	1 007	72	554	540	940	42	637
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	91	85	199	1	84	80	173	-	63

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 386	1 343	1 143	2 003	1 041	1 109	920	2 189	1 230
Landessteuern	Mill. EUR	110	123	103	151	92	91	89	171	79
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	725	674	555	1 293	493	281	353	959	555
Lohnsteuer	Mill. EUR	348	366	542	363	282	276	449	353	292
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	114	115	-10	304	5	-12	-16	284	4
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	110	72	25	239	240	11	44	152	250
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	14	12	42	-1	2	3	32	-2	4
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	139	110	-45	389	-36	2	-156	172	5
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	541	524	458	559	409	691	478	1 055	568
Umsatzsteuer	Mill. EUR	374	287	354	482	-50	242	424	839	417
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	167	237	104	77	458	449	53	216	152
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	16	19	-	34	33	0	3	19
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	7	8	-	14	14	0	1	8
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 631	3 262	1 261	5 855	3 030	2 512	2 998	3 084	2 980
Bundessteuern	Mill. EUR	49	47	21	79	12	23	18	57	24
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	811	762	689	1 373	573	374	474	1 052	651
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 764	2 437	532	4 403	2 411	2 082	2 507	1 972	2 286
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	16	19	-	34	33	0	3	19

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im August 2023

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Verzeichnis der Kommunalverwaltungen – Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister
Stand: August 2023
Kennziffer: A5034E202300

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2021/2022 – Teil I: Schülerinnen und Schüler, Schulabgängerinnen und Schulabgänger
Kennziffer: B1013 202100

Berufsbildende Schulen im Schuljahr 2020/2021
Kennziffer: B2013 202100

Abschlussprüfungen an Hochschulen im Prüfungsjahr 2022
Kennziffer: B3033 202200

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland im Juli 2023
Kennziffer: C2013 202303

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland 2023 – Getreide- und Winterrapsernte (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: C2023 202300

Ernteberichterstattung über Obst im Juli 2023
Kennziffer: C2033 202302

Weinerzeugung 2022
Kennziffer: C4043 202200

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juni 2023 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 202306

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Juni 2023
Kennziffer: E1033 202306

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Juni 2023
Kennziffer: E1113 202306

Bauhauptgewerbe im Juni 2023 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 202306

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke im Mai 2023
Kennziffer: E4023 202305

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juni 2023
Kennziffer: F2033 202306

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel, Gastgewerbe und Dienstleistungsbereich Mai 2023
Kennziffer: G1073 202305

Aus- und Einfuhr im Juni 2023
Kennziffer: G3023 202306

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Juni 2023
Kennziffer: G4023 202306

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Mai 2023
Kennziffer: H1023 202305

Sozialleistungen

Kriegsopferfürsorge 2022
Kennziffer: K3033 202201

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Das körperschaftsteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 2018
Kennziffer: L4063 201800

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im März 2023
Kennziffer: Z1013 202305

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder – Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse –
Ausgabe 2023
Kennziffer: P1115 202300

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe August 2023
Kennziffer: Z2201 202308

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel
Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz
Titelfoto: © Lucas – stock.adobe.com
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2023

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.